

Anhang I: Im Jahr 2012 abgeschlossene Vernehmlassungsverfahren, Anhörungen und Konsultationen mit politischer Relevanz für die Kantone

Termin Vernehmlassung / Anhörung	Departement / Vorlage
	EDI
konf. Anhörung, 05.11.2012	BG über die Krankenversicherung (Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung)
„informelle“ Anhörung, 29.10.2012	VO über die Krankenversicherung (Festlegung eines Schlüssels für die Investitionskosten der Spitäler)
Anhörung, 14.11.2012	VO über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung
Anhörung, 31.10.2012	VO zum BG über die Forschung am Menschen
Anhörung, 02.10.2012	Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich
Anhörung, 31.08.2012	VO über die Psychologieberufe
30.09.2012	Auslandsschweizer-Ausbildungsgesetz (AAG)
Anhörung, Frist verl. bis 30.04.2012	Bericht zur Zukunft der 2. Säule
	EJPD
21.12.2012	Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)
07.11.2012	Änderung des ZGB (Kindesunterhalt), der ZPO (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes
02.11.2012	Änderung der VO über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) zwecks Abschaffung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts
Anhörung, 31.08.2012	VO über die Zuständigkeiten im Messwesen
18.10.2012	Teilrevision des BG über die Ausländerinnen und Ausländer bezüglich der Sanktionen gegen Transportunternehmen („carrier sanctions“) und des Informationssystems über die Angaben der beförderten Personen
08.10.2012	Ausdehnung der Rechtshilfe bei Fiskaldelikten
30.09.2012	Änderung des StGB und des MStG. Umsetzung der Volksinitiative „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer“
08.08.2012	Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV2), der VO über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (IntA) und der VO über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VWA)
06.07.2012	BG über Zertiizierungsdienste im bereich der elektronischen Signatur
08.06.2012	Anpassung der VO über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) infolge Umsetzung der Motion Barthassat (08.3616) „Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen“
27.04.2012	Änderung des Geldwäschereigesetzes
30.04.2012	VO über den ausserprozessualen Zeugenschutz

Termin Vernehm- lassung / Anhörung	Departement / Vorlage
Anhörung, 12.03.2012	Totalrevision der VO über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen
12.03.2012	BG über die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge
Anhörung, 07.03.2012	VO über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV)
23.03.2012	Teilrevision BG über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationskapitel und Spezialgesetze)
21.01.2012	Änderung des Schweizerischen Strafgesetzbuches (StGB) und des Militärstrafgesetzes (MStG). Verlängerung der Verfolgungsverjährung
12.01.2012	BG über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen
	VBS
Anhörung, 26.11.2012	Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022
19.10.2012	Teilrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes
31.03.2012	VO über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten
20.02.2012	Entwurf des Berichts des Bundesrates zur Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+
31.01.2012	Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung, V des VBS über Sportförderungsprogramme und –projekte und V des VBS über die Eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen
	EFD
26.11.2012	Konsolidierungsprogramm 2014 (KAP 2014)
21.12.2012	Totalrevision des Bauproduktgesetzes und der Bauprodukteverordnung
05.12.2012	BG über die direkte Bundessteuer (DBG) (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)
	EVD
12.09.2012	Erhöhung der Beiträge für die Durchführung der eidg. Prüfungen – Änderung von Art. 65 der Berufsbildungsverordnung
Anhörung, 15.05.2012	VO über den nationalen Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung
13.04.2012	BG über die Weiterbildung, WeBiG
	UVEK
21.12.2012	Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthard-Achse
25.10.2012	Vertrag zwischen der Schweiz. Eidgenossenschaft und der Bundesrepublik Deutschland über die Auswirkungen des Betriebes des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland
Anhörung, 10.12.2012	Flexibilisierung der Waldflächenpolitik, Änderung der Waldverordnung
11.10.2012	Strassenzulassung und Verkehrsstrafrecht; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und weiterer Erlasse
11.10.2012	Fanzüge, Änderung des Personenbeförderungsgesetzes
06.09.2012	Genehmigung des Protokolls von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile und dessen Umsetzung (BG über den Natur- und Heimatschutz)
29.08.2012	Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes
konferenzielle Anhörung 18.06.2012	Umsetzung Zweitwohnungsinitiative
Anhörung, 03.08.2012	VO über die Reduktion der CO2-Emissionen (CO2-VO)
31.08.2012	Änderungen Gewässerschutzgesetz

Termin Vernehm- lassung / Anhörung	Departement / Vorlage
	(Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser)
Anhörung, 07.05.2012	Revision Störfallverordnung
Anhörung, 11.05.2012	Totalrevision Stauanlagenverordnung
01.06.2012	Teilrevision der Raumplanungsverordnung
30.03.2012	Änderung der VO über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)
23.04.2012	Totalrevision Postgesetzgebung; Ausführungsbestimmungen zum Postgesetz (Verordnung zum Postgesetz)
	Parlamentarische Kommissionen
	SGK-S
16.03.2012	Pa.Iv. 08.473. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons
	SiK-S
Anhörung, 01.10.2012	Bericht des Bundesrats zur inneren Sicherheit. Klärung der Kompetenzen
	UREK-N
16.11.2012	Pa.Iv. Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher (UREK-N)
30.03.2012	Pa.Iv. 10.470. Raumplanerische Rahmenbedingungen für die Lagerung einheimischer erneuerbarer Rohstoffe (von Siebenthal)
05.03.2012	Pa.Iv. 04.472. Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone
	UREK-S
02.07.2012	10.324 Kt.Iv. BE. Teilrevision Gewässerschutzgesetz
20.03.2012	Pa.Iv. 09.477. Haftung der Unternehmen für die Kosten der Altlastensanierung

Anhang II: Gesetzgebungsvorlagen des Bundes 2012 mit politischer Relevanz für die Kantone

Nr.	Titel
	Vorlagen des Bundesrats
12.083	Epidemiengesetz. Verlängerung des dringlichen Bundesgesetzes
12.081	Doppelbesteuerung. Abkommen mit Portugal
12.080	Heilmittelgesetz. Änderung
12.079	Aktionsplan „Koordinierte Energieforschung Schweiz“. Massnahmen in den Jahren 2013-2016
12.076	Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen. Volksinitiative. Änderung des StGB, MStGB und JStG
12.074	Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes! Volksinitiative
12.069	BG über die Kompetenz zum Abschluss völkerrechtlicher Verträge von beschränkter Tragweite und über die vorläufige Anwendung völkerrechtlicher Verträge
12.068	Volksinitiative „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“
12.066	Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention sowie zu seiner Umsetzung (Änderung StGB)
12.064	Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech Initiative). Volksinitiative
12.062	Genehmigung des Vertrags zwischen der Schweiz und Liechtenstein über die Handhabung des grenzüberschreitenden Verkehrs mit Feuerwaffen
12.060	Vereinfachung der Besteuerung der natürlichen Personen und für einen schlanken Staat. Bericht des BR zur Abschreibung der Motionen 07.3607 und 08.3854
12.058	Doppelbesteuerungsabkommen zwischen der Schweiz und Irland
12.057	Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffen die Übernahme der Verordnung der EU zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen (Weiterentwicklung des Schengen- und des Dublin/Eurodac-Besitzstands)
12.051	Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Österreich
12.050	Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Deutschland, Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie internationale Quellenbesteuerung
12.049	Direkte Bundessteuer. Finanzielle Obergrenze
12.047	Personenfreizügigkeit. Änderung des Anhangs III
12.046	StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts
12.044	Aarhus-Konvention. Genehmigung
12.040	Übereinkommen (Nr. 122) der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beschäftigungspolitik, 1964 und Berichte
12.039	BG über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
12.038	Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2013-2016
12.036	BG über eine Anpassung des DBG und des StHG an die Allgemeinen Bestimmungen des StGB
12.035	Einsätze der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden

Nr.	Titel
12.033	Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016
12.032	Finanzhilfen an Sportanlagen von nationaler Bedeutung (NASAK 4)
12.028	Änderung des Kartellgesetzes und BG über die Organisation der Wettbewerbsbehörde
12.027	BG betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung
12.026	Änderung des BG über die Krankenversicherung (Korrektur der zwischen 1996 und 2011 bezahlten Prämien)
12.025	Genehmigung der Änderungen vom 4. Juni 2004 zum Übereinkommen über die Umweltrträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Übereinkommen von Espoo)
12.021	Weiterentwicklung der Agrarpolitik in den Jahren 2014-2017
12.020	Totalrevision des Alkoholgesetzes
12.018	Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zu deren Finanzierung
12.016	Volksinitiative „Für den öffentlichen Verkehr“ und direkter Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, FABI)
12.015	BG zur Unterstützung von Dachverbänden der Weiterbildung
12.012	Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung. Bericht des Bundesrats zur Abschreibung der Motion 05.3232
12.008	Legislaturplanung 2011 – 2015
	Vorlagen des Parlaments
10.444	Pa.Iv. Strafprozessordnung. Protokollierungsvorschriften
08.473	Pa.Iv. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons
08.458	Pa.Iv. Präzisierung des Anwendungsbereichs der Bestimmungen über die verdeckte Ermittlung
07.455	Pa.Iv. Ratifikation des Übereinkommens über den Mutterschutz (Nr. 183) der IAO
07.419	Pa.Iv. Hochreutener Norbert: Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik
04.472	Pa.Iv. Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone

Anhang III: Entwicklung des Föderalismus 2012 aus Sicht der 26 Kantone

1. Vorhaben des Bundes

Den Kantonen wurden die folgenden Geschäftslisten des Bundes zugestellt :

- I. Liste der im Jahre 2012 abgeschlossenen Vernehmlassungen (**Beilage I des Berichts**)
- II. Liste der im Jahre 2012 vom Bundesrat und von den parlamentarischen Kommissionen eingebrachten neuen Gesetzgebungsvorlagen (**Beilage II des Berichts**).

Sie wurden gebeten, unter den folgenden Rubriken 1.1. und 1.2 jeweils die fünf aus ihrer Sicht wichtigsten Vorlagen des Bundes zu bezeichnen und diese anschliessend bezüglich der Einhaltung der Grundsätze der Subsidiarität¹ und der fiskalischen Äquivalenz², der Respektierung der Autonomie der Kantone³ und des allfälligen Umsetzungsaufwandes für die Kantone zu beurteilen.

Für die Rubrik 1.3. konnte keine Geschäftsliste abgegeben werden. Die Kantone wurden gebeten, max. fünf für sie wichtige, im Berichtsjahr in Kraft getretene Verordnungen des Bundes aufzuführen und diese ebenfalls nach dem gleichen Raster zu beurteilen.

In der folgenden Zusammenfassung sind die von den Kantonen am häufigsten genannten Geschäfte in absteigender Reihenfolge aufgelistet.

¹ Subsidiaritätsprinzip : Der Grundsatz der Subsidiarität besagt, dass in einem Bundestaat die übergeordnete Gebietskörperschaft eine Aufgabe nur dann übernehmen soll, wenn sie die Kraft der untergeordneten Staatsebene übersteigt oder eine einheitliche Regelung erforderlich ist. (Art. 5a und 43a BV)

² Fiskalische Äquivalenz : der Grundsatz der fiskalischen Äquivalenz besagt, dass sich im Rahmen einer staatlichen Aufgabe der Kreis der Nutzniesser mit jenem der Kosten- und Entscheidungsträger decken muss. Gemäss Artikel 43a Abs. 2 und 3 BV heisst dies, dass das Gemeinwesen, in dem der Nutzen einer Leistung anfällt, deren Kosten trägt und dass es über diese Leistungen bestimmen kann.

³ Autonomie : Gemäss Artikel 47 BV wahrt der Bund die Eigenständigkeit der Kantone. Er belässt ihnen ausreichend eigene Aufgaben sowie Finanzierungsquellen und beachtet ihre Organisationsautonomie.

1.1. Wichtigste Vernehmlassungsvorlagen des Bundes (gemäss Beilage I. des Berichts)	
Vorlage	Titel
Nr 1	Konsolidierungsprogramm 2014 (KAP 2014)
Nr 2	BG über die direkte Bundessteuer (DBG) (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)
Nr 3	Umsetzung Zweitwohnungsinitiative
Nr 4	BG über die Krankenversicherung (Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung)
Nr 5	Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich
Nr 6	Teilrev. BG über die Ausländerinnen aund Ausländer (Integrationskapitel und Spezialgesetze)
Nr 7	VO über die Krankenversicherung (Festlegung eines Schlüssels für die Investitionskosten der Spitäler)
Nr 8	Vertrag zwischen der Schweiz. Eidgenos. und der Bundesrepub. Deutschland über die Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland
Nr 9	Änderung Gewässerschutzgesetz (Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser)
Nr 10	Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthard-Achse

Beurteilung:														
Vorlage	Subsidiarität: Eingriff in die kantonalen Kompetenzen			Berücksichtigung der fiskalischen Äquivalenz:			Autonomie: Einschränkung des Handlungsspielraums des Kantons				Umsetzungsaufwand für den Kanton:			
	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja, stark	Ja, weing	Nein	Weiss nicht	Hoch	Tief	Kein	Weiss nicht
Nr 1 (13 Kantone)	6	4	2 (+1 leer)	1	9	2 (+ 1 leer)	5	4	1	2 (+1 leer)	4	6	1	1 (+1 leer)
Nr 2 (11 Kantone)	3	7	1	2	7	2	5	1	4	1	9	1		1
Nr 3 (10 Kantone)	10				8	2	9	1			8	2		

Nr 4 (8 Kantone)	2	6		3	3	2	3	1	4		4	4		
Nr 5 (8 Kantone)	3	5		5	2	1		6	2		1	5	2	
Nr 6 (7 Kan- tone)	4	3		6		1	2	4	1		6	1		
Nr 7 (6 Kan- tone)	5	1		1	5		6				1	2	2	1
Nr 8 (6 Kan- tone)	2	4		1	2	3	3		3		1	2	3	
Nr 9 (6 Kan- tone)	4	2		3	3		3	1	2		6			
Nr 10 (5 Kantone)	1	4		3	2		1	1	3			3	2	

1.2. Wichtigste Gesetzesvorlagen von Bundesrat und Parlament (gemäss Beilage II des Berichts)	
Vorlage	Titel
Nr 1	12.016 Volksinitiative « Für den öffentlichen Verkehr » und direkter Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, FABI)
Nr 2	Weiterentwicklung der Agrarpolitik in den Jahren 2014-2017
Nr 3	12.026 Änderung des BG über die Krankenversicherung (Korrektur der zwischen 1996 und 2011 bezahlten Prämien)
Nr 4	12.033 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016
Nr 5	12.018 Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zu deren Finanzierung
Nr 6	12.046 StGB und MStG Änderung des Sanktionenrechts
Nr 7	12.038 Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2013-2016
Nr 8	08.473 Pa.lv. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons
Nr 9	12.039 BG über die Anpassung der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit
Nr 10	12.080 Heilmittelgesetz. Änderung

Beurteilung:														
Vorlage	Subsidiarität: Eingriff in die kantonalen Kompetenzen			Berücksichtigung der fiskalischen Äquivalenz:			Autonomie: Einschränkung des Handlungsspielraums des Kantons				Umsetzungsaufwand für den Kanton:			
	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja, stark	Ja, wenig	Nein	Weiss nicht	Hoch	Tief	Kein	Weiss nicht
Nr 1 (18 Kantone)	7	11		8	5	5	5	6	6	1	8	5	2	2 (+1 leer)
Nr 2 (15 Kantone)	6	9		8	6	1	5	7	3		13	1	1	
Nr 3 (13 Kantone)	3	9	1	2	9	2	3	2	5	3		5	6	1 (+1 leer)

Nr 4 (12 Kantone)	1	10	1	9	1	2		4	8		1	10	1	
Nr 5 (12 Kantone)	4	8		8	4		1	4	7		2	4	5	1
Nr 6 (8 Kantone)	1	7		4		3 (+ 1 leer)	1	1	5	1	5	3		
Nr 7 (7 Kantone)	2	5		2	5		1	3	3		1	6		
Nr 8 (7 Kantone)	1	3	1 (+ 2 leer)	2	2	1 (+ 2 leer)	1	1	2	1 (+ 2 leer)		2	3	(+ 2 leer)
Nr 9 (5 Kantone)		5		4		1	1	1	3		5			
Nr 10 (4 Kantone)	2	1	1	2		2	1	2		1		2	1	1

1.3. Im Berichtsjahr in Kraft getretene Verordnungen des Bundes (max. 5), die für den Kanton von Bedeutung sind	
Vorlage	Titel
Nr 1	Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung (SR 415.01)
Nr 2	Raumplanungsverordnung (RPV; SR 700.1)
Nr 3	Verordnung über Zweitwohnungen (SR 702)
Nr 4	Änderung der KVV über die Spitalfinanzierung (SR 832.102)
Nr 5	Stauanlagenverordnung (SR 721.101.1)
Nr 6	Verordnung über den Zivilschutz (SR 520.11)
Nr 7	Grundbuchverordnung (SR 211.432.1)
Nr 8	Stromversorgungsverordnung (SR 734.71)
Nr 9	Verordnung über die Aufnahme von Pflegekindern (SR 211.222.338)
Nr 10	Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (SR 613.21)

Beurteilung:														
Vorlage Nr	<u>Subsidiarität:</u> Eingriff in die kantonalen Kompetenzen			<u>Berücksichtigung der fiskalischen Äquivalenz:</u>			<u>Autonomie:</u> Einschränkung des Handlungsspielraums des Kantons				<u>Umsetzungsaufwand für den Kanton</u>			
	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja	Nein	Weiss nicht	Ja, stark	Ja, wenig	Nein	Weiss nicht	Hoch	Tief	Kein	Weiss nicht
Nr 1 (8 Kantone)	5	2	(+ 1 leer)	3	2	2 (+ 1 leer)	1	5	1	(+ 1 leer)	4	2		(+ 2 leer)
Nr 2 (6 Kantone)	3	3		2	3	1	1	1	4		1	4	1	
Nr 3 (5 Kantone)	5			2	3		2	3			2	2	1	
Nr 4 (3 Kantone)	2	1		1	2		2	1			3			

Nr 5 (3 Kantone)	3					3		3				3		
Nr 6 (3 Kantone)	3			1	2			3			1	2		
Nr 7 (3 Kantone)		3		3				2	1		1	2		
Nr 8 (2 Kantone)		2		2				2					2	
Nr 9 (2 Kantone)	1	1		1	1			1	1			2		
Nr 10 (2 Kantone)		2		1	1				2			2		

3. Beurteilung der Entwicklung des Föderalismus									
3.1. Auf folgender Skala, wie beurteilen Sie generell die Respektierung der Grundsätze des Föderalismus durch den Bund in der Berichtsperiode? (Mittelwert: 5.61)									
Sehr schlecht 1	2	3	4	5	6	7	8	9	Sehr gut 10
		1 Kanton	6 Kantone	6 Kantone	5 Kantone	5 Kantone	3 Kantone		

3.2. Wie hat sich die Respektierung der Grundsätze des Föderalismus durch den Bund in der Berichtsperiode verändert?				
Stark verschlechtert	Eher verschlechtert	Unverändert	Eher verbessert	Stark verbessert
	12 Kantone	14 Kantone		

Anhang IV Vernehmlassungsvorlagen des Bundes mit politischer Relevanz für die Kantone: Beurteilung durch die Konferenzen

<i>Vorlage</i>	<i>Departement / DK</i>	<i>Relevanz für Kantone</i>	<i>Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?</i>	<i>Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?</i> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV)</i> • <i>Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV)</i> • <i>Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV)</i> • <i>Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV)</i> 	<i>bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):</i> <ul style="list-style-type: none"> • <i>Programmvereinbarung vorgesehen?</i> • <i>Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?</i>
BG über die Krankenversicherung (Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung)	<u>EDI</u> <u>GDK</u>	Hoch	Ja	Ja	Ja
<i>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:</i>					
Setzt ein von der GDK gefordertes Anliegen bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung der erforderlichen kantonalen Handlungsspielraums um.					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Ausland-schweizer-Ausbildungsge- setz (AAG)</p> <p>Korrekt: Bundesgesetz über die Prä- senz schweize- rischer Bildung im Ausland</p>	<p>EDI EDK</p>	<p>Das Gesetz hat eine mittlere Relevanz für die Kantone. Nicht jeder Kanton ist Patronatskanton für eine Schweizer Schule im Ausland. Es sind 14 Kantone (AG, BL, BS, BE, GL, GR, LU, SH, SG, TI, TG, VS, ZG, ZH)</p>	<p>Die EDK war in der Experten- gruppe bei der Erarbeitung des Gesetzes vertreten.</p>	<p>Die Kompetenzen des Bundes sind eingehalten (Finanzierung 20 Mio. Franken, Rechtsetzung).</p> <p>Die Kantone sind Partner, handeln subsidiär. Neu wird die Zuständigkeit der Patronatskantone (Begutachtung der Lehrprogramme) in Artikel 3 „Voraussetzung für die Anerkennung von Schulen“ unter lit. I explizit aufgeführt.</p>	<p>Über die gesetzliche Regelungen hinaus ist keine weitere Vereinbarung zwischen Bund und Kantonen vorgesehen.</p> <p>Was die Finanzen anbelangt, so sind die Kantone in der Wahl und in der Grösse ihrer Unterstützung für „ihre“ Schweizer Schule im Ausland frei. Ihre Autonomie bleibt gewahrt.</p> <p>Auf die Mit-Zuständigkeit der Patronatskantone beim Vollzug des Gesetzes wird hingewiesen, d.h. die Rolle der Kantone als Partner des Bundes beim Gesetzesvollzug wird betont.</p>
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die EDK stimmt der Neufassung des Gesetzes zu. Es ermöglicht, die Schweizer Schulen im Ausland vermehrt als Organisationen des Schweizer Bildungssystems (inkl. Berufsbildung) zu positionieren („Visitenkarten unseres Bildungssystems“), nicht mehr nur als Lehranstalten für Schweizerkinder im Ausland.</p>					
<p>VO über die Psychologieberufe</p>	<p>EDI GDK, EDK</p>	<p>Klein</p>	<p>ja</p>	<p>Ja</p>	<p>Kaum von Relevanz</p>
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Kantone begrüßen die Verordnung. Die Entwicklung und Implementierung des im PsyG vorgesehenen Registers der Psychologieberufe (PsyReg) ist mit einem grossen Aufwand verbunden. Daher ist es sinnvoll, die Inkraftsetzung des PsyG sowie der PsyBV zeitlich nicht zu verzögern, zumal die Abhängigkeit vom bestehenden MedReg und dessen in Revision befindlichen Verordnung eine Koordination mit der Erarbeitung der Verordnung über das PsyReg erfordert. Einzelne Punkte wurden aus inhaltlicher und gesetzessystematischer Sicht (nicht föderaler Sicht) bestritten.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
VO zum BG über die Forschung am Menschen	EDI GDK , GDK , VDK	gross	ja	Die vorgesehenen Regelungen greifen in die bisherige kantonale Organisationsfreiheit ein, erschweren teilweise einen rationellen Personaleinsatz und schaffen einen unnötigen Fristendruck. Hier sind folglich einige Anpassungen angezeigt. Die Neuorganisation wird zu Mehrkosten führen.	kritisch
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die GDK erachtet es als richtig, die Überprüfung der ethischen Anforderungen an Forschungsprojekte professionell zu gestalten und die Abläufe einheitlich festzulegen, damit eine zügige Bearbeitung der Gesuche ermöglicht wird. Kritisch ist:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Mit der Verordnung wird etwas übers Ziel hinausgeschossen und überreguliert: - Zu enge Vorgaben über Zusammensetzung und Organisation - Die Fristen sind teils unrealistisch kurz 					
VO über die Krankenversicherung (Festlegung eines Schlüssels für die Investitionskosten der Spitäler)	EDI GDK FDK	Hoch	Ja	Nein	Nein
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Auf die präsentierte Verordnungsbestimmung über die Anlagenutzungskosten ist aus Sicht der GDK zu verzichten. Die SwissDRG AG (in dessen Verwaltungsrat die GDK vertreten ist) hat dem Bundesrat mit Schreiben vom 18. September 2012 beantragt, für die Jahre 2013 und 2014 die Abgeltung der Anlagenutzungskosten in der Höhe von 11 resp. 12 Prozent des jeweiligen Basispreises als Teil der SwissDRG Tarifstruktur zu genehmigen. Aus der Präsentation des oben erwähnten Verordnungsentwurfs ist zu schliessen, dass dieser Antrag der SwissDRG AG durch EDI resp. BAG nicht weiter bearbeitet und stattdessen die erwähnte Verordnungsbestimmung erlassen werden soll. Dies ist für die GDK nicht akzeptabel. Die GDK erwartet, dass der Bundesrat seinem entsprechenden gesetzlichen Auftrag nachkommt und den Antrag der SwissDRG AG zur Anpassung der Tarifstruktur betreffend Abgeltung der Anlagenutzungskosten so rasch wie möglich behandelt. Auf die vorliegenden Verordnungsbestimmungen ist zu verzichten.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
VO über den Risikoausgleich in der Krankenversicherung	EDI GDK	Gering	Ja	Ja	Ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:					
Zur Änderung der Verordnung über den Risikoausgleich (VORA) hat die GDK im Rahmen der Anhörung mangels direkter Betroffenheit der Kantone nicht Stellung genommen. Auf den ersten Blick sieht die GDK keine Gründe, die der Zustimmung zu den Zielen der Änderung und der neuen Berechnungsmethode entgegenstehen würde.					
Bericht zur Zukunft der 2. Säule. Anhörung zum Entwurf.	EDI FDK, KdK, SODK	Die Kantone sind nicht in ihrer Eigenschaft als Gliedstaaten, sondern als Arbeitgeber angesprochen.	Ja; zwar waren die Kantone nicht direkt Adressaten der Anhörung, sondern nur indirekt über die KdK und die FDK. Die Anhörungsfrist war mit 4 Monaten (nach Verlängerung) ausreichend.	ja, die Gesetzgebung über die berufliche Vorsorge ist Bundessache (Art. 113 BV)	Noch nicht relevant; Umsetzungsautonomie kann je nach gesetzgeberischen Entscheiden betroffen sein, was jedoch nicht die Kantone als solche, sondern wie auch Private als Arbeitgeber betreffen kann.
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:					
Es handelte sich um eine Anhörung zu einem sehr umfassenden Fragebogen. Gestützt darauf wird der periodische Bericht des Bundesrats sowie eine Agenda zur beruflichen Vorsorge erstellt. Das Geschäft wird keine unmittelbare föderalistische Relevanz im Sinne von Auswirkungen auf die kantonalen Kompetenzen und Aufgaben haben. Mittelbar können die kantonalen (und kommunalen) Haushalte je nach kommenden gesetzgeberischen Reformen betroffen sein. Dies aber nicht im Sinne von Auswirkungen auf die Stellung der Kantone als föderalistische Gliedstaaten, sondern als Arbeitgeber.					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Totalrevision des Bauproduktgesetzes und der Bauprodukteverordnung	EFD BPUK , KdK	Ja	Ja	Ja Ja -- Ja	-- Ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Aufgrund der neuen europäischen Bauprodukteverordnung besteht ohne Zweifel Handlungsbedarf: Da der Fortbestand des bilateralen Regelwerks für die schweizerische Bauindustrie von hoher Bedeutung ist, kann sich die Schweiz der Anpassung ihrer Gesetzgebung an das geänderte EU-Recht nicht widersetzen. Die Verteilung der Kompetenzen zwischen Bund und Kantonen wird durch das revidierte Bauproduktrecht nicht geändert.					
BG über die direkte Bundessteuer (DBG) (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung)	EFD FDK , SODK	<ul style="list-style-type: none"> • Ausfälle von CHF 170 Mio. an Kantonsanteilen an DBSt • Erhöhter Veranlagungsaufwand für Kantone 	ja	Keine neue Aufgabe	
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Der FDK-Vorstand vom 11.01.2013 beantragte der FDK-Plenarversammlung vom 25.01.2013, auf die Vorlage nicht einzutreten.					
Änderung des Geldwäschereigesetzes	EJPD KKJPD, FDK				
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Keine Stellungnahme der FDK					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Ausdehnung der Rechtshilfe bei Fiskaldelikten	EJPD FDK , KdK, KKJP D	Zuständigkeiten zwischen schweizerischen Steuerbehörden bei Rechtshilfeersuchen Benachteiligung kantonaler im Vergleich zu ausländischen Steuerbehörden	ja	ja	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Noch nicht beurteilbar
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Vorlage beschlägt weniger das föderalismuspolitisch relevante vertikale Verhältnis Bund/Kantone, sondern vielmehr das Verhältnis Inland/Ausland und das funktionale Verhältnis Straf-/Steuerbehörden. Die FDK beantragte in ihrer Stellungnahme vom 21.09.2012, die Vorlage bis nach der Revision des Steuerstrafrechts zurückzustellen. Die Zuständigkeiten zwischen schweizerischen Steuer- und Strafbehörden sowie die weitere Benachteiligung der kantonalen Steuerbehörden im Vergleich zu ausländischen Steuerbehörden sind vorab zu klären.</p>					
Konsolidierungsprogramm 2014 (KAP 2014)	EFD KdK , FDK, vom KAP betroffene Konferenzen	Sparprogramme des Bundes führen immer wieder zu Lastenabwälzungen auf die Kantone.	Der Bundesrat verzichtete auf eine ordentliche Vernehmlassung. Immerhin sah er bei der KdK und FDK eine Anhörung vor. Die gewähnte Frist von 6 Wochen war einmal mehr sehr knapp bemessen.	Keine Bemerkungen	Keine Bemerkungen

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Abgesehen von der kurzen Anhörungsfrist, die nicht akzeptabel ist, kann das KAP 2014 aus kantonaler Sicht insgesamt unterstützt werden. Ein gesunder Staatshaushalt als Basis für eine solide Geld- und Währungspolitik stellt eine wesentliche Grundlage für eine prosperierende Volkswirtschaft dar. Gesunde Bundesfinanzen sind deshalb auch im Interesse der Kantone. Reine Lastenabwälzungen auf die Kantone werden vermieden. Verschiedene Massnahmen betreffen allerdings den Verbundbereich. Hier entsteht vielfach für die Kantone ein politischer Druck, für die reduzierten Leistungen des Bundes einzuspringen. Damit führt der Wegfall von Bundesmitteln faktisch gleichwohl zu Lastenabwälzungen. Deshalb lehnen die Kantonsregierungen die vom Bundesrat vorgeschlagenen Kürzungen bei den Universitäten, in der Landwirtschaft und im Schienenverkehr ab.</p>					
Änderungen der Asylverordnung 2 über Finanzierungsfragen (AsylV2), der VO über die Integration von Ausländerinnen und Ausländern (IntA) und der VO über den Vollzug der Weg- und Ausweisung von ausländischen Personen (VVWA)	EJPD SODK, KKJP D, KdK	mittel, die Änderungen haben für einige Kantone negative finanzielle Auswirkungen	Ja Verschiedene Gremien in denen auch die Kantone vertreten sind, wurden schon vor der Vernehmlassung einbezogen	Grundsätzlich eingehalten. Die SODK hat in ihrer Musterstellungnahme zu Handen der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren jedoch erwähnt, dass die Änderungen der AsylV 2 nur unter dem Vorbehalt der Kostenneutralität gutgeheissen würden.	erfüllt
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Vorlage kommt grösstenteils den Wünschen der Kantone entgegen (Abschaffung Faktor W, Fallenlassen erfolgsorientierter Anteil an der Integrationspauschale, Bundesbeteiligung Haftkosten). Ob die Änderungen der AsylV 2 auch wirklich Kostenneutral erfolgen können, kann aufgrund der Vernehmlassungsunterlagen nicht endgültig nachvollzogen werden.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Teilrevision BG über die Ausländerinnen und Ausländer (Integrationskapitel und Spezialgesetze)	EJPD KdK , EDK , SODK , KKJP D , GDK , VDK	Grande, vu qu'il s'agit d'une tâche commune incombant à la Confédération et aux cantons, et que la concrétisation des mesures d'intégration relève de la compétence des cantons et des communes, dans le cadre fixé en commun avec la Confédération. De plus, les mesures envisagées vont générer des coûts supplémentaires pour les cantons.	Oui, les cantons ont été impliqués : tout d'abord dans le cadre du processus qui fonctionne en parallèle au présent projet en matière d'élaboration de conventions-programmes au sens de l'article 20a LSu, mais aussi de préparation d'un schéma de programme cantonal d'intégration (nov. 2011), par la Confédération en collaboration avec la CdC. Ensuite, les projets de révision et de rapport explicatif ont été soumis à la CdC par l'ODM début juin 2011 déjà, soit avant la mise en consultation officielle.	<i>Equivalence fiscale</i> : à ce stade, celle-ci ne semble pas être garantie, bien que la Confédération soit consciente qu'elle devra mettre plus de moyens financiers à disposition. Ce point devra être réexaminé ultérieurement, pour peu que la Confédération apporte les précisions requises par les cantons concernant la problématique de la répartition des coûts entre autorités fédérales et cantonales ; <i>Autonomie</i> : dans ce domaine, le canton n'est pas qu'autorité chargée de la mise en œuvre et de l'exécution. L'intégration des étrangers est une tâche commune qui doit être pilotée conjointement par la Confédération et les cantons. Or, la Confédération, par l'ODM, a eu parfois tendance à l'oublier lors de la rédaction du projet mis en consultation, ce qui a été relevé par la CdC dans sa prise de position du 16 mars 2012 (ex. : 54 al. 4 du projet ; rapport explicatif concernant l'art. 55 ; art. 83a al. 1) ;	<i>Conventions-programmes</i> : il est prévu, en matière d'intégration des étrangers, que la Confédération et les cantons signent de telles conventions. Ce processus, fondé sur l'article 20a LSu, est d'ailleurs bien engagé, et ce depuis fin 2010 déjà. L'entrée en vigueur des dispositions dont il est question ici ne devrait pas avoir d'incidences négatives sur l'adoption de ces conventions ; <i>Mise en œuvre</i> : il est souvent question de mise en œuvre dans le rapport explicatif, en particulier lorsqu'il s'agit de désigner l'autorité compétente pour ce faire. En revanche, les modalités et le temps nécessaires pour mettre en œuvre ces nouvelles dispositions ne sont pas évoqués, et le rapport est lacunaire sur ce point ;

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht :</p> <p>Comme la CdC a eu l'occasion de le relever dans son avis du 16 mars 2012, le projet mis en consultation contribue à améliorer la cohérence de la politique suisse d'intégration. Il repose sur une stratégie commune aux trois niveaux étatiques et était l'image que la Suisse se fait d'elle-même en tant que pays fortement marqué par la migration et tributaire de l'apport de la population étrangère. Parallèlement se voient ancrés dans la loi des principes partagés en matière de promotion de l'intégration dont les autorités compétentes pourront s'inspirer dans leur action.</p> <p>La promotion de l'intégration se fait en premier lieu sur place dans les structures existantes, notamment les crèches, les écoles, dans la formation professionnelle, au travail, via des mesures de l'aide sociale, dans le quartier ou au sein des associations. Sous l'angle du fédéralisme, les gouvernements cantonaux saluent le fait que le projet mis en consultation renforce clairement cet engagement des structures ordinaires.</p> <p>Il faudrait cependant que la répartition des tâches proposée se conforme encore davantage à cette conception. Il est en outre central que les formes de collaboration partenariale entre Confédération et cantons, développées dans le cadre de la RPT pour les tâches communes trouvent application, y compris sous l'angle financier.</p> <p>Les modifications prévues auront un impact important sur la politique d'intégration des cantons. Notamment la mise en œuvre de certaines dispositions entraînera pour eux un net surcroît de charges administratives. Or, le rapport explicatif ne tient pas suffisamment compte de cet aspect. Les gouvernements cantonaux attendent donc du Conseil fédéral que dans son Message à l'attention des Chambres, il mette en évidence, concrètement et de manière transparente, les effets financiers et en personnel que les cantons et communes devront vraisemblablement assumer dans le domaine de la promotion spécifique de l'intégration. La seule mention, dans le rapport explicatif mis en consultation, de « coûts supplémentaires qui ne sont pas chiffrables » est insuffisante.</p> <p><i>Dans l'ensemble</i>, il s'agit d'un domaine délicat, pour lequel les cantons tiennent à garder leurs spécificités, leurs sensibilités et leurs propres pratiques (par exemple concernant le recours, et si oui de manière systématique ou non, à l'instrument de la convention d'intégration).</p> <p>Pour le reste, on peut saluer le fait que la CdC a eu suffisamment de temps pour préparer la prise de position commune des cantons, tout en regrettant que l'autonomie de ces derniers n'ait pas été systématiquement respectée dans le projet concocté par l'ODM. Dans son rapport explicatif, cet office a en effet parfois fait la confusion entre « tâches communes » de la Confédération et des cantons, et « tâches d'exécution » incombant à ces derniers (cf. exemples cités p. 2 sous rubrique autonomie).</p>					
Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuchs (Beurkundung des Personenstands und Grundbuch)	EJPD KKJPD	Kantone treten die Führung des elektronischen Zivilstandsregisters aus Effizienzgründen an den Bund ab.	Ja.	Ja.	Nein. Nein, Kantone überlassen die Umsetzung dem Bund.

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Kantone sind damit einverstanden, dass der Bund künftig das Personenstandsregister Infostar betreibt. Allerdings werden die vorgeschlagenen Regelungen betreffend Kostenaufteilung, Aufsicht, Support des Bundes für kt. Zivilstandsdienste und Einbezug der Kantone bei Weiterentwicklungen durch die KAZ sehr kritisch beurteilt. Die KKJPD hat angesichts einer detaillierten Stellungnahme der KAZ auf eine Eingabe verzichtet.</p>					
Änderung des ZGB (Kindesunterhalt), der ZPO (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes	EJPD SODK, KO- KES, KKJP D	mittel	ja	Die beantragte Revision stützt sich auf Artikel 122 Absatz 1 BV, wonach die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts Sache des Bundes ist, sowie auf Artikel 115 BV, wonach der Bund die Zuständigkeiten bei der Unterstützung Bedürftiger regelt. Kompetenz-/Aufgabenteilung wurde eingehalten.	
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Der Bericht zur Vorlage enthält wenig zu den Kostenfolgen für Kantone und Gemeinden, eine ausführlichere Schätzung wäre erwünscht gewesen. Für die bis am 7. November 2012 dauernde Vernehmlassung hat das GS SODK den Kantonen eine Musterstellungnahme zur Verfügung gestellt: Darin wird die Stossrichtung grundsätzlich begrüsst. Im Bereich der Inkassohilfe nutzt der Bund mit dem neuen Vorschlag den Spielraum, den ihm durch die Verfassung gegeben ist stärker (vorher fehlende Konkretisierung im Bundesrecht, neu: Kompetenz für den Bundesrat, einen Leistungskatalog für die Inkassohilfe festzulegen). Dies wird von der SODK im Sinne der Gleichbehandlung der Betroffenen begrüsst. Der Vernehmlassungsbericht ist noch nicht veröffentlicht.</p>					
Änderung des ZGB (Kindesunterhalt), der ZPO (Art. 296a) und des Zuständigkeitsgesetzes	EJPD SODK, KO- KES, KKJP D	mittel	ja	Die beantragte Revision stützt sich auf Artikel 122 Absatz 1 BV, wonach die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts Sache des Bundes ist, sowie auf Artikel 115 BV, wonach der Bund die Zuständigkeiten bei der Unterstützung Bedürftiger regelt. Kompetenz-/Aufgabenteilung wurde eingehalten.	

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:</p> <p>Der Bericht zur Vorlage enthält wenig zu den Kostenfolgen für Kantone und Gemeinden, eine ausführlichere Schätzung wäre erwünscht gewesen.</p> <p>Für die bis am 7. November 2012 dauernde Vernehmlassung hat das GS SODK den Kantonen eine Musterstellungnahme zur Verfügung gestellt: Darin wird die Stossrichtung grundsätzlich begrüsst.</p> <p>Im Bereich der Inkassohilfe nutzt der Bund mit dem neuen Vorschlag den Spielraum, den ihm durch die Verfassung gegeben ist stärker (vorher fehlende Konkretisierung im Bundesrecht, neu: Kompetenz für den Bundesrat, einen Leistungskatalog für die Inkassohilfe festzulegen). Dies wird von der SODK im Sinne der Gleichbehandlung der Betroffenen begrüsst.</p> <p>Der Vernehmlassungsbericht ist noch nicht veröffentlicht.</p>					
Änderung der VO über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) zwecks Abschaffung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts	EJPD KKJPD	Vollzug durch Kantone.	Ja	Ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:</p> <p>KKJPD hat nicht Stellung genommen, da die Kantone in dieser Frage sehr kontroverse Haltungen haben. Gesetzgebungskompetenz ist beim Bund.</p>					
Änderung des Geldwäschereigesetzes	EJPD KKJPD, FDK	Austausch von Finanzinformationen mit dem Ausland. Wichtige Massnahme z.G. eines sauberen Finanzplatzes.	Ja.	Ja	Nein ja

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Strafrechtskommission der KKJPD hat pos. Stellung genommen. Wichtige Vorlage zur Bekämpfung der Organisierten Kriminalität. Im Interesse der Strafverfolgungsbehörden der Kantone.</p>					
BG über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen	EJPD KKJPD	Ist Teil der Aussenpolitik und damit Regelungsbereich des Bundes.	Ja. KKJPD hat an der Erarbeitung der Vorlage mitgewirkt.	Ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Positiv. Die Vorlage ist abgestimmt auf die innerstaatlichen Regelungen der Kantone bei der Zulassung von Sicherheitsunternehmen.</p>					
Teilrevision des BG über die Ausländerinnen und Ausländer bezüglich der Sanktionen gegen Transportunternehmen („carrier sanctions“) und des Informationssystems über die Angaben der beförderten Personen	EJPD KKJPD	Bund finanziert kantonale Administrativhaftplätze; unterstützt den Vollzug von Wegweisungen im Asyl- und Ausländerbereich	ja	ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Vorlage ist in allen Punkten im Interesse der Kantone. Die KKJPD hat sich zustimmend geäußert.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Totalrevision der VO über die Ausstellung von Reisedokumenten für ausländische Personen	EJPD KKJPD	Kantonale Migrationsbehörden vollziehen die Bestimmungen. Eher technische Änderungen von geringer Tragweite.	Ja.	Ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Positiv. KKJPD hat i.R. der Vernehmlassung zugestimmt und nur betr. Detailbestimmungen Änderungen angeregt.</p>					
Änderung des StGB und des MStG. Umsetzung der Volksinitiative „Für die Ausschaffung krimineller Ausländer“	EJPD KKJPD SODK	Kantone müssen die Ausschaffungen verfügen und vollziehen.	SODK und KKJPD wurden in die Vorarbeiten einbezogen.	4xja	Nein Ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Kantone wurden im Rahmen der Vorarbeiten mit einbezogen und die Vernehmlassung erfolgte mit vernünftigen Fristen. Den Interessen der Kantone wird im bundesrätlichen Entwurf Rechnung getragen.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Anpassung der VO über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) infolge Umsetzung der Motion Barthassat (08.3616) „Jugendlichen ohne gesetzlichen Status eine Berufslehre ermöglichen“	EJPD KKJPD EDK, SODK, KdK	Vollzug durch Kantone. Politisch wichtiges Geschäft.	Ja	Ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: KKJPD hat in Zusammenarbeit mit KdK, EDK und SODK pos. Stellung genommen, aber für die Praxis wichtige Änderungen angeregt.</p>					
VO über den ausserprozessualen Zeugenschutz	EFPD KKJPD	Kantone müssen umsetzen.	Ja	Ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Positiv. Sinnvolle Regelungen und Abläufe. Zuständigkeiten werde beachtet.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Ausdehnung der Rechtshilfe bei Fiskaldelikten	EJPD FDK, KdK, KKJP D	Zuständigkeiten zwischen schweizerischen Steuerbehörden bei Rechtshilfeersuchen Benachteiligung kantonaler im Vergleich zu ausländischen Steuerbehörden	ja	ja	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Noch nicht beurteilbar
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Vorlage beschlägt weniger das föderalismuspolitisch relevante vertikale Verhältnis Bund/Kantone, sondern vielmehr das Verhältnis Inland/Ausland und das funktionale Verhältnis Straf-/Steuerbehörden. Die FDK beantragte in ihrer Stellungnahme vom 21.09.2012, die Vorlage bis nach der Revision des Steuerstrafrechts zurückzustellen. Die Zuständigkeiten zwischen schweizerischen Steuer- und Strafbehörden sowie die weitere Benachteiligung der kantonalen Steuerbehörden im Vergleich zu ausländischen Steuerbehörden sind vorab zu klären.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
VO über die Vermögensverwaltung im Rahmen einer Beistandschaft oder Vormundschaft (VBVV)	EJPD KOKES, SODK, KKJPD	Angesichts der qualitativen und quantitativen Bedeutung von vormundschaftlich verwaltetem Vermögen und im Lichte der ab 2013 geltenden Staatshaftung ist diese VO von erheblicher Relevanz für die Kantone.	Erfüllt. Die VO konnte erst in Angriff genommen werden, nachdem die Revision des ZGB abgeschlossen und die Inkraftsetzung vom Bundesrat beschlossen war. Der Entwurf wurde unverzüglich in die VNL geschickt und die dreimonatige Vernehmlassungsfrist ist angemessen.	Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) ist Teil des ZGB. Nach Art. 122 Abs. 1 BV ist die Gesetzgebung auf dem Gebiet des Zivilrechts und des Zivilprozessrechts Sache des Bundes. Wo behördliches Handeln zum Schutz von Personen mit Schwächezuständen und daraus resultierender Hilfsbedürftigkeit erforderlich ist, drängt sich eine bundesweit einheitliche Regelung auf und es ist in Kauf zu nehmen, dass kein Spielraum für ergänzendes kantonales Recht besteht. Die VO ergänzt das materielle Bundeszivilrecht. Hingegen ist in Übereinstimmung mit Art. 122 Abs. 2 BV die Organisationshoheit der Kantone gewahrt, indem Art. 440 Abs. 1 und 441 Abs. 1 den Kantonen die Organisation der Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden sowie der Aufsichtsbehörden überlässt.	Während die Kantone keine ergänzenden Bestimmungen zur Vermögensverwaltung im Bereich des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts erlassen können, haben die neuen professionellen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden in der Anwendung der VO bei der Vermögensverwaltung und Vermögensanlage einen erheblichen, dem Einzelfall gerecht werdenden Spielraum.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:</p> <p>Die Vorlage ist aus föderalistischer Sicht zweckmässig und ausgewogen.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Erhöhung der Beiträge für die Durchführung der eidg. Prüfungen – Änderung von Art. 65 der Berufsbildungsverordnung	EVD EDK, VDK	Die Kantone sind an der Förderung der Höheren Berufsbildung interessiert, zu der sie ihrerseits ihren Beitrag leisten. Sie begrüßen die Erhöhung des Engagements des Bundes in diesem Bereich.	Die Einladung zur Vernehmlassung wurde den Kantonen zu spät zugelegt. Allerdings wurde darauf die Vernehmlassungsfrist verlängert.	Unklar ist, ob die Subventionierung der eidg. Prüfungen gestützt auf Art. 53 des Berufsbildungsgesetzes (BBG) erbracht werden sollen. Sollte dies der Fall sein, würden die direkten Bundesbeiträge an die Berufsbildung erhöht, die Pauschalbeiträge an die Kantone hingegen gekürzt. Dies hätte zur Folge: <ol style="list-style-type: none"> 1. Die Höhere Berufsbildung wird nicht gefördert, da die Erhöhung der Bundesbeiträge durch eine Senkung der kantonalen Finanzierung kompensiert würde: ein Nullsummenspiel. 2. Die direkte Bundesfinanzierung würde ausgebaut. Nach Meinung der SBBK sollte jedoch nicht die direkte Bundesfinanzierung, sondern die indirekte Bundesfinanzierung durch die Pauschalbeiträge gemäss Art. 53 BBG der systemisch richtige Weg zur Finanzierung der Berufsbildung bleiben. Die Eigenständigkeit der Kantone (Art. 47 BV) wäre damit nicht angemessen berücksichtigt.	Neben den Regelungen des BBG ist keine Programmvereinbarung vorgesehen. Die Umsetzungsautonomie der Kantone ist nicht tangiert.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die EDK hat in ihrer Stellungnahme auf die Unklarheiten bezüglich der Einhaltung von Art. 47 BV hingewiesen. Werden ihre Einwände berücksichtigt, berücksichtigt die Vorlage die Grundlagen des Föderalismus.</p>					
VO über den nationalen Qualifikationsrahmen für Abschlüsse der Berufsbildung	EVD EDK, VDK, GDK, SODK	Mittel	JA	Ja	Nein Ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse der höheren Berufsbildung ist ein gemeinsames Anliegen von Bund und Kantonen (vgl. gemeinsame Erklärung von EVD, EDI und EDK vom Mai 2011). Die verfassungsmässige Zuständigkeit liegt dabei beim Bund. Der nationale Qualifikationsrahmen wird aus kantonaler Sicht begrüsst. Die Umsetzung, wie sie im Vernehmlassungsentwurf vorgesehen ist, wird allerdings kritisch beurteilt. Die weiteren Arbeiten werden verbundpartnerschaftlich (Bund, Kantone, Organisationen der Arbeitswelt) erfolgen.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Weiterbildungsgesetz	EVD EDK, VDK, SODK	Mittel	Ja	Ja	Nein Ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Mit Bildungsverfassung von 2006 wurde zum ersten Mal auf gesamtschweizerischer Ebene die Weiterbildung als wesentlicher Teil des Bildungsraumes Schweiz in den Blick genommen. Artikel 64a BV ermächtigt den Bund, Grundsätze über die Weiterbildung festzulegen. Vorher hatte eine Grundlage für die Betrachtung der Weiterbildung aus einer integrierten Bildungsoptik und damit für eine bewusste Weiterbildungspolitik des Bundes gefehlt. Entsprechend kommt nun dem ersten Bundesgesetz über die Weiterbildung eine hohe systemische und ordnungspolitische Bedeutung zu: Es soll ein Rahmengesetz geschaffen werden, welches die Weiterbildung in der schweizerischen Bildungssystematik richtig positioniert und die zu diesem Zweck wesentlichen Grundsätze regelt. <i>Daran</i> vorab muss der Entwurf aus Sicht der Kantone gewürdigt werden. Generell lässt sich sagen, dass der Vorentwurf in der gebotenen Kürze eine subsidiäre Grundsatzgesetzgebung beinhaltet, welche der geschilderten Funktion insgesamt gerecht wird. Dass er darüber hinaus auch – als einzigen Förderatbestand – den Erwerb und Erhalt von Grundkompetenzen Erwachsener einbezieht, ist gerechtfertigt und sinnvoll: der Förderbedarf im Kampf gegen den Illiterismus ist ausgewiesen, ein eigenes Spezialgesetz hierfür wäre jedoch unverhältnismässig.</p>					
Pa.lv. 08.473. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons	SGK-S SODK, FDK				
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die SODK hat am 31. August 2011 an einer Anhörung der Subkommission der SGK-SR teilgenommen. Dabei hat sie ihren Standpunkt wiederholt, wonach sich die SODK für eine Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons ausspricht aber nur mit einer entsprechenden Kompensation. Sollte eine solche Kompensation nicht erfolgen, soll wäre zumindest eine angemessene Übergangsfrist von mindestens 4 Jahren vorzusehen. Die SGK-SR hat Ende 2011 eine Vernehmlassung betr. einem Gesetzesentwurf zur Abschaffung der Rückerstattungspflicht ohne Kompensation eröffnet. Die von der SODK gewünschte Übergangsfrist von 4 Jahren ist beim Änderungsvorschlag vorgesehen. Das GS SODK wird z.Hd. der kant. SozialdirektorInnen eine Musterstellungnahme vorbereiten.</p>					
Bericht des Bundesrats zur inneren Sicherheit. Klärung der Kompetenzen	SiK-S KKJPD KdK, RK MZF	Hoch. Klärung der Aufgaben von Bund und Kantonen; v.a. an den Schnittstellen Polizei/Armee und Polizei/GWK.	Ja. Einbezug von KKJPD und KKPKS in die Erarbeitung des Berichts.	Ja	Nein ja

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Positiv. Bericht dient als gute Grundlage für die Klärung der Kompetenzen.</p>					
Pa.Iv. Freigabe der Investitionen in erneuerbare Energien ohne Bestrafung der Grossverbraucher (UREK-N)	UREK-N EnDK, BPUK	mittelbar	Ja, sehr kurze Frist	<ul style="list-style-type: none"> • Ja • Die Verfassungsgrundlage BV Art. 89 für die KEV wird grundsätzlich als schmal taxiert; Revision BV Art. 89 ist im Hinblick auf die zweite Etappe EST 2050 geplant • Ja • Ja 	<ul style="list-style-type: none"> • Keine kantonale Vollzugsaufgabe
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: unproblematisch</p>					
Pa.Iv. 10.470. Raumplanerische Rahmenbedingungen für die Lagerung einheimischer erneuerbarer Rohstoffe (von Sieben-thal)	UREK-N BPUK , FoDK, EnDK	FoDK: wichtig			
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: FoDK: Aus Sicht FoDK steht nicht eine Gesetzes, sondern eine Verordnungsänderung im Vordergrund. Laufendes Verfahren i.O.</p>					

Vorlage	Departement / DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Pa.Iv. 04.472. Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone	UREK-N BPUK, LDK	Ja	Ja	- Ja - Ja - - - -	- - - -
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Wichtige Regelungen werden vorgenommen. Leider wird der Bereich „Bauen ausserhalb Bauzone“ wiederum in einer Einzelfrage revidiert, anstatt die Gesamtrevision im Rahmen der RPG-Revision, 2. Etappe abzuwarten.					
10.324 Kt.Iv. BE. Teilrevision Gewässerschutzgesetz	UREK-S BPUK	Mittel	Ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Keine Bemerkungen.					
Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthard-Achse	UVEK BPUK, KöV	hoch	Ja	- Ja - Ja - Ja - ja	-- --
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Bei dieser Ausbaute und der Finanzierung handelt sich um die Umsetzung einer Bundesaufgabe, welche die Kantone befürworten. Für die Kantone hat es keine direkten finanziellen Auswirkungen und die Aufgabenerfüllung erfolgt kompetenzgemäss.					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Änderungen Gewässerschutzgesetz (Verursachergerechte Finanzierung der Elimination von Spurenstoffen im Abwasser)	UVEK BPUK	Hoch	Ja	Ja Ja Ja ja	Nein Kant. Umsetzungsautonomie gewahrt.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:</p> <p>Ende 2009 hat das UVEK ein Vernehmlassungsverfahren zum Entwurf einer Revision der Gewässerschutzverordnung durchgeführt. Die allgemeine Stossrichtung war in der Vernehmlassung gut aufgenommen worden. Ein wichtiger Kritikpunkt war jedoch das Fehlen einer verursachergerechten Finanzierung der notwendigen Massnahmen zur Elimination von Spurenstoffen.</p> <p>Mit dem vorliegenden Entwurf wird eine zweckmässige und zielorientierte Finanzierungslösung vorgeschlagen, die dem erwähnten Kritikpunkt Rechnung trägt. Wir begrüßen deshalb die vorgeschlagene Ergänzung des Gewässerschutzgesetzes und erachten diese als tragbaren Kompromiss zwischen Vollzugaufwand, Wirkung und Verursachergerechtigkeit. Wir stellen zudem fest, dass die wichtigsten Forderungen der Kantone bezüglich Finanzierung und zeitlicher Umsetzung im Entwurf übernommen worden sind.</p>					
VO über die Reduktion der CO2-Emissionen (CO2-VO)	UVEK EnDK, BPUK, VDK, FoDK, FDK	Hoch. In der Vorlage werden Ziele für den Gebäudebereich festgelegt und die Kantone zur Berichterstattung verpflichtet.	Ja	Beachtung des Art. 42 BV fraglich	Beachtung des Art. 46 Abs. 2 und 3 BV fraglich
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:</p> <p>Mit der im 2011 CO2-Gesetz Revision hat der Bund (insbesondere das BAFU) einen neuen verfassungsmässig zweifelhaften Artikel im Gebäudebereich eingeführt. Mit der entsprechenden Verordnungsrevision hat der Bund die detaillierten Anforderungen gegenüber den Kantonen festgelegt. Die Anträge der EnDK sind nur teilweise in der definitiven Verordnung eingeflossen. Der Bund hat mit der CO2-Gesetzgebung Kompetenzen im Gebäudebereich an sich gerissen, die teilweise ungerechtfertigt beurteilt werden können.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Totalrevision Stauanlagenverordnung	UVEK EnDK , BPUK				
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Das Generalsekretariat der EnDK hat eine Umfrage durch die Energiefachstellen durchgeführt. Angesichts geringen Interesses, hat die EnDK auf eine Stellungnahme Verzichtet.</p>					
Revision der Stromversorgungsverordnung	UVEK EnDK	Hoch, weil es geht um einen wichtigen Element für den Investitionen im Ausbau des Stromnetzes, und damit für die künftige Versorgungssicherheit.	Ja	Ja	Autonomie gewährt
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: <i>Gut. Die EnDK hat schon vor der Einladung zur Anhörung das Thema in die Hand genommen und frühzeitig mit dem zuständigen Departement des Bundes ausgetauscht. Die wichtigen Anliegen der EnDK sind in die Vorlage eingeflossen.</i></p>					
Fanzüge; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes	UVEK KöV, KKJP D	Betrifft desn Umgang mit problematischen Fussball- und Eishockeyfans. Betrifft die Kantone stark.	KKJPD hat schon bei den Entwürfen mitgewirkt.	4x Ja	Nein. Ja.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Gute Vorlage; ist abgestimmt mit dem Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt im Umfeld von Sportveranstaltungen der KKJPD. Kantonsinteressen voll gewahrt.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Strassenzulassung und Verkehrsstrafrecht; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und weiterer Erlasse	UVEK KöV, KdK, KKJP D	Einschränkung der Transportpflicht als wichtige Voraussetzung für die Bekämpfung der Gewalt im Umfeld des Sports.	Ja. KKJPD hat bei der Erarbeitung der Vorlage mitgewirkt.	Ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Positiv. Die Vorlage nimmt ein wichtiges Anliegen der KKJPD auf. Führt dazu, dass die Behörden den Fanggruppen Extrazüge vorschreiben können.					
Umsetzung der EU-Richtlinien über Interoperabilität und Sicherheit	UVEK KöV , KdK	tief	ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Keinen Einfluss auf föderalistische Fragen					
Verordnungsanpassungen im Rahmen des 2. Schrittes der Bahnreform 2: Personenverkehr	UVEK KöV	tief	ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Kaum Auswirkungen					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Genehmigung des Protokolls von Nagoya über den Zugang zu genetischen Ressourcen und die ausgewogene und gerechte Aufteilung der sich aus ihrer Nutzung ergebenden Vorteile und dessen Umsetzung (BG über den Natur- und Heimatschutz)	UVEK BPUK KdK, FoDK, LDK, VDK	unterschiedlich (je nachdem, wieviel Forschung)	ja	Ja Ja Ja Ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Überwachung durch die Behörden ist unzureichend geklärt. Die vorgeschlagene Einführung des Nagoya-Protokolls über eine Änderung des NHG ist noch nicht vollzugstauglich. Der administrative Aufwand fällt vor allem in den Unternehmen in einem Kanton an, der mit den entsprechenden genetischen Ressourcen arbeitet oder forscht. Der Vollzugsaufwand trifft hauptsächlich die Privaten und nicht die kantonalen Behörden. Vollzugsbehörde ist in erster Linie das BAFU.</p>					
Totalrevision Postgesetzgebung; Ausführungsbestimmungen zum Postgesetz (Verordnung zum Postgesetz)	UVEK VDK	Gross	Ja	Alles ja.	Keine.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Mittelbarer Einfluss über die neue Postgesetzgebung, in der die wichtigen Vorgaben betreffend die Gewährleistung des Grundversorgungsauftrags politisch festgelegt wurden. Die Grundversorgung umfasst dabei sowohl die Postdienste als auch Dienste des Zahlungsverkehrs (Einzahlungen, Auszahlungen und Überweisungen). Die neue PostV legt zudem die Standards für die Erreichbarkeit von Postdiensten fest, was je nach Ausgestaltung einen Einfluss auf das Poststellennetz in den Kantonen hat.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes	UVEK FDK , VDK	Ev. Mehrbelastung der kantonalen Steuerverwaltungen, falls Erhebung der Abgabe über den Bezug der direkten Bundessteuer erfolgte	ja	Ja, sofern die Erhebung der Abgabe wie in der Vernehmlassungsvorlage vorgesehen nicht über die direkte Bundessteuer erfolgt.	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung nicht vorgesehen • Ja, sofern die Erhebung der Abgabe wie in der Vernehmlassungsvorlage vorgesehen nicht über die direkte Bundessteuer erfolgt.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Aus föderalistischer Sicht würde die Vorlage dann relevant, wenn die Erhebung der Abgabe über den Bezug der direkten Bundessteuer erfolgte. Dies ist gemäss der Vernehmlassungsvorlage nicht der Fall. Es kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, dass die von der FDK bereits 2010 bekämpfte Idee in der parlamentarischen Beratung wieder aufgenommen wird.</p>					
Teilrevision der Raumplanungsverordnung	UVEK BPUK LDK	tief	ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Keinerlei Einschränkungen</p>					
Änderung der VO über die Lenkungsabgabe auf flüchtigen organischen Verbindungen (VOCV)	UVEK BPUK	Mittel	ja	Ja Ja Ja ja	Nein Kant. Umsetzungsautonomie gewahrt.
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Der Vollzug der VOCV liegt bei den Kantonen (BV 74). Die Anforderungen für eine Befreiung von der Lenkungsabgabe gemäss VOCV müssen für die Kantone vollziehbar sein; letztendlich führen sie zu einem Mehraufwand in den Kantonen. Die Kantone erwarten daher vom Bund eine genügend fachliche und finanzielle Unterstützung. In der Erarbeitung der Vorlage waren die Kantone gut eingebunden.</p>					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Flexibilisierung der Waldflächenpolitik, Änderung der Waldverordnung	UVEK FoDK, BPUK, LDK, VDK	Hoch	ja	ja	ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Die Flexibilisierung der Waldflächenpolitik mit der Änderung der Waldverordnung kann insgesamt als positives Beispiel bewertet werden.					
Umsetzung Zweitwohnungsinitiative	UVEK BPUK, VDK	hoch	Ja	- Ja - Ja - Ja - Ja	- Keine Programmvereinbarung - Umsetzungsautonomie im Rahmen des verfassungsmässigen Spielraums
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: In Ordnung, jedoch musste vehement auf den föderalistischen Grundsätzen bestanden werden					
VO über das Bergführerwesen und Anbieten weiterer Risikoaktivitäten	VBS VDK				
Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht:					

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022	VBS KdK, EDK, KKJP D, VDK, BPUK, FoDK, KöV, FDK	Moyenne, vu les répercussions financières possibles pour les cantons en particulier.	Non. Cf. remarque figurant dans la rubrique ci-dessous. Ouverture de la procédure de consultation le 17.10.2012, avec un délai échéant le 29 octobre 2012.	Vu les nombreuses lacunes du rapport explicatif du Conseil fédéral, il n'est pas possible d'évaluer la mesure dans laquelle ces dispositions constitutionnelles ont été respectées. On pense en particulier au principe de subsidiarité.	
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Es wird verzichtet, eine Federführung festzulegen. Die angeschriebenen Konferenzen verzichten auf eine Teilnahme an der Anhörung, weil es innerhalb der kurzen Frist nicht möglich ist, eine konsolidierte Haltung der Kantone zu ermitteln.</p>					
Verordnung über die Förderung von Sport und Bewegung. V des VBS über Sportförderungsprogramme und –projekte und V des VBS über die Eidgenössische Hochschule für Sport Magglingen	VBS EDK	mittel z.B. - Organisation J+S (Projekt des Bundes), damit verbundene Kosten für Kantone - Sportunterricht in der Schule - Ausbildung von Sportlehrpersonen an der EHSM	Eingebunden bei der Erarbeitung insbesondere der Bestimmungen der Sportförderungsverordnung wurden verschiedene kantonale Akteure, auf die Einbindung der sachlich zuständigen EDK wurde aus nicht erklärbaren Gründen verzichtet	In der Mustervernehmlassung der EDK wird <ul style="list-style-type: none"> - das Einhalten des Subsidiaritätsprinzips in Frage gestellt, ebenso das konsequente Einhalten der fiskalischen Äquivalenz (wobei insbesondere beim Sportunterricht in der Schule diese Prinzipien bereits im Sportförderungsgesetz, welches vom Parlament am 17. Juni 11 verabschiedet wurde, nicht eingehalten wurden) - eine Verfassungsgrundlage wie auch eine gesetzliche Grundlage sind vorhanden 	die kantonale Umsetzungsautonomie wird mehr oder weniger gewahrt

Vorlage	Departement /DK	Relevanz für Kantone	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2 + 3 BV) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage aus föderalistischer Sicht: Das Problem stellt nicht die Sportförderungsverordnung dar, sondern das Bundesgesetz über die Förderung von Sport und Bewegung (Sportförderungsgesetz, SpoFöG) vom 17. Juni 2011, welches mit Bezug auf den Sportunterricht in der Schule die verfassungsmässige Aufgaben- und Kompetenzverteilung missachtet.</p>					

Monitoring-Bericht *Föderalismus 2012* / Rapport de monitoring *Fédéralisme 2012*

Anhang V: **Gesetzesvorlagen des Bundes mit politischer Relevanz für die Kantone: Beurteilung durch die Konferenzen**

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
				<ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
03.465 Pa.I.v Maissen. Service Public. Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung	KdK	Hoch. Wichtige Bereiche der Grundversorgung liegen in der Kompetenz der Kantone	Noch nicht begonnen	Nicht beurteilbar, da noch kein ausformulierter Vorschlag vorliegt. In der Initiative wird darauf hingewiesen, dass die Grundsätze der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen zu beachten sind.	
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): <i>Aufgrund der Vernehmlassungsergebnisse schlägt der Bundesrat vor, auf die Schaffung einer neuen, allgemeinen Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung zu verzichten. Dieser Verzicht entspricht der Meinung einer Mehrheit der Kantone.</i></p>					
<p>Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: <i>Noch nicht begonnen</i></p>					

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
				<ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
04.472 Pa.Iv. Pferdehaltung in der Landwirtschaftszone	BPUK, LDK	tief	NR 13.0912 SR 13.12.12	Ja Ja Ja Ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Wir haben die Vorlage unterstützt.					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:					
Bestens. Unsere Anträge wurden alle angenommen, insbesondere verbleibt ein Spielraum für die Kantone.					
07.419 Pa.Iv. Hochreitener Norbert: Verfassungsbasis für eine umfassende Familienpolitik	SODK EDK, KKJP D, KdK	hoch	abgeschlossen, Sommer 2012	Es wird grundsätzlich an der bestehenden Kompetenzordnung festgehalten. Der Bund erhält neu eine subsidiäre Grundsatzkompetenz. Da der Nutzen einer verbesserten Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit auf allen Staatsebenen anfällt, scheint ein stärkeres Engagement des Bundes (subsidiäre Grundsatzkompetenz) in diesem Bereich gerechtfertigt.	Keine Programmvereinbarungen vorgesehen Grundsätzlich Umsetzungsautonomie gewahrt, es bleibt die Umsetzungsgesetzgebung des Verfassungsartikels abzuwarten.
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):					
21 Kantone haben sich in der Vernehmlassung für den neuen Verfassungsartikel ausgesprochen (dagegen sprachen sich die Kantone AI, OW, NW, SZ und TG aus).					
Die SODK hat bereits in ihrer Musterstellungnahme 2011 die Stossrichtung des Artikels begrüsst und dies auch an der Medienkonferenz des Bundesrates zur Eröffnung der Abstimmung am 16. Januar 2013 durch SODK-Präsidenten Peter Gomm kundgetan.					
Die SODK ist der Ansicht, dass mit dem Vorschlag an der bestehenden Kompetenzordnung und Aufgabenteilung festgehalten wird und bedauert, dass das Parlament die vorgeschlagene Verfassungsbestimmung für die Harmonisierung der Alimentenbevorschussung nicht in den neuen Verfassungsartikel aufnahm..					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Keine speziellen Bemerkungen.					

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
07.455 Pa.Iv. Ratifikation des Übereinkommens über den Mutterschutz (Nr. 183) der IAO	KdK, <u>SODK</u> VDK		abgeschlossen, Winter 2012			
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Das GS SODK musste aus Ressourcengründen darauf verzichten, dieses Geschäft zu begleiten.</p>						
<p>Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: vgl. oben.</p>						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
07.476 Pa.lv. Verfassungsgerichtsbarkeit. BV massgebend für rechtsanwendende Behörden	KdK , KKJP D	Die Vorlage ist von grosser Relevanz für die Kantone, da sie einen Bezug zu den geforderten innerstaatlichen Reformen zur Festigung der föderalistischen und demokratischen Staatsorganisation im Rahmen der Europapolitik des Bundes aufweist (vgl. Positionsbezug der Kantonsregierungen vom 24. Juni 2011).	abgeschlossen, Winter 2012	Keine Mitwirkung gemäss Art. 45 BV, lediglich im Rahmen des ordentlichen Vernehmlassungsverfahrens zum Vorentwurf der RK-N.	-	-

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Die Vernehmlassungsfrist war zu kurz angesetzt und ein Antrag auf Fristverlängerung wurde abgelehnt, obwohl das Geschäft angesichts dessen, dass diese Frage seit 30 Jahren diskutiert wird, kaum als dringlich bezeichnet werden kann. Eine Mehrheit der Kantonsregierungen begrüsst den vorgeschlagenen Ausbau der Verfassungsgerichtsbarkeit. Mit der Aufhebung von Art. 190 BV könnten neu auch Bundesgesetze – wie heute schon Verordnungen des Bundes und kantonale Erlasse – im Konfliktfall gerichtlich auf ihre Vereinbarkeit mit der Bundesverfassung überprüft werden. Diese Ausweitung der Normenkontrolle würde nicht nur die Rechtsstaatlichkeit, sondern auch den Föderalismus stärken, da Bundesgesetze somit auch auf ihre Vereinbarkeit in Bezug auf die verfassungsrechtlich geregelte Kompetenzausscheidung zwischen Bund und Kantonen geprüft werden könnten. Der Kommissionsvorschlag entspricht in diesem Sinne auch den Überlegungen der KdK zu den notwendigen innerstaatlichen Reformen zur Erhaltung der föderalistischen Staatsstruktur der Schweiz im Kontext der Europapolitik. Die vorgeschlagene Verfassungsänderung wirft jedoch Umsetzungsfragen auf, die nach einer entsprechenden Ausführungsgesetzgebung verlangen. Eine Minderheit der Kantonsregierungen lehnt die Vorlage ab.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

2011: In den parlamentarischen Beratungen im Nationalrat wurde das Argument, dass die Ausweitung der Normenkontrolle auch die verfassungsmässige Kompetenzzuscheidung zwischen Bund und Kantonen und damit den Föderalismus schützen würde, nur ein einziges Mal vorgebracht. Ins Feld geführt wurden von den Befürwortern in erster Linie Argumente der Rechtsstaatlichkeit und des Grundrechtsschutzes. Auf der Seite der Gegner dominierte die Befürchtung einer politischen Einflussnahme der Richter auf Kosten des Souveräns. Da die parlamentarischen Beratungen noch nicht abgeschlossen sind, lässt sich das Geschäft noch nicht abschliessend beurteilen.

2012: lors de sa séance du 5 juin 2012, le Conseil des Etats a refusé l'entrée en matière par 27 voix contre 17, et ce malgré l'argumentation fort pertinente des partisans, ainsi que de la cheffe du DFJP, y compris concernant le renforcement de la position des cantons quant à la défense de leurs compétences en justice. La crainte d'un renforcement du pouvoir des instances judiciaires au détriment du législateur l'a emporté.

Alors qu'il avait accepté la proposition de révision de la Constitution accordant une compétence de juridiction constitutionnelle complète au Tribunal fédéral le 6 décembre 2011 par 94 voix contre 86, lors de la séance d'élimination des divergences du 3 décembre 2012, le Conseil national s'est rallié à la position du Conseil des Etats par 101 voix contre 68, reprenant les mêmes arguments que ce dernier.

La tentative d'introduire une telle compétence a échoué à nouveau au niveau du Parlement, ce qui est à déplorer fortement sous l'angle du fédéralisme, alors que 21 cantons y étaient favorables. Le Parlement fédéral n'aime pas être contrôlé. Pourtant, dans le contexte du renforcement des relations avec l'Union européenne, les cantons tiennent à ce qu'une compétence de juridiction constitutionnelle complète soit accordée au pouvoir judiciaire fédéral.

Une fois de plus, on constate que le Conseil national est plus à l'écoute des cantons, le Conseil des Etats ayant tendance à être moins sensible à leurs attentes.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
08.458 Pa.Iv. Präzisierung des Anwendungsbereichs der Bestimmungen über die verdeckte Ermittlung	KKJP D	Umsetzung bei den Kantonen und teilweise beim Bund.	abgeschlossen, Winter 2012	Ja	Nein ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Positiv. Klare Regeln für alle Beteiligten. KKJPD wurde in die Erarbeitung des Entwurfs einbezogen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Positiv.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
08.473 Pa.lv. Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons	SODK FDK	hoch	abgeschlossen, Winter 2012; veröffentlicht in BBl 2012 9645	Die Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone wurde eingehalten.	

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
Die Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons ist eine Forderung der SODK, die sie seit 2006 erhebt und zu der sie 2008 einen Bericht erarbeitete (Arbeitsgruppe ZUG, August 2008). Mit der Revision des ZUG wurde dieses Anliegen nun auf Bundesebene erfüllt.

Offen ist noch die Forderung der SODK, dass die Verschiebung der finanziellen Lasten unter den Kantonen zu kompensieren seien. Die SGK-N reichte die Motion „Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons in der NFA berücksichtigen“ (12.3970), um den Bundesrat zur Ausarbeitung eines Lösungsvorschlags zu verpflichten. Der Bundesrat lehnt die Motion ab, der NR nahm sie am 3. Dezember 2012 klar an. Zur Zeit ist sie im Ständrat hängig.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
Die Teilrevision des ZUG war im Ständerat völlig unbestritten, im Nationalrat gab es einzelne Gegner. Offen blieb eine allfällige Kompensationslösung für Kantone, die wegen der Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons höhere finanzielle Lasten tragen müssen.

09.076 Präventionsgesetz	GDK, EDK, KdK, SODK, FDK	GDK: Hoch	Vorlage im SR an der Schuldenbremse gescheitert, Herbst 2012		
-----------------------------	--------------------------------------	-----------	--	--	--

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
GDK: Für Eintreten; Vorschläge für Präzisierungen / Korrekturen in den Hauptpunkten Organisation, Finanzierung, Koordination Bund – Kantone bei der Zieldefinition
SODK: Der SODK ist es ein Anliegen, in die Weiterbehandlung des Geschäfts einbezogen zu werden, da Prävention und Gesundheitsförderung für die Sozialpolitik wichtige Aspekte beinhalten.
KdK: Das Gesundheitswesen ist grundsätzlich Sache der Kantone. Namentlich tragen die Kantone die Verantwortung für die Gesundheitsversorgung der Bevölkerung. Darunter fallen die medizinische Versorgung, die Spital- und Heimplanung, die Gesundheitsförderung und Prävention sowie die Bekämpfung von Suchtkrankheiten oder auch psychischen Erkrankungen. Der Bund ist für einige besondere, sachlich begrenzte Aufgaben zuständig (Art. 118 BV). Namentlich erlässt er Vorschriften über die Bekämpfung übertragbarer, stark verbreiteter oder bösartiger Krankheiten sowie den Umgang mit Heil- und Betäubungsmitteln, welche die Gesundheit gefährden können. Ausserdem erlässt der Bund Vorschriften über die Kranken- und Unfallversicherung (Art. 117 BV) und steuert damit wesentlich die Finanzierung des Gesundheitswesens. Keine Kompetenzen kommen dem Bund zu bei der Bekämpfung zwar ebenfalls gravierender, aber nicht ansteckender Krankheiten; dazu zählen auch allgemeine Präventionsvorkehrungen. Vor diesem Hintergrund bestehen in Bezug auf das Präventionsgesetz in der vorgesehenen Form klare verfassungsrechtliche Bedenken.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
2011: Die Bestätigung des Eintretensbeschlusses der SGK-N nach dem Nichteintreten des SR wird begrüsst. Die Vorlage wird in der Version Nationalrat von der GDK begrüsst.

2012: Vorlage im Parlament gescheitert. Die Koordination zwischen Bund, Kantonen und Dritten muss nun auf der bestehenden Gesetzesgrundlage weitergeführt werden.						
Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV)	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
09.095 Jugend und Musik. Volksinitiative	EDK	Eingriff in die Bildungshoheit der Kantone	Abgeschlossen, Frühjahr 2012	Ja. Vernehmlassung zum direkten Gegenentwurf. Hearings in den Kommissionen sowie schriftliche Stellungnahmen.		
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Der vorgeschlagene Artikel soll den Bund ermächtigen, den Musikunterricht an den Schulen zu regeln. Er steht damit in klarem Widerspruch zur Bildungsverfassung. <i>Der Bundesrat beurteilte dies in seiner Botschaft gleich und beantragte auch aufgrund föderalistischer Argumente die Ablehnung der Initiative.</i>						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: 2010: Es wurde eine Vernehmlassung zum direkten Gegenvorschlag der WBK-S durchgeführt. Dieser verzichtet auf die Regelung der Schulmusik und wahrt damit die Schulhoheit der Kantone. Er enthält aber eine Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes für die ausserschulische, freiwillige Bildung. Das bedeutet einen massiven Durchgriff des Bundes in einen freiwilligen, bislang sehr subsidiär und nachfrageorientiert organisierten Bereich. Dennoch ist im Hinblick auf die Volksabstimmung dem Gegenvorschlag aus föderalistischer Sicht zuzustimmen.						
2011: Der Ständerat hat einem direkten Gegenentwurf zugestimmt, der die kantonalen Zuständigkeiten wahrt und empfiehlt die Initiative zur Ablehnung. Die Nationalrat verabschiedete seinerseits einen direkten Gegenentwurf, der aber wie die Initiative die kantonale Schulhoheit verletzt. Er empfiehlt zudem die Initiative zur Annahme.						
2012: Das Bundesparlament verabschiedet einen Bundesbeschluss über die Jugendmusikförderung (Gegenentwurf zur Volksinitiative "jugend + musik"). Dieser wiederholt die bereits in Artikel 62 der Bundesverfassung formulierte Pflicht der Kantone, die Ziele des Musikunterrichts an Schulen zu harmonisieren. Wird die Harmonisierung auf dem Koordinationsweg nicht erreicht, so erlässt der Bund die notwendigen Vorschriften. Der Gegenvorschlag enthält aber auch eine Grundsatzgesetzgebungskompetenz des Bundes für die ausserschulische musikalische Bildung. Das bedeutet einen massiven Durchgriff des Bundes in einen freiwilligen, bislang sehr subsidiär und nachfrageorientiert organisierten Bereich. Die EDK unterstützte den Gegenentwurf, der im September 2012 von Volk und Ständen angenommen wurde.						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
09.462 Pa.Iv. Lüscher Christian. Liberalisierung der Öffnungszeiten von Tankstellenshops	VDK	mittel	abgeschlossen, Winter 2012	Alle, ja.	
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Argumente der Kantone spielten keine wirkliche Rolle, der Vollzug wurde vereinfacht durch eine einfache, weitgehende Lösung.					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Das Parlament hat im Dez. 2012 eine sehr liberale Lösung beschlossen: http://www.admin.ch/ch/d/ff/2012/9655.pdf .					
09.474 Pa.Iv. UREK-S. Flexibilisierung der Waldflächenpolitik	FoDK, BPUK, LDK	wichtig	SR 16.06.11 SR 21.12.11: Diff.		
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Die Vorlage ist noch in der Bearbeitung bei der UREK-N. Der Entscheid des Ständerates gegen die Kommissionmehrheit und gegen die Anliegen der Kantone war schwer nachvollziehbar. Die schriftliche Intervention der FoDK veranlasste die UREK-N zu einer weiteren Anhörung. Die UREK-N hat den Entscheid zuhanden des Nationalrates vertagt und auf die neue Legislaturperiode verschoben. Sollte die UREK-N entgegen den Vorstössen der Kantone dem Entscheid des Ständerates folgen, ergibt sich für die Umsetzung in den Kantone paradoxerweise eine Verschärfung statt eine Flexibilisierung der Waldflächenpolitik.					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: 2011: Trotz intensiver Bemühungen und Informationen, wurden die Argumente der Kantone gegenüber jenen der NGO's, welche keinerlei Umsetzungsverantwortung haben, bisher in der parlamentarischen Diskussion ungenügend aufgenommen. Zu erklären oder zu verstehen ist dies nur unter dem Gesichtspunkt, dass die Stimme der Kantone, welche in dieser Frage sehr geeint über die FoDK aufgetreten sind, nur als eine Stimme unter vielen und damit nicht entsprechend gewichtet wurde. 2012: Im Jahre 2012 hat sich der Prozess weitestgehend im Sinne des Föderalismus entwickelt: Die Argumente der Kantone wurden letztlich gehört und im Wesentlichen aufgenommen. Der koordinierte Einsatz der Kantone über die Direktorenkonferenzen hat sich gelohnt. Das Gesetz konnte Mitte 2012 in Kraft treten.					

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
09.477 Pa.Iv. Haftung der Unternehmen für die Kosten der Altlastensanierung	BPUK	mittel	noch nicht begonnen	ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Klare Regelung der Haftungsfrage, welche den Kantonen zugute kommt (Ausfallkosten).						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: .noch nicht begonnen						
10.052 Asylgesetz. Änderung Zusatzbotschaft zu den kurzfristigen Massnahmen	KKJP D, SODK	hoch	SR 12.12.11	ja		nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Kantone wurden beteiligt (auch in Vorphase der Gesetzgebung; insgesamt verspricht die Vorlage keine entscheidenden Fortschritte; positive Ansätze bei Verkürzung der Verfahrensfristen und Vereinfachungen).						
Zusatzbotschaft zu den kurzfristigen Massnahmen: keine Beurteilung.						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: 2010: SPK-S hat Bericht über Probleme im Asylbereich verlangt; KKJPD und SODK wirken bei der Erstellung des Berichts mit; unklarer Ausgang; unklarer Nutzen. 2011: SPK-S hat den Bericht beraten, die KKJPD angehört und die Vorlage mit geringen Modifikationen verabschiedet. Die SPK-N befasst sich 2012 mit der Vorlage. Die Asylgesetzrevision löst die grundlegenden Probleme im Asylbereich nicht. Dies wurde in der SPK-S erkannt. Man will die Vorlage durchbringen und danach an die Konzeption eines neuen Asylverfahrens gehen. Die KKJPD unterstützt dies.						
2012: EJPD, SODK und KKJPD haben i.A. des BR einen Bericht über die Beschleunigungsmassnahmen im Asylbereich verabschiedet.						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
10.060 Sicheres Wohnen im Alter. Volksinitiative	FDK, VDK, SODK	Eingriff in Steuerhoheit der Kantone	Abgeschlossen, Frühjahr 2012	<ul style="list-style-type: none"> • Ja, keine neue Aufgabenteilung • Ja • Nicht relevant, keine neue Aufgabe • Nein 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein, nicht relevant • ja
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Die FDK-Plenarversammlung lehnte am 29.01.2010 sowohl die Volksinitiative als auch den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats ab. Die Volksinitiative führte zu einer nicht gerechtfertigten weiteren steuerlichen Privilegierung der Wohneigentümer. Der indirekte Gegenvorschlag bringt mit der Abschaffung des Eigenmietwerts zwar eine Vereinfachung des Steuersystems. Zugleich bringt er mit der Zulassung von Abzügen für besonders qualifizierte Abzüge für Energiespar- und Umweltschutzmassnahmen eine vollzugsuntaugliche Komplizierung. Der Wegfall der Einnahmen der Tourismuskantone aus der Zweitwohnungsbesteuerung ist ungelöst. Die beschränkte Abzugsfähigkeit von Schuldzinsen und der limitierte, degressive Ersterwerbberabzug sind aus Optik der Wohneigentumsförderung ungenügend. 20 Kantone lehnten den indirekten Gegenvorschlag des Bundesrats ab. Selbst jene 6 Kantone, welche der Bericht über das Ergebnis der Vernehmlassung als „Zustimmung mit Vorbehalten“ interpretiert, könnten – anders interpretiert - den ablehnenden Stimmen zugeordnet werden. Somit stiess der indirekte Gegenvorschlag bei sämtlichen Kantonen – wie auch bei praktisch allen übrigen Vernehmlassungsteilnehmern – auf Ablehnung. Umso bemerkenswerter ist es, dass die Botschaft des Bundesrats mit Ausnahme der Limitierung des Schuldzinsenabzugs auf 80 % der steuerbaren Vermögenserträge identisch ist mit der Vernehmlassungsvorlage – eklatanter kann man eine Vernehmlassung kaum mehr zur Farce machen.</p>					
<p>Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: 2010: Wäre die WAK-S der Position der Kantone gefolgt, hätte sie sowohl Initiative als auch indirekten Gegenvorschlag ablehnen müssen. Eine abschliessende Beurteilung ist indessen verfrüht. Es gilt, den neuen indirekten Gegenvorschlag und dessen parlamentarische Behandlung abzuwarten.</p>					
<p>2011: Nachdem der indirekte Gegenvorschlag der WAK-S im Ständerat am 14.03.2011 um zusätzliche Unterhaltsabzüge ergänzt wurde, sprach sich die FDK nach einer Umfrage bei ihren Mitgliedern im Rahmen der Anhörung vor der WAK-N vom 19.04.2011 deutlich für den Status quo bei der Wohneigentumsbesteuerung aus. Die Haltung wurde mit Brief vom 6.12.2011 an den Ständerat nochmals bestätigt. Der Ständerat folgte schliesslich dem Anliegen der FDK und sprach sich am 13.12.2011 gegen den Gegenvorschlag aus und empfahl die Volksinitiative zur Ablehnung. Der Gegenvorschlag ist damit gescheitert. Die Differenz der Räte besteht nun noch bezgl. Abstimmungsempfehlung.</p>					
<p>2012: Am 27.02.2012 änderte der Nationalrat seine Meinung: er folgte dem Ständerat und der WAK-N und empfahl die Initiative zur Ablehnung. In der Schlussabstimmung vom 16.03.2012 bestätigten der Nationalrat und Ständerat die Ablehnung mit 119:77 Stimmen bzw. mit 36:6 Stimmen bei einer Enthaltung. Die Volksinitiative "Sicheres Wohnen im Alter" wurde schliesslich am 23.06.2012 in der Volksabstimmung mit 52.6% Nein-Stimmenanteil abgelehnt. Es sprachen sich allerdings 9½ Stände für das Volksbegehren aus. Neue parlamentarische Vorstösse für einen vollständigen Systemwechsel bei der Eigenmietwertbesteuerung wurden unmittelbar nach der Volksabstimmung eingereicht.</p>					

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
10.092 Via Sicura	<u>KKJP</u> D, BPUK, FDK, GDK	hoch	abgeschlossen, Sommer 2012	ja	nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): KKJPD: Vorlage wurde auf das für die Kantone erträgliche Mass reduziert. BPUK: in Ordnung GDK: keine Bemerkungen					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: unproblematisch.					
2012: KKJPD sprach sich bei den KVF beider Räte gegen den Verzicht auf Blutproben bei Strassenverkehrskontrollen aus. Dies ist allerdings unter Föderalismusaspekten kein Thema. Der Bund kann hier legiferieren.					
10.107 Epidemiengesetz. Revision	<u>GDK</u>	gross	abgeschlossen, Herbst 2012	Die geführten Vorgespräche Bund –Kantone/GDK/ Kantonsärzte/Kantonsapotheker haben im Grossen und Ganzen sichergestellt, dass die nunmehr publizierte Bundesratsvorlage die Kompetenz- und Aufgabenteilung respektiert.	Ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Die Einschätzung der GDK zur Vernehmlassungsvorlage vom 2008 hat auch nach Einbau von Erkenntnissen aus der H1N1-Bewältigung Gültigkeit: Anpassungen des Gesetzes, vor allem auch an die Vorgaben der Internationalen Gesundheitsvorschriften, sind dringend. Lösungen werden in konstruktiver Zusammenarbeit angestrebt. Zusätzliche Vorschriften des Bundes sind unvermeidlich, um ein zweckmässiges Funktionieren der nötigen Massnahmen zu sichern; Das Gesetz sieht vor, dass Bund und Kantone ein gemeinsames Organ zur Förderung der Zusammenarbeit (Koordinationsorgan) schaffen.					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Die Anliegen der Kantone wurden weitgehend berücksichtigt. Falls das ergriffene Referendum gegen die Vorlage zu Stande kommt, wird die GDK auf der Seite der Befürworter stehen.					
10.324 Kt.lv. Gewässerschutzgesetz. Teilrevision	<u>BPUK</u> , JDK LDK	mittel	Noch nicht begonnen	Ja Ja Ja ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Auf Stufe Verwaltungsrichtlinien zeichnen sich Lösungen ab, welche die Vorlage hinfällig machen könnte.					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Noch nicht begonnen					

10.440 Pa.Iv. SPK-S. Verbesserungen der Organisation und der Verfahren des Parlamentes	KdK	Hoch. Es wird die Ausübung eines verfassungsmässigen Rechts der Kantone eingeschränkt.	SR 26.09.11 NR 06.12.12	Da Interessen der Kantone betroffen sind, wäre es angebracht gewesen, bereits bei der Ausarbeitung der Vorlage eine Stellungnahme der Kantone einzuholen.	Mit der Einschränkung der Standesinitiative auf eine bestimmte Form wird die kantonale Umsetzungsautonomie eingeschränkt.
---	------------	--	----------------------------	---	---

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
In der Vernehmlassung haben die Kantone sowohl die vorgeschlagene Einschränkung der Standesinitiative auf die Form eines ausgearbeiteten Entwurfs als auch die Möglichkeit, auf ein Vernehmlassungsverfahren zu verzichten, wenn das Vorhaben vorwiegend die Organisation oder das Verfahren von Bundesbehörden oder die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Bundesbehörden betrifft, abgelehnt. Trotz dieser ablehnenden Haltung der Kantone, die von einer Delegation der KdK vor der ständerätlichen Kommission vertreten worden ist, hat die Staatspolitische Kommission des Ständerats die Vorlage in der ursprünglichen Form verabschiedet. Die Anliegen der Kantone wurden nicht einmal in Minderheitsanträgen aufgenommen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 2011: Der Ständerat ist den Anträgen seiner Kommission gefolgt und hat zwei Einzelanträge, in denen die ablehnende Haltung der Kantone aufgenommen worden war, mit grossen Mehrheiten abgelehnt.
 2012: Der Nationalrat lehnt die vom Ständerat beschlossene Einschränkung der Standesinitiative auf die Form eines ausgearbeiteten Entwurfs ab, was dem Antrag der Kantone entspricht. Bezüglich der Möglichkeit, auf ein Vernehmlassungsverfahren zu verzichten, wenn das Vorhaben vorwiegend die Organisation oder das Verfahren von Bundesbehörden oder die Verteilung der Zuständigkeiten zwischen den Bundesbehörden betrifft, schliesst er sich der Fassung des Ständerats an. Das Geschäft geht zur Differenzbereinigung zurück an den Ständerat.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
11.023 BG über die steuerliche Behandlung der berufsorientierten Aus- und Weiterbildungskosten	FDK, EDK	Vereinheitlichung der Praxis von Bund und Kantonen.	SR 14.06.11	<ul style="list-style-type: none"> • Ja, keine neue Aufgabe • Ja • Nicht relevant • Nein, formelle Harmonisierung 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Ja (nur formelle Harmonisierung. Bezüglich der Höhe der Abzüge wahren die Kantone ihren Spielraum)

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Am 2. Juli 2010 behandelte der FDK Vorstand die Vernehmlassungsvorlage zum Bundesgesetz über die steuerliche Behandlung der Aus- und Weiterbildungskosten. Er erachtete die Vereinheitlichung der Praxis zwischen Bund und Kantonen und die Nicht-Abzugsfähigkeit von Erstausbildungskosten als richtig, sprach sich für eine mit dem neuen Lohnausweis koordinierte Obergrenze von CHF 12'000 im DBG aus und beantragte, die Frage der Gleichbehandlung der Selbständig- und Unselbständigerwerbenden, namentlich mittels Aufhebung der betraglichen Begrenzung, nochmals zu prüfen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 2011: Der Ständerat folgte am 14.06.2011 bei der Festlegung der Höhe des Abzugs auf CHF 12'000 der FDK.

2012: Die Mehrheit der WAK-N empfahl am 13.11.2012 ihrem Rat, bei der Vorlage über die steuerliche Abzugsfähigkeit von Aus- und Weiterbildungskosten dem Ständerat zu folgen, womit künftig für berufliche Aus- und Weiterbildung ein allgemeiner Abzug bis zu maximal 12'000 CHF pro Jahr geltend gemacht werden kann. Bei einer Obergrenze von 12'000 CHF dürften schätzungsweise 90-92% aller Bildungsgänge vollumfänglich abziehbar sein, wobei für den Bund mit ca. 10 Mio. und für die Kantone mit ca. 50 Mio. CHF Mindereinnahmen gegenüber heute zu rechnen ist.

11.025 Schutz vor Passivrauchen. Volksinitiative	GDK	hoch	Abgeschlossen, Frühjahr 2012	ja	ja	ja bzw. bei Initiativ-Annahme wird die kantonale Regela-autonomie stärker eingeschränkt (gemäss Verfassungsgrundlage)
--	------------	------	---------------------------------	----	----	---

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
Die Kantone haben sich zur Initiative unterschiedlich positioniert.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
Die GDK hat sich in der Volksabstimmung zur Initiative nicht positioniert. Die Initiative wurde in der Volksabstimmung deutlich abgelehnt.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
11.027 Doppelbesteuerung. Ergänzung zu verschiedenen Abkommen	FDK, KdK	Unproblematisch. Abkommen halten sich an OECD-Standard	abgeschlossen, Frühjahr 2012	ja		

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
Der FDK-Vorstand unterstützte in der Medienmitteilung vom 17. Februar 2011 die vorgeschlagene Präzisierung der Amtshilfe in Steuersachen. Die Klarstellung bezieht sich auf die eindeutige Identifikation der betroffenen Steuerpflichtigen und den Ausschluss von "fishing expeditions".

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
Gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

11.030 6. IV-Revision, zweites Massnahmenpaket	SODK FDK	hoch	E2: abgeschlossen, Sommer 2012 E1 + 3: SR 19.12.11 NR 12.12.12			
---	--------------------	------	--	--	--	--

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die SODK hat in der Vernehmlassung bereits Skepsis geäussert, ob die Vorlage nicht zu früh kommt, da die Auswirkungen der 5. und der 6a. IV-Revision noch nicht evaluiert werden konnten. Festgestellt wurde zudem, dass die finanziellen Folgen für die Ergänzungsleistungen und damit die Verschiebung von Kosten auf die Kantone in der Botschaft nicht klar ausgewiesen sind.

Grundsätzliche Zustimmung hat die SODK zu den Punkten stufenloses Rentensystem, Vollrente ab 70% Invaliditätsgrad, Verzicht auf eine Reduktion der Kinderrente; eine verbesserte Kompromisslösung beim Interventionsmechanismus und der definitive Verzicht auf Sparübungen bei der erstmaligen beruflichen Ausbildung geäussert.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 2011: Am Hearing der SGK-SR vom 18. August 2011 hat der Präsident nochmals die Anliegen bzw. Haltung der SODK eingebracht (vgl. oben). Am 19. Dezember 2011 trat der Ständerat auf die Vorlage ein und hielt grundsätzlich am bundesrätlichen Kurs fest. Zu Lasten der Kantone nahm er zusätzlich eine Bestimmung an, wonach die Kostenvergütung für stationäre Massnahmen in einem Spital zu 80% durch die IV und zu 20% durch den Wohnkanton des Versicherten geleistet werden soll. Damit würden die Kantone gemäss Aussagen des BSV Kosten von rund 60 Millionen pro Jahr übernehmen müssen, trotz der neuen Regelung der KVG-Spitalfinanzierung ab dem 1. Januar 2012.

2012: Gegen den Willen der Kantone haben die eidgenössischen Räte die Beteiligung des Wohnkantons des Versicherten an den Kosten für stationäre Massnahmen in einem Spital verabschiedet. Die entsprechende Gesetzesänderung trat auf den 1.1.2013 in Kraft.

Im Dezember 2012 wurden die übrigen Elemente des zweiten Massnahmenpakets der 6. IV-Revision im Nationalrat beraten. Der NR folgte der im Oktober 2012 neu formulierten Haltung des BR und splittete die Vorlage in 2 Pakete auf. Auf die Sparmassnahmen im Bereich „Kinderrente“ und Reisekosten wurde (voerst) verzichtet; bei der Einführung des stufenlosen Rentensystems wird ab 70% Invaliditätsgrad wie bis anhin eine Vollrente bezahlt. Diese Beschlüsse stimmten mit dem von der SODK und der FDK gemeinsam verfassten Schreiben zu Handen aller NR überein. Die Beratungen werden im 2013 im Differenzbereinigungsverfahren weitergeführt.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> Programmvereinbarung vorgesehen? Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
11.034 BG über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände	<u>GDK</u> , VDK LDK, KdK	mittel	Anhörung durch SGK-N erfolgt	ja, Vernehmlassung und Anhörung	ja	ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Aus Sicht der Kantone wäre eine bessere Koordination der Lebensmittel- und Tierschutzbestimmungen anzustreben und im EDI auch organisatorisch zu vollziehen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 2011: Anhörung von VDK und GDK durch SGK erfolgt.

2012:
 Das heutige Bundesamt für Veterinärwesen (BVET) und die Abteilung Lebensmittelsicherheit im Bundesamt für Gesundheit (BAG) werden 2014 in einem neuen Bundesamt vereint. Damit wird die Lebensmittelsicherheit in unserem Land weiter gestärkt und ist auch in Zukunft auf einem hohen Niveau gewährleistet. Dank der neuen Organisation können zahlreiche Schnittstellen eliminiert, aber auch der Vollzug des Lebensmittelgesetzes in den Kantonen und die Aufsicht des Bundes im Bereich der Lebensmittelsicherheit vereinfacht werden. Die Reorganisation innerhalb des Eidgenössischen Departementes des Inneren (EDI) soll ohne Personalabbau erfolgen. Das neue Amt wird am Standort Bern-Liebefeld rund 250 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigen. Die Intervention der GDK in diese Richtung trug also Früchte.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
				<ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
11.043 BG über die Besteuerung nach dem Aufwand	FDK VDK	Die Aufwandbesteuerung ist ein volks- und regionalwirtschaftlich nützliches Instrument der Steuerpolitik und Ausdruck der kantonalen Steuerhoheit.	abgeschlossen, Herbst 2012	<ul style="list-style-type: none"> • Ja, keine neue Aufgabe • Ja • Nicht relevant, keine neue Aufgabe Ja, vgl. rechts	<ul style="list-style-type: none"> • Nein Ja: Die Eigenständigkeit der Kantone bleibt gewahrt: Die Mindestgrenze der Bemessungsgrundlage der Kantons- und Gemeindesteuern sowie die Art und Weise der Berücksichtigung der Vermögenssteuer kann von den Kantonen autonom festgelegt werden

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die Botschaft ist föderalismusverträglich und entspricht einem Vorschlag der Plenarversammlung der FDK.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Die eidg. Räte stimmten am 28.09.2012 in der Schlussabstimmung der Revision der Aufwandbesteuerung zu. Der Nationalrat befürwortete die Vorlage mit 120:41 Stimmen. Der Ständerat unterstützte sie einstimmig mit 42:0. Der Ständerat würdigte die Vorlage ausdrücklich als Vorschlag der FDK und der Kantone. Das Parlament änderte lediglich die Übergangsbestimmung, so dass die Änderungen des DBG und des StHG gleichzeitig in Kraft treten.

11.044 Steueramtshilfegesetz	FDK KDK	Abwicklung der ausländischen Amtshilfebegehren betrifft die kantonalen Veranlagungsbehörden	abgeschlossen, Herbst 2012	<ul style="list-style-type: none"> • Ja • Die Kompetenzen in Amtshilfesachen sind geregelt • Ja • Nein, Informationsverwertung der kantonalen Steuerbehörden zu stark eingeschränkt 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Nein, den Kantonen ist grösseren Spielraum zuzugestehen.
--	-------------------	---	----------------------------	---	--

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Gestützt auf die von der Plenarversammlung am 28.01.2011 festgelegten Eckwerte (Verwertung von amtshilfeweise erlangten Bankinformationen zur Durchsetzung des schweizerischen Steuerrechts; Verzicht auf die Selbstbeschränkung betreffend Bankinformationen bei schweizerischen Amtshilfeersuchen an das Ausland; Beschwerdemöglichkeit an das Bundesgericht in besonderen Fällen) verabschiedet der Vorstand am 25. März 2011 die Vernehmlassungsantwort.
 Die Aufhebung des Verwertungsverbots wurde von 17 Kantonen gefordert, während nur einer das Verwertungsverbot guthiess. 16 Kantone forderten den Verzicht auf die Selbstbeschränkung bei schweizerischen Amtshilfeersuchen an das Ausland. Bezüglich der Beschwerdemöglichkeit an das Bundesgericht folgte der Bundesrat in seiner Botschaft vom 6. Juli 2011(11.044) der FDK. Die beiden anderen Hauptbegehren übernahm er indessen nicht.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Das Steueramtshilfegesetz wurde in der Schlussabstimmung am 28.09.2012 im Nationalrat mit 134:50 Stimmen und im Ständerat mit 40:5 Stimmen verabschiedet. Das Parlament folgte in den für die FDK besonders relevanten Punkten dem Bundesrat, d.h. es belies das Verwertungsverbot und die Selbstbeschränkung bei schweizerischen Amtshilfeersuchen, öffnete jedoch den Beschwerdeweg an das Bundesgericht. Die auf Ebene der OECD seit 17. Juli 2012 verbindlichen Gruppenanfragen werden durch das Gesetz zugelassen.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
				<ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
11.047 BG über die Verrechnungssteuer. Änderung (Einführung Zahlstellenprinzip)	FDK	Administrative Belastung der kantonalen Steuerverwaltungen und Begründung für höheren Anteil an VSt	NR 27.02.12 SR: 07.06.12	<ul style="list-style-type: none"> • Ja, bestehende Bundeskompetenz • Ja, • Nicht betroffen • Administrative Belastung für die Kantone 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Geringe Umsetzungsautonomie.

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 In der Anhörung vom 8.11.2011 vor der WAK-N wurde der Vorlage grundsätzlich zugestimmt, aber gleichzeitig auf die Unebenheiten hingewiesen, die für die Kantone relevant sind. Eine Erhöhung des VSt-Anteil der Kantone sprengte den Rahmen der Vorlage (BV-Änderung nötig).

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Gibt zu keinen Bemerkungen Anlass.

11.061 Freihandelsabkommen zwischen den EF-TA-Staaten und Hong Kong	KdK, VDK	Liberalisierung Dienstleistungserbringung; öffentliches Beschaffungswesen	abgeschlossen Frühjahr 2012	Teilweise (Stellungnahme der KdK lediglich zum Verhandlungsmandat)	Ja	Ja
---	----------	---	-----------------------------	--	----	----

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Das Abkommen berücksichtigt die Stellungnahme der Kantonsregierungen zum Verhandlungsmandat zwar nur teilweise, hat aber konkret keine nennenswerten Auswirkungen auf die Eigenständigkeit der Kantone. Hingegen gibt die Praxis des Bundes, Freihandelsabkommen mit Drittstaaten im Prinzip nicht mehr dem fakultativen Referendum zu unterstellen und damit auch keine Vernehmlassung zum Verhandlungsergebnis mehr durchzuführen, zu Besorgnis Anlass.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Ergibt keine Änderung bezüglich der obigen Gesamtbeurteilung der Vorlage.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bundes-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
11.068 Europäische landschaftskonvention. Genehmigung	BPUK, VDK, KdK	mittel	abgeschlossen, Herbst 2012	ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):						
Die BPUK steht der Genehmigung der ELK positiv gegenüber. Die Umsetzung der ELK erfolgt allein durch die Mitgliedstaaten. Dabei ist es wichtig, dass der föderalistischen Struktur der Schweiz berücksichtigt wird und die Umsetzung des Abkommens weitgehend den Kantonen überlassen wird. Die vom Übereinkommen geforderten Instrumente und Massnahmen bestehen bereits oder sind Gegenstand laufender Umsetzungen.						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Im Sinne der Kantone.						
11.069 Forschungs- und Innovationsförderungsgesetz. Totalrevision	EDK, VDK		Abgeschlossen Wi 2012			
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Keine Bemerkungen						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.008 Legislaturplanung 2011-2015	KDK, alle	grande	abgeschlossen, Sommer 2012		

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Avec l'arrêté fédéral simple accompagnant son message du 25 janvier 2012, le Conseil fédéral a prévu des propositions qui présentent un degré d'abstraction élevé. Du point de vue des cantons, une appréciation approfondie ne sera possible qu'au moment de leur concrétisation, dans le cadre des procédures habituelles de participation et de consultation.

Le contenu du message et de l'arrêté fédéral simple correspond dans les grandes lignes aux attentes des cantons. Cependant, alors que dans leur prise de position du 30 septembre 2011, les gouvernements cantonaux avaient formulé leurs attentes concernant des mesures (d'ordre législatif) qu'ils tiennent pour prioritaires, le Conseil fédéral n'en a pas suffisamment tenu compte, en «oubliant» certaines. Il s'agit en particulier des propositions suivantes:

- *Propositions concernant l'amélioration de la mise en œuvre du droit fédéral par les cantons;*
- *Réformes institutionnelles internes en relation avec le développement des relations avec l'UE;*
- *Clarification des rôles et des tâches des différents acteurs dans le domaine de la sécurité intérieure;*
- *Mise en œuvre des accords de réadmission existants et conclusion de nouveaux accords dans le domaine de l'asile;*
- *Elaboration d'un plan directeur pour l'approvisionnement en énergie Confédération-cantons;*
- *Mise en œuvre des objectifs financiers dans le domaine des hautes écoles;*
- *Examen d'adaptations normatives en raison de l'évaluation des gymnases (EVAMAR II); et*
- *Garantie de la comparabilité nationale et internationale et de la reconnaissance des diplômes suisses de formation professionnelle supérieure.*

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Le résultat des débats aux Chambres fédérales a été jugé positivement, vu que la plupart des propositions de la CdC ont porté leurs fruits et ont été reprises dans l'arrêté fédéral sur le programme de législature du 15 juin 2012. Il s'agit des lignes directrices no 33 (engager, dans le cadre de la poursuite des relations avec l'UE, des réformes internes visant à *renforcer le droit de participation des cantons*) no 51 (*clarifier les rôles et les tâches des différents acteurs dans le domaine de la sécurité intérieure*), no 60 (adopter le message relatif à la modification de la loi du 26 juin 1998 sur l'asile, *appliquer les accords de réadmission existants en matière d'asile et conclure de nouveaux accords de réadmission dans ce domaine*), et no 86 (concrétiser et mettre en œuvre la stratégie énergétique 2050 et *élaborer un plan général Confédération-cantons en matière d'approvisionnement énergétique*).

Cependant, certaines mesures adoptées par le Parlement l'ont été en violation des articles 42 et 47 Cst. Il s'agit tout d'abord de la ligne directrice no 56 (prendre des mesures pour réprimer et prévenir le hooliganisme) alors qu'il s'agit clairement d'une compétence cantonale. Cette remarque est également valable pour la ligne directrice no 110 (consolider et renforcer les aides à la formation, harmoniser le système en collaboration avec les cantons et en adéquation avec le concordat sur les bourses d'études, afin d'assurer l'égalité des chances dans l'accès à la formation).

Il est finalement regrettable que quatre lignes directrices retenues par le Conseil national, en partie sur proposition de la CdC, aient été biffées en tout ou en partie par le Conseil des Etats, cette décision ayant ensuite été entérinée en conférence de conciliation. Deux d'entre elles sont ici mentionnées: l'amélioration de la manière dont les cantons appliquent le droit fédéral (ligne directrice no 10bis) et la favorisation de l'accès aux formations professionnelles certifiantes pour les adultes peu ou pas qualifiés (ligne directrice no 89bis).

On constate une fois de plus que le Conseil des Etats est moins sensible aux attentes des cantons que le Conseil national.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.012 Verfassungsbestimmung über die Grundversorgung. Bericht des Bundesrats zur Abschreibung der Motion 05.3232.	<u>KDK</u>	Hoch. Der in der seinerzeitigen Vernehmlassung vorgeschlagenen Verfassungartikel richtet e sich explizit auch an die Kantone.	NR: 14.06.12: Die Motion wird nicht abgeschrieben; das Geschäft ist erledigt.		

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Der Antrag des Bundesrats, die Motion abzulehnen, entspricht der Haltung einer Mehrheit der Kantone, wobei darauf hinzuweisen ist, dass keine gemeinsame Stellungnahme der Kantone abgegeben werden konnte, weil das erforderliche Quorum von 18 Kantonen nicht zustande gekommen war.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Der NR lehnt die vom Bundesrat beantragte Abschreibung der Motion mit klarer Mehrheit ab und bestätigt damit den Eindruck, dass das Parlament tendenziell zentralistischer eingestellt ist als der Bundesrat.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> Programmvereinbarung vorgesehen? Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.015 BG zur Unterstützung von Dachverbänden der Weiterbildung	EDK, VDK	niedrig	Abgeschlossen Frühjahr 2012	ja	Ja	- Nein - Ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Keine Bemerkungen

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 .

12.016 Volksinitiative „für den öffentlichen Verkehr“ und direkter Gegenentwurf (Bundesbeschluss über die Finanzierung und den Ausbau der Eisenbahninfrastruktur, FABI)	<u>KöV</u> , KdK, FDK, VDK	hoch	SR: 29.22.12 NR: 10.12.12	Ja Ja (wird geschaffen) Ja Ja, sie wird sogar verstärkt	Nein ja
---	-------------------------------------	------	------------------------------	--	------------

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die Vorlage ist auf gutem Weg und im Interesse der Kantone, jedoch enthält die bundesrätliche Vorlage zuwenig Projekte und verschiedene Regionen kommen zu kurz. Bei der Finanzierung (Kantonsbeteiligung) hat es eine Verständigungslösung UVEK – KöV und auch FDK gegeben: Die Kantone übernehmen die Aufgabe der Publikumsanlagen, was zu 200 Mio. jährlich Entlastungen für den Bund bzw. den Bahninfrastrukturfonds führt.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Die Anträge der KöV wurden aufgenommen: Es liegt nun ein deutlich aufgestocktes Paket vor (6,4 Mrd. statt 3,5 Mrd.) mit Projekten in der ganzen Schweiz. Für die Kantone sind die parlamentarischen Beratungen bisher äusserst positiv verlaufen. Eine Korrektur gegenüber der bundesrätlichen Vorlage war nötig und wurde vorgenommen, so dass nun alle KöV-Mitglieder hinter der Vorlage stehen.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
12.018 Anpassung des Bundesbeschlusses über das Nationalstrassennetz und zu deren Finanzierung	BPUK , KdK, FDK	hoch	NR: 31.05.12 SR: 20.09.12 NR: 10.12.12: E2, 4 Diff. SR: 13.12.12: E 2, 4 Diff.	Ja Ja Ja ja	Nein (Umsetzung obliegt dem Bund)

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die kantonalen Eingaben wurden im Wesentlichen berücksichtigt.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Bestens, insbesondere in finanzieller Hinsicht sind die Kantone voll durchgedrungen.

12.020 Totalrevision des Alkoholgesetzes	GDK , SODK, VDK, KdK	gross	WAK-S: He 12 WAK-N: Wi 12 Anhörung WAK-N: 14.1.2012 (GDK)	Kritisch – Der Verzicht der Besteuerung von Alkohol in festen Lebensmitteln wird dazu führen, dass die Einnahmen der Kantone aus dem Alkoholzehntel sinken (mindestens 1.3 Million CHF) (SStG, Art 18). – Massnahmenkatalog für den Jugendschutz unzureichend.	Ja / teilweise
--	--------------------------------------	-------	---	--	----------------

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die GDK unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagene Totalrevision des Alkoholgesetzes und insbesondere die Massnahmen für den Jugendschutz (unter anderem die gesetzlichen Grundlagen für die Testkäufe, den «Sirup-Artikel» und das Verbot des Verkaufs über die Gasse ab 22 Uhr). Im Rahmen der Vernehmlassung setzten sich Kantone und Gemeinden für nächtliche Verkaufsverbote ein und verlangen ein generelles, für alle alkoholischen Getränke geltendes Verbot von Lockvogelangeboten.

- Massnahmen gegen Billigstpreis-Angebote fordern
- Kohärenz zwischen Verhältnisprävention und Verhaltensprävention sicherstellen durch eine enge Zusammenarbeit zwischen EAV und BAG.
- den Alkoholzehntel in der heutigen Grössenordnung sichern

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Noch offen; Anhörung WAK-N am 14.1.2012

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.025 Genehmigung der Änderungen vom 4. Juni 2004 zum Übereinkommen über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Übereinkommen von Espoo)	BPUK, <u>EnDK</u> , KdK		Abgeschlossen Herbst 2012			

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
Keine Stellungnahme

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 .

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
12.026 Änderung des BG über die Krankenversicherung (Korrektur der zwischen 1996 et 2011 bezahlten Prämien)	GDK, FDK, SODK	gross	SGK-N: Fj 13	Ja	Keine Programmvereinbarungen Umsetzungsautonomie steht hier nicht zur Diskussion

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Umstrittene Vorlage, insbesondere innerhalb der Kantone. GDK hat einen Alternativvorschlag zum Gesetzesvorschlag eingebracht. Dieser ist wiederum auf Parlamentsseite noch nicht mehrheitsfähig. Vorlage ist weniger im Verhältnis Bund-Kantone problematisch, sondern im interkantonalen Verhältnis.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Noch in Beratung

12.027 BG betreffend die Aufsicht über die soziale Krankenversicherung	GDK, FDK	hoch	SR: 03.12.12 SGK-N: Fj 13	Ja	Keine Programmvereinbarungen notwendig Umsetzungsautonomie nicht tangiert
--	--------------------	------	------------------------------	----	--

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Die GDK stimmt der verbesserten Regelung der Aufsicht über die soziale Krankenversicherung und der diesbezüglichen Schaffung eines separaten Gesetzes ausdrücklich zu. „Investieren“ die Kantone durch entsprechende Massnahmen und Entscheide in die Senkung der Kosten für die Krankenversicherer, soll sich dies auch in den Prämien der Versicherten dieses Kantons widerspiegeln. Mit dem Aufsichtsgesetz erhält das Bundesamt für Gesundheit die erforderlichen Kompetenzen und Instrumente, um dies sicherzustellen. Die Aufsichtsbehörde kann eine Prämien genehmigung verstärkt von der (kantonalen) Kostenentwicklung abhängig machen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Noch offen / nicht abgeschlossen

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.028 Änderung des Kartellgesetzes und BG über die Organisation der Wettbewerbsbehörde	VDK, KdK	Direkt, keine	WAK-S: So 12 WAK-N: He 12		
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Siehe unten: ...					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Im Parlament noch nicht behandelt: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120028					
12.032 Änderung des Kartellgesetzes und BG über die Organisation der Wettbewerbsbehörde	VDK, KdK	Direkt, keine	WAK-S: So 12 WAK-N: He 12		
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Siehe unten: ...					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Im Parlament noch nicht behandelt: http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20120028					

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.033 Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2013-2016	EDK, GDK	hoch	Abgeschlossen, Herbst 2012	ja	ja	Nein Ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Die 4-Jahres-Kreditbotschaft ist das wichtigste Planungsinstrument des Bundes für den Bereich Bildung und Forschung. Bei der Berufsbildung hat der Bund gemäss Berufsbildungsgesetz 25% an die Ausgaben der öffentlichen Hand beizusteuern. Für die Periode 2013–2016 könnte dies erstmals der Fall sein. Das wäre als sehr positiv zu bewerten und auch ein Erfolg für den Masterplanprozess; in diesem Prozess erarbeiten Bund und Kantone auf Einladung der EDK bereits seit mehreren Jahren Masterpläne für die gemeinsam verantworteten Bildungsbereiche Berufsbildung und Fachhochschulen. Dagegen werden bei den Fachhochschulen die in den Masterplänen gemeinsam erarbeiteten Finanzziele bundeseitig deutlich unterschritten. Die Beteiligung des Bundes an den Betriebs- und Investitionskosten der Fachhochschulen wird weiterhin unter dem gesetzlich vorgesehenen Drittel. Im universitären Bereich leistet der Bund Beiträge an die kantonalen Universitäten. Die vom Bundesrat vorgesehenen Zuwachsraten gaben zu Kritik der Kantone Anlass. Das Parlament hat die sie mit dem Ziel, die Beiträge des Bundes über die gesamte BFI-Periode zu glätten, aufgestockt und so dem Anliegen der Kantone entsprochen. Die Botschaft muss aber im Zusammenhang mit dem KAP 2014 gesehen werden, welches die Kredite wieder in Frage stellt. Kein Thema in der BFI-Botschaft sind die Kostenverschiebungen, welche das neue Sportförderungsgesetz mit sich bringt. Die EDK fordert eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Kosten des schulischen Sportunterrichts.

Mit der Botschaft 2013-16 wurde erstmals eine hohe Datenqualität erzielt, dies ist das Resultat intensiver Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Bundesämtern und der EDK.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.035 Einsätze der Armee zur Unterstützung ziviler Behörden	KKJPD RK, MZF	Frage ob und wie stark die Armee die Kantonspolizeibehörden bei der Botschaftsbewachung und bei der Sicherheit an Bord von Flugzeugen unterstützt. Frage, ob die Unterstützung 2015 ausläuft oder ob dann noch in geringem Umfang weiter unterstützt werden kann.	SiK-N: So 12 SiK-S: He 12	ja	ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Dass die Armeeunterstützung auf ein Minimum reduziert wird, ist aus Sicht der Kantone hinnehmbar. Mit Blick auf a.o. Situationen wäre es aber wünschenswert, wenn die Armee das Know-how in diesem Bereich erhält und sich weiterhin in geringem Mass an Botschaftsschutz und Flugsicherheit beteiligt. Hier besteht aktuell eine Differenz zw. NR und SR.						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: .						
12.036 BG über eine Anpassung des DBG und des StHG an die Allgemeinen Bestimmungen des StGB	FDK	Siehe Tabelle zur Vernehmlassungsvorlage	WAK-S: He 12 WAK-N: Wi 12	Siehe Tabelle zur Vernehmlassungsvorlage	Siehe Tabelle zur Vernehmlassungsvorlage	

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Am 02.03.2012 verabschiedete der Bundesrat die Botschaft: Das Verhältnis des Nachsteuer- zum Strafsteuerverfahren wurde nicht verändert (Eine Prüfung forderten die FDK und 16 Kantone) und auf die anstehende umfassende Revision des Steuerstrafrechts verwiesen. Das Anliegen der FDK und von 14 Kantonen, eine bedingte Strafe mit einer Busse bis zu CHF 30'000 zu verbinden, wurde mit einer geringeren Obergrenze von CHF 10'000 berücksichtigt. Die Festlegung einer zweijährigen Frist für die Inkraftsetzung (FDK und 8 Kantone) wurde in der Vorlage nicht übernommen. Die Botschaft erklärt allerdings, dass der Bundesrat dafür besorgt sei, den Kantonen genügend Zeit für die Umsetzung einzuräumen.2

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.038 Finanzierung der schweizerischen Eisenbahninfrastruktur (SBB und Privatbahnen) für die Jahre 2013-2016	<u>KöV</u>	hoch	Abgeschlossen, Herbst 2012	ja	Ja Ja Ja ja	Leistungsvereinbarung vorgesehen ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die Anliegen wurden angemessen berücksichtigt. Gesamtbeurteilung gut,

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.040 Übereinkommen (Nr 122) der Internationalen Arbeitsorganisation über die Beschäftigungspolitik, 1964 und Berichte	<u>VDK</u> , KDK		Abgeschlossen, Herbst 2012			

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

12.044 Aarhus-Konvention. Genehmigung	<u>BPUK</u> LDK	mittel	NR 13.09.2012 UREK-S: Wi 12	- Ja - Ja - Ja - ja	Nein ja
---	--------------------	--------	--------------------------------	------------------------------	------------

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Die Vorlage lässt den Kantonen genügend Spielraum und führt kaum zu Einschränkungen. Dies jedoch nur aufgrund unserer Eingaben noch vor der Vernehmlassung.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
Keinerlei Schwierigkeiten, weil die Vorlage bereits auf aus föderalistischer Sicht gutem Stand war und nicht mehr abgeändert wurde.

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
12.046 StGB und MStG. Änderung des Sanktionenrechts	KKJPD RK, MZF	u.a. Beschränkung der Strafkompetenz der Staatsanwaltschaften bei unbedingten Freiheitsstrafen von 6 auf neu 3 Monate.	RK-S: Fj 13 RK-N: Wi 13	Ja	Nein ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Bund hat in diesem Bereich Rechtsetzungskompetenz. Inhaltlich ist die KKJPD der Meinung, dass die bisherigen 6 Mte. Strafkompetenz der Staatsanwälte aus Effizienzgründen beibehalten werden sollten. Zudem hat die KKJPD moniert, dass die genannte Änderung nach durchgeführter Vernehmlassung in die Vorlage aufgenommen wurde und sich die KKJPD nicht äussern konnte. Sie hat sich deshalb in einem Schreiben vom 26.9.12 unaufgefordert an die Kommissionen gewandt und eine Anhörung verlangt.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
Mangelnder Einbezug der Umsetzungsbehörden in einer sehr wichtigen praktischen Frage an der Schnittstelle Strafverfolgung/Justiz!

12.047 Personenfreizügigkeit. Änderung des Anhangs III	KdK, EDK, GDK, VDK, SODK	Übernahme einer neuen Richtlinie der EU im Bereich der Diplomanerkennung; Einführung vereinfachtes Verfahren der Anerkennung von Diplomen bei vorübergehender grenzüberschreitender Dienstleistungserbringung	Abgeschlossen Wi. 2012	Vollumfänglicher Einbezug der Kantone bei der Grundsatzfrage sowie bei der Ausführungsgesetzgebung; Erarbeitung Gesetzgebung in Zusammenarbeit mit den Kantonen	Ja	Ja
--	---	---	---------------------------	---	----	----

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Paradebeispiel für die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen bei aussenpolitischen Vorlagen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 .Die Kantone wurden von den zuständigen Kommissionen des Parlaments angehört. Das Parlament hat die partnerschaftlich erarbeiteten Rechtsgrundlagen unverändert akzeptiert

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
				<ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.049 Direkte Bundessteuer. Finanzielle Oberaufsicht	FDK	Jährliche Prüfung der Ordnungs- und Rechtmässigkeit der Erhebung und Ablieferung der direkten Bundessteuer	Abgeschlossen Wi. 2012	<ul style="list-style-type: none"> • Ja. Unabhängige Prüforgane der Kantone (kantonale Finanzkontrollen) sind für die Prüfung zugelassen • Ja. • Ja • Keine materielle Prüfung der Veranlagung durch die EFK 	<ul style="list-style-type: none"> • Nein • Ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die FDK stimmte der Vorlage am 27.01.2012 zu. Die Kritikpunkte an der Vorlage zur Revision des Finanzkontrollgesetzes, namentlich die Prüfkompetenz der EFK in den Kantonen, wurden in dieser neuen Vorlage berücksichtigt.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Am 20.08.2012 hörte die FK-S eine FDK-Delegation zur Vorlage an. Das Geschäft wurde in den Eidg. Räten praktisch oppositionslos gutgeheissen.

12.050 Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Deutschland, Abkommen mit dem Vereinigten Königreich sowie internationale Quellenbesteuerung	FDK, KdK	Keine Stellungnahme der FDK zu den Abgeltungssteuerabkommen	abgeschlossen, Sommer 2012	Die FDK hatte Gelegenheit, sich zu den Eckwerten des Verhandlungsmandates für die Abgeltungssteuerabkommen im 2011 zu äussern.		
--	-----------------	---	----------------------------	--	--	--

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.051 Zusammenarbeit im Steuer- und Finanzmarktbereich. Abkommen mit Österreich	FDK, KdK	Keine Stellungnahme der FDK zu den Abgeltungssteuerabkommen	abgeschlossen, Sommer 2012	Die FDK hatte Gelegenheit, sich zu den Eckwerten des Verhandlungsmandates für die Abgeltungssteuerabkommen im 2011 zu äussern.		
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.057 Genehmigung des Notenaustauschs zwischen der Schweiz und der Europäischen Union betreffen die Übernahme der Verordnung der EU zur Errichtung einer Europäischen Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen (Weiterentwicklung des Schengen- und des Dublin/Eurodac-Besitzstands)	KKJP D, KdK	Keine unmittelbaren Auswirkungen auf Kte.	NR 10.09.12 SR 11.12.12	ja	ja	Nein ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Für Kantone i.O.						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: problemlos						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.060 Vereinfachung der Besteuerung der natürlichen Personen und für einen schlanken Staat. Bericht des BR zur Abschreibung der Motionen 07.3607 und 08.3854	FDK	Keine Stellungnahme durch die FDK	noch nicht begonnen			
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: noch nicht begonnen						
12.064 Neue Arbeitsplätze dank erneuerbaren Energien (Cleantech Initiative). Volksinitiative	VDK, EnDK		noch nicht begonnen			
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):						

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 noch nicht begonnen

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.066 Genehmigung des Übereinkommens des Europarats zum Schutz vor sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch (Lanzarote-Konvention sowie zu seiner Umsetzung (Änderung StGB)	KKJPD KdK, SODK, KOKES	Strafbarkeit der Inanspruchnahme sexueller Dienste bei Jugendlichen zw. 16 und 18 Jahren. Strengere Bestimmungen zur Kinderpornografie. Kantone müssen die Bestimmungen vollziehen.	SR 11.12.12	ja	Nein ja

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Positiv. KKJPD ist einverstanden.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Positiv

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.068 Volksinitiative „Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen“	FDK, SODK	Die Initiative begünstigt ein bestimmtes Familienmodell, schränkt die kantonale Steuerautonomie ein und führte zu erheblichen Einnahmehausfällen.	noch nicht begonnen	Nein	Keine neue Aufgabe	
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Die FDK-Plenarversammlung sprach sich am 21. September 2012 für eine ablehnende Abstimmungsempfehlung aus. Eine entsprechende Medienmitteilung, welche die erwarteten Einnahmehausfälle bei den Kantons- und Gemeindesteuern (unteren Annahmen) auf CHF 1 Mrd. beziffert, wurde am 20. November 2012 veröffentlicht.						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: noch nicht begonnen						
12.074 Schluss mit der MWSt-Diskriminierung des Gastgewerbes! Volksinitiative	FDK	-	noch nicht begonnen	-	-	-
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Keine Stellungnahme der FDK						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: noch nicht begonnen						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.079 Aktionsplan „Koordinierte Energieforschung Schweiz“. Massnahmen in den Jahren 2013-2016	EnDK, EDK	Eher wichtig: Einflussbereich auf Fachhochschulen / Universitäten. Aufteilung der Kosten zwischen Bund, Kantone, Industrie und Dritte.	noch nicht begonnen	Ja, die EnDK wurde im Erarbeitung des Dokumentes einbezogen	Ja	Ja
Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):						
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: noch nicht begonnen						

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bundes-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.080 Heilmittelgesetz. Änderung	GDK	mittel	noch nicht begonnen Anhörungsinteresse GDK angemeldet (SGK-S, Frühjahr 2013)	ja	ja	Keine Programmvereinbarungen
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): <i>Grundsätzliche Zustimmung. Im Rahmen der Revision des Heilmittelgesetzes werden die bestehenden Marktzutrittsbestimmungen kritisch überprüft. Gleichzeitig soll die Sicherheit von Arzneimitteln verbessert und die Transparenz erhöht werden. Die betroffenen Bereiche sind:</i></p> <ul style="list-style-type: none"> - Kinderarzneimittel - Synthetische sowie Komplementär- und Phytoarzneimittel - Abgabe von Arzneimitteln und Arzneimittelinformation - Verbesserung der Marktüberwachung - Umgang mit Arzneimitteln (Therapiesicherheit) - Einfuhr von Arzneimitteln - Geldwerte Vorteile 						
<p>Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: noch nicht begonnen</p>						
12.082 Änderung des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes (Verlängerung der Verfolgungsverjährung)	KKJPD	Vollzug durch die Kantone.	Noch nicht begonnen	Ja	Nein ja	
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): KKJPD hat zugestimmt.</p>						

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Noch nicht begonnen					
Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.091 Beiträge des Bundes an die Olympischen Winterspiele Schweiz 2022	KdK, EDK, KKJPD VDK, BPUK, FoDK, KöV, FDK	Moyenne, vu les répercussions financières possibles pour les cantons en particulier.	Noch nicht begonnen	Vu le caractère très général du rapport du Conseil fédéral, il n'est pas possible d'évaluer la mesure dans laquelle ces dispositions constitutionnelles ont été respectées. On pense en particulier aux principes de subsidiarité et d'équivalence fiscale.	
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Dans un courrier du 25.10.2012, par lequel elle informait la Confédération qu'elle renonçait, ainsi que les autres conférences, à prendre position, la CdC a également relevé que la procédure choisie (conférence) était „befremdlich“ und „ungenügend“. Or, dans la version française du rapport sur les résultats de la procédure de consultation du 2 novembre 2012, au point 2.1, on pourrait croire que la CdC et les autres conférences consultées ont pris position, vu qu'il y est mentionné qu'elles «<i>ont participé à la procédure de consultation</i>» (p. 3). Dans les versions française et allemande, il ressort également du rapport que le courrier de la CdC a été assimilé à une prise de position (p.3).</p> <p>Quant au chapitre du message du Conseil fédéral synthétisant les résultats de la procédure de consultation, il démontre clairement les limites de la consultation par voie de conférence et constitue un excellent exemple d'interprétation fallacieuse de la volonté des cantons (FF 2012, 8615 ss; cf. pt 1.13, page 8658). Il y est mentionné que «<i>les cantons quant à eux sont majoritairement plutôt en faveur du projet</i>». Or, on constate, à la lecture du tableau de synthèse, en page 4 du rapport du 2 novembre 2012 que ce n'est pas vraiment le cas vu que: 9 cantons étaient favorables au projet, un canton opposé, deux avaient adopté une position contrastée, neutre ou critique sur des détails, et 7 avaient renoncé à prendre position. Sans compter les 7 cantons qui n'ont pas réagi aux sollicitations de la Confédération!</p>					
Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Noch nicht begonnen					
12.092 KVG. Teilrevision. Vorübergehende Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung	GDK	Gross	Noch nicht begonnen Anhörung SGK-S am 11.2.2013	Ja	Vollzugsautonomie gewahrt

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die Plenarversammlung der GDK unterstützt die vom Bundesrat vorgeschlagene temporäre Wiedereinführung der bedarfsabhängigen Zulassung als Zwischenschritt hin zu einer längerfristigen Regelung zur Steuerung der ambulanten Leistungen.
 Die Plenarversammlung der GDK unterstützt (unabhängig einer Übergangslösung) die Fortsetzung der Arbeiten im Hinblick auf eine zukünftige Kompetenz der Kantone zur Zulassungssteuerung, unter Einschluss des Vorschlages FMH/GDK.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Noch nicht begonnen

12.095 BG über die Lärmsanierung der Eisenbahnen. Revision	KöV, BPUK	mittel	noch nicht begonnen	ja	Ja Ja Ja ja	Nein ja
--	-----------	--------	---------------------	----	----------------------	------------

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Für die Bevölkerung gibt es eine Verzögerung bei der Lärmsanierung; für die Kantone hat es keine direkten Auswirkungen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 .

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Mitwirkung an Willensbildung rechtzeitig gegeben (BV Art. 45 + Art. 55) ?	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> Programmvereinbarung vorgesehen? Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.098 Gegen Masseneinwanderung Volksinitiative	KdK, VDK	Gefährdung des FZA, des bilateralen Ansatzes in den Beziehungen zur EU und damit des erreichten Wohlstandes				

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

12.099 Auswirkungen des Betriebs des Flughafens Zürich auf das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland. Vertrag	KdK, BPUK, VDK	Vernehmlassung 2012; keine Stellungnahme der KdK.	noch nicht begonnen	Vernehmlassungsfrist viel zu kurz (weit unter 3 Monaten)		
--	-----------------------------	---	---------------------	--	--	--

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten?	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV):
12100 Menschen mit Behinderungen. Übereinkommen	SODK , EDK, KdK, GDK, VDK	hoch	Noch nicht begonnen	184 BV (Beziehungen zum Ausland)	<ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?

Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone):
 Die konkreten Anliegen der SODK/EDK/KdK (interpretative Erklärung bzgl. Art. 24, frühzeitiger Einbezug Staatenberichtsverfahren, Auswirkungen auf kantonale Ressourcen) sind in der Botschaft vom 19. Dezember 2012 nicht oder höchstens unzureichend berücksichtigt. Insbesondere die Ausführungen zu Art. 24 (Bildung) in der Botschaft konnten die bereits verschiedentlich zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen der Kantone nicht ausräumen.

Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht:
 Noch nicht begonnen

Vorlage	DK	Relevanz für Kantone	Stand parlamentarische Beratung	Kompetenz-/Aufgabenteilung Bund-Kantone eingehalten? <ul style="list-style-type: none"> • Subsidiaritätsprinzip beachtet? (Art. 5a BV, Art. 43a Abs. 1 BV) • Verfassungsgrundlage vorhanden? (Art. 42 BV) • Fiskalische Äquivalenz eingehalten? (Art 43a Abs. 2) • Eigenständigkeit der Kantone gewahrt? (Art. 47 BV) 	bei Umsetzung von Bundesrecht: (Art. 46 BV): <ul style="list-style-type: none"> • Programmvereinbarung vorgesehen? • Kantonale Umsetzungsautonomie gewahrt?
12.101 Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket.	KdK, FDK, vom KAP betroffene Konferenzen	Vernehmlassung 2012, gemeinsame Stellungnahme der Kantone vom 30.11.2012..	Noch nicht begonnen		
<p>Gesamtbeurteilung der Vorlage (einschliesslich Berücksichtigung der Vernehmlassungen der Konferenzen bzw. der Kantone): Mit dem KAP 2014 schlägt der Bundesrat kurzfristig realisierbare Sparmassnahmen vor, die zwischen 2014 bis 2016 zu jährlichen Entlastungen von rund 700 Millionen Franken führen. Die Massnahmen umfassen teilweise Aufgabenverzichte und -reformen, teilweise aber auch Kürzungen und Priorisierungen. Zudem sollen mit dem KAP 2014 die Ausgaben für die Armee in den Jahren 2014 bis 2017 auf insgesamt 18,756 Milliarden Franken plafoniert werden. Gemäss Bundesrat wurde bei der Erarbeitung des KAP 2014 darauf geachtet, den Verbundbereich soweit möglich auszuklammern. Dies ist aus Sicht des Bundesrates gut gelungen. Er geht von einer maximalen Mehrbelastung für die Kantone von rund 10 Millionen Franken aus, sofern die Kantone die wegfallenden Bundesmittel vollumfänglich durch eigene Gelder ersetzen. Aufgrund der gemeinsamen Stellungnahme der Kantone verzichtete der Bundesrat gegenüber der Anhörungsvorlage auf zwei Massnahmen im Landwirtschaftsbereich im Umfang von 1,5 Millionen Franken. Das KAP 2014 kann aus kantonaler Sicht insgesamt unterstützt werden. Ein gesunder Staatshaushalt als Basis für eine solide Geld- und Währungspolitik stellt eine wesentliche Grundlage für eine prosperierende Volkswirtschaft dar. Gesunde Bundesfinanzen sind deshalb auch im Interesse der Kantone. Lastenabwälzungen auf die Kantone werden weitgehend vermieden. Ganz ausgenommen sind die Kantone nicht. Immerhin hat der Bundesrat bei der Landwirtschaft die Stellungnahme der Kantone berücksichtigt. Beim Schienenverkehr handelte es sich offenbar um ein Missverständnis, da die entsprechende KAP-Massnahme kein Leistungsabbau bedeutet. Auf den von den Kantonen geforderten Verzicht der Kürzungen bei den Universitäten ist der Bundesrat nicht eingetreten. Hier geht es um jährlich rund 7 Millionen Franken in den Jahren 2014-2016. Das Anliegen ist allenfalls in die parlamentarische Debatte einzubringen.</p>					
<p>Beurteilung der parlamentarischen Beratungen aus föderalistischer Sicht: Noch nicht begonnen</p>					

Anhang VI: Projekte und Vorhaben der Kantone

Annexe VI: Projets et textes des cantons

Krankenversicherung / Assurance-maladie / Assicurazione malattie	
Änderung der Verordnung zum KVG (RB 20.2202) im Zusammenhang mit Nichtbezahlung von Prämien	UR
Modifica della LCAMal (art. 21 LPC)	TI
Einführungsgesetz und Vollzugsverordnung zum KVG vom 28.03 und 4.12.12 (SRSZ 361.100 und SRSZ 361.111)	SZ
Einführung einer Gebühr für Tarifaufsicht im Bereich Obligatorische Kranken- und Pflegeversicherung	BS
Standesinitiative Für eine Ueberprüfung des KVG	BL
Revision EG KVG (individuelle Prämienverbilligung)	NW
Volksinitiative Krankenkassenverbilligung	SH
Geoinformation / Géoinformation - Geoinformazione	
Geoinformationsverordnung (kGeolV)	UR
Kantonales Geoinformationsgesetz	GR
Kantonales Geoinformationsgesetz (KgeolG)	BS
Sicherheit / Sécurité /Sicurezza	
Revision des Konkordates über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstalt.	UR
Anpassung Polizeigesetz und Dekret	BL
Polizeigesetz 9.11.2011	TG
Revision Polizeigesetz	AI
Konkordat KKJPD über private Sicherheitsdienstleistungen	TG AG
Gesetz über Bevölkerungsschutz	GL
Loi modifiant la loi sur la protection civile	FR
Loi sur l'approvisionnement économique du pays (LAE)	FR
Ausbildung / Formation / Formazione	
Ausbildungsbeitragsgesetz	BS
Beitritt zum Stipendienkonkordat mit Änderung des Stipendiengesetzes	SG
Beitritt zum Stipendienkonkordat und Änderung des Gesetzes über Ausbildungsbeiträge	BL
Gesetz über Ausbildung und Studienbeiträge	GL
Beitritt Kt. Uri zur Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung	UR
Kündigung interkantonale Fachschulvereinbarung (Finanzierung höhere Berufsbildung)	BE
Ges. betr. Beitritt Kt. Bern zur Vereinb. Hochschule ARC BEJUNE zum int. Konk. Über die Erricht. einer Fachhoch. WestCH und zur interk. Vereinb. über Errichtung der Fachhochschule WestCH für Gesundheit und soziale Arbeit (Umsetzung FHSG)	BE
Pädagogische Hochschule Zug (Gründung)	ZG
Gesetz über Hochschule und Forschung	GR
Loi HES-SO Valais – Wallis	VS
Gesetz über die Mittel- und Hochschulen	AR

Interk. Vereinbarung zur Harmonisierung von Ausbildungsbeiträgen	AR
Loi sur l'enseignement primaire	VS
Stärkung Volksschule	AG
Schulgesetz	AI
Volksschulgesetz (Umsetzung Art. 62 BV und HarmoS)	BE
Loi sur la pédagogie spécialisée	VD
Änderung Volksschulgesetzes	SO
Staat / Etat / Stato	
Gesetz über die Verhältniswahl des Landrates	NW
Gemeindestruktur-Reform (GSR) zur Stärkung der Gemeinden durch freiwillige	UR
Fusionsgesetz	AI
Kantonsverfassung (Reform Staatsleitung)	AR
Integration / Intégration / Integrazione	
Gesetz über die Integration der Migrationsbevölkerung	ZG
Gesetz über die soziale Sicherung und Integration von Menschen mit Behinderung	SG
Raumplanung / Aménagement du territoire / Pianificazione del territorio	
Teilrevision des Planungs- und Baugesetzes	LU
Planungs- und Baugesetz (Totalrevision des geltenden Baugesetzes)	SG
Legge sullo sviluppo territoriale	TI
Revision des Planungs- und Baugesetzes	TG
Baugesetz	AI
Ergänz. Bau- und Planungsgesetz: Verschärf. Bestimmungen zur Behindertengleichstellung	BS
Révision de la LATC	VD
Änderung des Raumplanungs- und Baugesetzes	BL
Änderung der kantonalen Bauverordnung	SO
Umweltschutz / Protection de l'environnement / Protezione dell'ambiente	
Loi sur la protection de la nature et du paysage (LPNat)	FR
Kulturlandinitiative (Umsetzungsvorlage)	ZH
Landwirtschaft / Agriculture / Agricoltura	
Landwirtschaftsgesetz	SG
Projet de développement régional agricole (PDR)	GE
Wasser / Eau / Acqua	
Änderung des Wasserrechtsgesetzes vom 11.09.1973 (SRSZ 451.100)	SZ
Wassergesetz	ZH
Verordnung über Hochwasserschutz & Wasserpolizei	ZH
Standesinitiative Gewässerschutzgesetz (Ausscheidung Gewässerräume)	NW
Bürgerrecht / Droit de cité / Cittadinanza	
Totalrevision des Gesetzes über das Kantons- und Gemeindebürgerrecht (KbüG)	AG
Bürgerrechtsverordnung vom 5.06.2012 (SRSZ 110.111)	SZ

Gesundheitswesen / Santé / Sanità	
Ordonnance fixant la part cantonale pour le financement hospitalier	JU
Décret concernant le financement hospitalier	VS
Décision Hôpital Riviera – Chablais	VS
Kantonalisierung der Spitalfinanzierung	AG
Mise en œuvre du nouveau financement hospitalier	GE
Révision de la loi sur la planification hospitalière et arrêté fixant les tarifs de référence applicables en 2012	VD
Teilrevision Krankenpflegegesetz	GR
Totalrevision Gesundheitsgesetz	SH
Kindes- und Erwachsenenschutz / Protection de l'enfant et de l'adulte / Protezione degli adulti e dei minori	
EGzZGB/Kindes-& Erwachsenenschutzrecht	GR
Umsetzung Revision Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	OW
Umsetzung neues Kindes- und Erwachsenenschutzrecht	TG
Loi concernant les autorités de protection de l'enfant et de l'adulte	NE
EG ZGB	AI
Umsetzung neues Kinds-und Erwachsenenschutzrecht	GL
Vollzug der Verordnung zum Kindes- und Erwachsenenschutzrecht vom 18.12.2012 (SRSZ 211.311)	SZ
Loi concernant la protection de l'enfant et de l'adulte (LPEA)	FR
Nouveau droit de la protection de l'adulte et de l'enfant	VD
EG ZGB (Kindes- und Erwachsenenschutzrecht)	AR
Kinder-und Erwachsenenschutzbehörde	SH
Neues Erwachsenenschutzrecht	SO
Finanzwesen / Finances / Finanze	
Loi concernant la 2e étape de la mise en œuvre de la RPT	VS
Steuergesetz	AG
Nachtrag Finanzhaushaltsgesetzgebung	OW
Kantonsratsbeschluss betreffend Ausgabenbremse und Aufwandbegrenzung vom 28.06.12 (mit Änd. Der VO über den Finanzhaushalt vom 22.10.1986, SRSZ 144.110)	SZ
Loi modifiant la loi sur les impôts cantonaux directs	FR
Umsetzung des Unternehmenssteuerreformgesetzes des Bundes (erste Vorl. wurde in der Volksabstimmung vom 17.6.2012 abgelehnt)	ZH
Finanzhaushaltsgesetz; Totalrevision	AR
Familie / Famille / Famiglia	
Revision Gesetzgebung Jugendhilfe	OW
Projet d'introduction de prestations complémentaires pour famille avec enfants	VS
Teilrevision des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (für Selbständigerwerbende)	ZH
Anpassung an die Änderung des FamZG (Zulagen)	SO

Kinderbetreuungsgesetz	NW
Mise en œuvre du contre-projet à l'initiative constitutionnelle 143 (accueil de la petite enfance)	GE
Zweite Säule / Deuxième pilier / Secondo pilastro	
Gesetz über die bernischen Pensionskassen (Umsetzung Strukturreform gemäss BVG)	BE
Pensionskassengesetz	SO
Verschiedenes / Divers / Varie	
Legge sulla procedura amministrativa	TI
Legge sulla cultura	TI
Legge sul notariato	TI
Loi concernant les nouvelles entreprises innovantes	JU
Convention intercantonale relative à la protection des données et à la transparence CPDT-JUNE	JU
Révision de l'ordonnance 2 sur l'asile	JU
Nachtrag Tourismusgesetzgebung	OW
Gesetz über die öffentlichen Ruhetage	GL
EG zum Bundesgesetz betreffend Lotterie & Wetten	GL
Gesetz über die Sexarbeit	LU
Totale Revision kantonales Waldgesetz	GR
EG Stromversorgungsgesetz	NW

Anhang VII: Analyse parlamentarischer Vorstösse
Annexe VII: Analyse des interventions parlementaires

Beobachtungszeitraum / Période d'observation: 01.01. – 31.12.2012

Liste der analysierten Vorstösse / Liste des interventions étudiées

Parlamentarische Initiativen / Initiatives parlementaires

12.416	Effizienz und Demokratie beim Ausbau des nationalen Stromnetzes (1) / Extension du réseau électrique national. Efficacité et démocratie (1)
12.417	Effizienz und Demokratie beim Ausbau des nationalen Stromnetzes (2) / Extension du réseau électrique national. Efficacité et démocratie (2)
12.428	Standorte der Herzzentren mit Herztransplantationen / Choix des centres de transplantation cardiaque
12.429	Freiwilliges Vorkindergartenjahr / Année préparatoire volontaire à l'enseignement de base obligatoire
12.447	Steuersystem umbauen. Innovation fördern. Standort Schweiz stärken / Réaménager le système fiscal pour promouvoir l'innovation et renforcer la compétitivité de la Suisse
12.452	Bundesgesetz über die Unabhängigkeit der politischen Behörden / Loi fédérale sur l'indépendance des autorités politiques
12.453	Die Pauschalentschädigung für die Hilfe und Pflege zu Hause von den Steuern befreien / Exonération fiscale de l'indemnité forfaitaire en matière d'aide et de soins à domicile
12.454	Steuersystem umbauen. Innovation fördern. Standort Schweiz stärken / Réaménager le système fiscal pour promouvoir l'innovation et renforcer la compétitivité de la Suisse
12.467	Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung mit Aufhebung aller Abzugsmöglichkeiten / Suppression de l'imposition de la valeur locative et de toutes les possibilités de déduction
12.476	Besteuerung von Grundstückgewinnen / Imposition des gains immobiliers
12.486	Umsetzung von Bundesrecht durch die Kantone / Mise en oeuvre du droit fédéral par les cantons
12.500	Streichung von Artikel 51 KVG / LAMal. Abrogation de l'article 51

Postulate / Postulats

12.3019	Titelschutz formaler Bildungsgänge inklusive Weiterbildungsmaster an Fachhochschulen / Protection des titres délivrés par les filières formelles, y compris des masters postgrades des HES
12.3162	Für einen fairen NFA. Simulation des Einbezugs nichtfiskalischer Ressourcen und Einnahmen / Pour une RPT équitable. Simuler la prise en considération des ressources et des recettes non fiscales
12.3203	Gemeindefusionen über die Kantonsgrenzen hinweg / Autoriser les fusions de communes intercantionales
12.3602	Reform der Ergänzungsleistungen zu AHV/IV / Réformer le système des prestations complémentaires à l'AVS/AI
12.3606	Prüfung einer Fach- und Koordinationsstelle zur Umsetzung der Uno-Kinderrechtskonvention / Mise en oeuvre de la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant. Examiner la création d'un organe de coordination spécialisé
12.3608	Anlauf- und Beratungsstellen für Opfer von fürsorgerischen Zwangsmassnahmen / Centres d'accueil et de conseil pour les victimes de mesures de coercition à des fins d'assistance

12.3657	Demografische Entwicklung und Auswirkungen auf den gesamten Bildungsbereich / Evolutive démographique et conséquences pour l'ensemble du domaine de la formation
12.3672	Autismus und andere schwere Entwicklungsstörungen. Übersicht, Bilanz und Aussicht / Autisme et trouble envahissant du développement. Vue d'ensemble, bilan et perspectives
12.3673	Ergänzungsleistungen zu AHV und IV. Perspektiven 2020 / Prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI. Perspectives 2020
12.3677	Kein Blindflug bei den Ergänzungsleistungen zu AHV/IV / Prestations complémentaires à l'AVS et à l'AI. Savoir où l'on va
12.3808	Finanzierung der Schweizer Hochschulen / Quelle politique de financement des études supérieures en Suisse?
12.3831	Medizinische Register. Ein wichtiger Schlüssel für die Qualitätssicherung im Gesundheitswesen / Registres médicaux. Un instrument important pour garantir la qualité dans le système de santé
12.3842	Unternehmensgründungen in fünf Arbeitstagen und über ein One-Stop-Shop-Verfahren / Rendre possible la fondation d'une société en cinq jours ouvrables grâce au principe du guichet unique
12.3923	Eigenmietwert bei bescheidenem Einkommen / Valeur locative en cas de revenu modeste
12.3996	Die Personenfreizügigkeit bremsen, nicht stärken! / Libre circulation des personnes. Il ne faut pas la renforcer, mais la freiner!
12.4036	Offensive für die digitale Bildung / Offensive Education numérique
12.4051	Restfinanzierung ausserkantonalen Pflegeheimaufenthalte / Séjour dans un home situé en dehors du canton de domicile. Financement résiduel
12.4053	Harmonisierung der Erfassung des Pflegebedarfs / Harmoniser l'évaluation des besoins en soins
12.4099	Klärung der Zuständigkeit für die Restfinanzierung bei ausserkantonalen Pflegeheimaufenthalten analog ELG / Régler le financement résiduel en cas de séjour dans un home situé en dehors du canton de domicile en s'inspirant de la LPC
12.4140	Berufsgeheimnis in den Gesundheitsberufen. Kohärenz / Cohérence du secret professionnel des soignants

Motionen / Motions

12.3008	Standorte für Windenergienutzung in den kantonalen Richtplänen / Inscrire les sites d'implantation d'éoliennes dans les plans directeurs cantonaux
12.3013	Rahmengesetz für Sozialhilfe / Loi-cadre sur l'aide sociale
12.3018	Bekämpfung der Gewalt bei Sportanlässen / Lutte contre la violence lors de manifestations sportives
12.3062	Obligatorische Anhörung der Kantone bei einer Anpassung von Krankenkassenprämien / Obligation de consulter les cantons lors de toute modification de primes d'assurance-maladie
12.3118	Transparenz über die tatsächlichen Studienkosten / Transparence du coût réel des études
12.3155	Flexibilisierung der Ladenöffnungszeiten auf nationaler Ebene / Assouplir les heures d'ouverture des commerces sur l'ensemble du territoire
12.3172	Besteuerung von land- und forstwirtschaftlichen Grundstücken / Imposition des immeubles agricoles et sylvicoles
12.3181	Keine ungerechtfertigten Gebühren für Gebäudeinvestitionen zur Nutzung erneuerbarer Energien / Investissements réalisés dans des bâtiments en vue d'utiliser des énergies renouvelables. Ne pas percevoir de redevances injustifiées
12.3233	E-Health-Forschungsprogramm / Programme de recherche sur la cybersanté

12.3243	Keine ungerechtfertigten Gebühren für Gebäudeinvestitionen zur Nutzung erneuerbarer Energien / Investissements réalisés dans des bâtiments en vue d'utiliser des énergies renouvelables. Ne pas percevoir de redevances injustifiées
12.3245	Gesetzeskonforme Umsetzung der Spitalfinanzierung / Mettre en oeuvre le financement des hôpitaux tel qu'il a été voulu par le législateur
12.3269	Befristetes Bundesgesetz für Road-Pricing-Pilotprojekte / Projets pilotes de péage routier. Loi fédérale de durée limitée
12.3270	Gegen Pilotversuche mit Road-Pricing / Interdire les essais pilotes de péages routiers
12.3320	Genügend Praktikumsplätze für angehende Ärztinnen und Ärzte / Nombre suffisant de places de stage pour la formation des médecins
12.3333	Qualitätssicherung in Pflegeheimen. Grundlagen für den Vergleich der Pflegequalität in den Alters- und Pflegeheimen schaffen / Etablissements médicosociaux et assurance qualité. Créer les bases permettant de comparer la qualité des soins dans les maisons de retraite et les établissements médicosociaux
12.3334	Vollzug der Revitalisierung der Gewässer / Mise en oeuvre de la renaturation des eaux
12.3340	Rahmenbedingungen für den Ersatz von Elektroheizungen / Conditions-cadres pour le remplacement de chauffages électriques
12.3372	Erlass eines umfassenden Anwaltsgesetzes / Elaboration d'une loi réglant tous les aspects de la profession d'avocat
12.3398	Hausärztemangel / Pénurie de médecins de famille
12.3435	Bezüger von Ergänzungsleistungen. Gleichbehandlung bei Prämienverbilligung mit übriger Bevölkerung / Réduction des primes. Bénéficiaires de prestations complémentaires et autres assurés sur un pied d'égalité
12.3457	Administrative Vereinfachung des Baubewilligungsverfahrens ausserhalb des Baugebietes / Simplification de la procédure d'autorisation de construire hors de la zone à bâtir
12.3571	Gemeinsame Strategie der Kantone zu den erneuerbaren Energien / Stratégie cantonale globale en matière d'énergies renouvelables
12.3572	Weniger Parzellierung von Grundstücken. Mehr Kompetenzen für die Kantone / Eviter la parcellisation de certains domaines en donnant des compétences aux cantons
12.3616	Koexistenz von Wohnen, Kultur und Gastronomie in urbanen Perimetern gewährleisten / Créer des zones urbaines permettant la coexistence du logement, de la culture et de la restauration
12.3622	Programma di promozione delle materie MINT nelle scuole / Promouvoir les disciplines MINT à l'école
12.3623	Ratifizierung des 3. Fakultativprotokolls zur Uno-Kinderrechtskonvention / Troisième protocole facultatif à la Convention de l'ONU relative aux droits de l'enfant. Ratification
12.3631	Klare Kriterien für raschere Realisierung von Windkraftprojekten / Eoliennes. Clarifier les critères pour accélérer la réalisation de projets
12.3637	Frankenstärke. Teilharmonisierung der Ladenöffnungszeiten / Force du franc. Harmonisation partielle des heures d'ouverture des magasins
12.3643	Stärkung der Hausarztmedizin / Renforcer la médecine de famille
12.3737	Einkommensbesteuerung. Gerechte Verteilung zwischen Wohnkanton und Kanton des Arbeitsortes / Imposition du revenu. Instaurer un juste équilibre entre canton de domicile et canton du lieu de travail
12.3778	Eigenmietwert abschaffen. Systemwechsel bei der Besteuerung des Wohneigentums / Suppression de la valeur locative. Changement du système d'imposition de la propriété du logement
12.3810	Kein tieferes Rentenalter auf Kosten der anderen Kantone / Pas d'âge de la retraite inférieur au détriment des autres cantons
12.3826	Abschaffung der Eigenmietwertbesteuerung mit Aufhebung aller Abzugsmöglichkeiten / Suppression de l'imposition de la valeur locative et de toutes les possibilités de déduction

12.3840	Unerwünschte Ereignisse in Schweizer Spitälern und Patientensicherheit / Evénements indésirables dans les hôpitaux suisses et sécurité des patients
12.3857	Für eine richtige Grenzpolizei und eine bessere Koordination mit den Kantonen / Pour une vraie police des frontières et une meilleure coordination avec les cantons
12.3870	Steuerrechtliche Lockerungen / Assouplir le droit fiscal
12.3890	Berücksichtigung der tatsächlichen Ressourcenstärke der Geberkantone im NFA-Ressourcenausgleich / Péréquation des ressources dans le cadre de la RPT. Tenir compte du potentiel de ressources effectif des cantons contributeurs
12.3899	Tageschulen. Förderung von national einheitlichen Strukturen und Qualitätsmerkmalen / Ecoles à horaire continu. Promouvoir des structures et des critères de qualité uniformes sur le plan national
12.3931	Impulsprogramm für die Ausbildung von Ärztinnen und Ärzten / Formation de nouveaux médecins. Programme d'impulsion
12.3970	Abschaffung der Rückerstattungspflicht des Heimatkantons in der NFA berücksichtigen / Tenir compte dans la RPT de la suppression de l'obligation de remboursement imposée au canton d'origine
12.4014	Für eine effiziente und einheitliche Bekämpfung von Hooliganismus / Pour une lutte efficace et cohérente contre le hooliganisme
12.4028	Garantie des Bundes für genügend Ärztenachwuchs / Garantie de la relève médicale par la Confédération
12.4034	Flexible Anwendung der Lex Koller / Assouplir l'application de la lex Koller
12.4057	Die Schweiz braucht eine Steuerstrafstatistik / La Suisse doit se doter d'une statistique des infractions fiscales
12.4161	Nationale Strategie gegen Cyberbullying und Cybermobbing / Pour une stratégie nationale contre le cyberharcèlement
12.4194	Monitoring der Koordination zwischen Sozialversicherungen und Sozialhilfe / Monitoring de coordination entre assurances sociales et aide sociale

Anhang VIII: Interkantonale Vereinbarungen in den Aufgabenbereichen von Art. 48a BV (Stand Ende 2012)
Annexe VIII : Conventions intercantionales dans les domaines de tâches relevant de l'art. 48a Cst. (Etat au 31 décembre 2012)

1. Abgeschlossene Verträge / <i>Accords conclus</i>		
Aufgabenbereich / <i>Domaine de tâches</i>	Vertrag / <i>Convention</i>	Partnerkantone / <i>Cantons signataires</i>
Interkantonale Rahmenvereinbarung nach Art. 13 Fi-LaG¹ Accord-cadre intercantonal selon art. 13 PFCC²	Rahmenvereinbarung für die Interkantonale Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005 ³ Accord-cadre pour la collaboration intercantonale assortie d'une compensation des charges (ACI) du 24 juin 2005	In Kraft getreten am 11. Mai 2007 / Entré en vigueur le 11 mai 2007 Alle Kantone / tous les cantons
Straf- und Massnahmenvollzug Exécution des peines et des mesures	Konkordat der ostschweizerischen Kantone über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 29. Oktober 2004 ⁴ (ZH: LS 334))	In Kraft getreten am 1. Januar 2007. ZH, GL, AR, AI, SG, GR, TG, SH
	Konkordat der Kantone der Nordwest- und Innerschweiz über den Vollzug von Strafen und Massnahmen vom 5. Mai 2006 ⁵	In Kraft seit 1. Januar 2008 UR, SZ, OW, NW, LU, ZG, BE, SO, BS, BL, AG

¹ Bundesgesetz über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) vom 3. Oktober 2003 (SR 613.2)

² Loi fédérale sur la péréquation financière et la compensation des charges (PFCC) du 3 octobre 2003 (RS 613.2)

³ http://www.kdk.ch/int/kdk/de/taetig/neugestaltung_des/interkantonale_zusammenarbeit/inkrafttreten_der.html (letzter Zugriff 16.01.2013)

⁴ http://www.justizvollzug.ch/internet/ji/juv/de/organisation/amtsleitung/osk/osk_grundl.html (letzter Zugriff 30.01.2012)

⁵ <http://www.lexfind.ch/dta/24061/2/325.pdf> (letzter Zugriff 16.01.2013)

	Concordat sur l'exécution des peines privatives de liberté et des mesures concernant les adultes et les jeunes adultes dans les cantons latins du 10 avril 2006 (Concordat latin sur la détention pénale des adultes) ⁶	GE, JU, NE, VD, VS, FR, TI
	Concordat du 24 mars 2005 sur l'exécution de la détention pénale des personnes mineures des cantons romands (et partiellement du Tessin) ⁷	GE, JU, NE, VD, VS, FR, TI
	Concordat sur l'exécution de la détention administrative à l'égard des étrangers du 4 juillet 1996 ⁸	GE, NE, VD
Schulwesen hinsichtlich der in Art. 62 Abs. 4 BV genannten Bereiche Instruction publique pour les domaines visés à l'art. 62 al. 4 Cst	Interkantonale Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) ⁹ vom 14. Juni 2007 Convention intercantonale sur l'harmonisation de l'école obligatoire (Concordat HarmoS) du 14 juin 2007	In Kraft seit 1. August 2009 / En vigueur depuis le 1 ^{er} août 2009 Beitritt beschlossen: Adhésion approuvée: 15 Kantone/cantons: SH, GL, VD, JU, NE, VS, SG, ZH, GE, TI, BE, FR, BS, SO, BL Beitritt abgelehnt: Adhésion rejetée: 7 Kantone/cantons: LU: Volksabstimmung 28.09.2008 GR: Volksabstimmung 30.11.2008 TG: Volksabstimmung 30.11.2008 NW: Volksabstimmung 08.02.2009 UR: Volksabstimmung 27.09.2009 ZG: Volksabstimmung 27.09.2009 AR: Volksabstimmung 13.06.2010
	Konkordat über die Schulkoordination vom 29. Oktober 1970 ¹⁰ Concordat du 29 octobre 1970 sur la coordination scolaire	Alle Kantone ausser TI Tous les cantons sauf TI

⁶ <http://www.cldjp.ch/concordats/adultes.html> (letzter Zugriff 30.01.2012)

⁷ <http://www.cldjp.ch/concordats/mineurs.html> (letzter Zugriff 30.01.2012)

⁸ http://www.cldjp.ch/data/lmc/concordat_lmc.pdf (letzter Zugriff 30.01.2012)

⁹ <http://www.edk.ch/dyn/11659.php> (letzter Zugriff 16.01.2013)

¹⁰ <http://www.edk.ch/dyn/14937.php> (letzter Zugriff 16.01.2016)

	Convention scolaire romande du 21 juin 2007 ¹¹	En vigueur depuis le 1 ^{er} août 2009 BE, GE, JU, NE, VD, VS, FR
	Interkantonale Vereinbarung über die Einführung des Französischunterrichts ab dem 3. und des Englischunterrichts ab dem 5. Schuljahr sowie die gemeinsame Entwicklung des Fremdsprachenunterrichts (FEUV) ¹² Accord intercantonal sur l'introduction de l'enseignement du français à partir de la 3 ^e et de l'anglais à partir de la 5 ^e année scolaire ainsi que le développement commun de l'enseignement des langues étrangères (ADEL)	BS, BL, BE, FR, SO, VS
	Interkantonale Vereinbarung über die Zusammenarbeit im Bereich der Sonderpädagogik vom 25. Oktober 2007 (Sonderpädagogik-Konkordat) ¹³ Accord intercantonal du 25 octobre 2007 sur la collaboration dans le domaine de la pédagogie spécialisée (concordat sur la pédagogie spécialisée)	In Kraft ab 1. Januar 2011 / En vigueur depuis le 1 ^{er} janvier 2011 Beitritt beschlossen: Adhésion approuvée: 13 Kantone/cantons: OW, SH, VS, GE, LU, VD, FR, TI, AR, BS, BL, UR, GL
	Regionales Schulabkommen über die gegenseitige Aufnahme von Auszubildenden und Ausrichtung von Beiträgen (RSA 2009) ¹⁴	AG, BL, BS, BE, FR, LU, SO, VS, ZH
	Interkantonale Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsabschlüssen vom 18. Februar 1993 ¹⁵ Accord intercantonal du 18 février 1993 sur la reconnaissance des diplômes de fin d'études	In Kraft seit 1.1.1995 / En vigueur depuis le 1.1.1995 Alle Kantone / tous les cantons
	Regionales Schulabkommen Zentralschweiz (RSZ) ¹⁶ vom 19. März 2011	In Kraft ab 1. August 2012 / en vigueur depuis le 1.8.2012 LU, UR, SZ, OW, NW, ZG

¹¹ <http://www.ciip.ch/index.php?m=2&sm=2&page=131> (letzter Zugriff 30.01.2012)

¹² Vgl. BSG 439.53 (http://www.sta.be.ch/belex/d/4/439_53.html) (letzter Zugriff 16.01.2013)

¹³ <http://www.edk.ch/dyn/19096.php> (letzter Zugriff 16.01.2013)

¹⁴ https://gesetzessammlungen.ag.ch/frontend/versions/1167/pdf_file (letzter Zugriff 30.01.2012)

¹⁵ <http://www.edk.ch/dyn/14316.php> (letzter Zugriff 30.01.2012)

¹⁶ http://www.bildung-z.ch/bkz/website_bkz.php?SID=52 /letzter Zugriff 16.01.2013)

Kantonale Hochschulen / Hautes écoles cantonales	Interkantonale Universitätsvereinbarung (IUUV) vom 20. Februar 1997 ¹⁷ Accord intercantonal universitaire (AIU) du 20 février 1997	Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarung / Accord de financement et de libre passage alle Kantone / tous les cantons
	Interkantonale Fachhochschulvereinbarung (FHV) ab 2005 vom 12. Juni 2003 ¹⁸ Accord intercantonal sur les hautes écoles spécialisées (AHES) à partir de 2005 du 12 juin 2003	Finanzierungs- und Freizügigkeitsvereinbarung / Accord de financement et de libre passage alle Kantone ausser NE
	Interkantonales Konkordat über universitäre Koordination vom 9. Dezember 1999 Concordat intercantonal du 9 décembre 1999 de coordination universitaire (C-CooUni)	BE, BS, FR, GE, LU, NE, SG, TI, VD, ZH
	Concordat intercantonal du 9 janvier 1997 créant une Haute école spécialisée de Suisse occidentale (HES-SO) (C-HES-SO)	FR, VD, VS, NE, GE, JU, BE
	Convention intercantonale du 6 juillet 2001 créant la Haute école spécialisée santé-social de Suisse romande	BE, FR, VD, VS, NE, GE, JU
	Convention intercantonale du 31 mai 2001 relative à la Haute école de théâtre de Suisse romande (C-HETSR)	BE (ausser Kraft per 31.12.09; geplant Integration in HES-SO), FR, VD, VS, NE, GE, JU, TI
	Interkantonales Konkordat zur Schaffung einer gemeinsamen Pädagogischen Hochschule der Kantone Bern, Jura und Neuenburg (Haute Ecole Pédagogique, HEP-BEJUNE) vom 21. Januar 2000 Concordat intercantonal créant une Haute Ecole Pédagogique commune aux cantons de Berne, Jura et Neuchâtel (HEP-BEJUNE) du 21 janvier 2000 ¹⁹	BE, JU, NE
	Zentralschweizer Fachhochschul-Vereinbarung vom 15. September 2011 ²⁰	In Kraft ab 1. Januar 2013 LU, UR, SZ, OW, NW, ZG

¹⁷ <http://www.edk.ch/dyn/14316.php> (letzter Zugriff 16.01.2013)

¹⁸ <http://www.edk.ch/dyn/14316.php> (letzter Zugriff 16.01.2013)

¹⁹ Vgl. BSG 439.28 (http://www.sta.be.ch/belex/f/4/439_28.html) (letzter Zugriff 16.01.2013)

²⁰ <http://www.lexfind.ch/dta/10599/415420.pdf> (letzter Zugriff 16.01.2013)

	Konkordat über die pädagogische Hochschule Zentralschweiz (PHZ-Konkordat) vom 15. Dezember 2000 ²¹	UR, SZ, NW, OW, LU, ZG Kündigung des Konkordats durch den Kanton LU im Sommer 2010. Auflösung des Konkordats auf den 31. Juli 2013.
	Vereinbarung über die Hochschule Rapperswil vom 19. September 2000 ²²	SG, SZ, GL (Austritt Kanton Zürich per 30.9.2008)
	Interkantonale Vereinbarung über die Hochschule für Heilpädagogik Zürich vom 21. September 1999 ²³	ZH, SZ, OW, GL, ZG, SO, SH, AR, AI, SG, GR, AG, TG
	Vertrag zwischen den Kantonen BL und BS über die gemeinsame Trägerschaft der Universität Basel vom 27. Juni 2006 ²⁴	BS, BL
	Vereinbarung über die Fachhochschule Ostschweiz vom 20. September 1999 ²⁵	ZH, SZ, SH, TG, SG, AR, GR, GL, AI Mitgliedschaft Kt. ZH per 30.09.2014 gekündigt.
	Vereinbarung über die interkantonale Fachhochschule St. Gallen vom 16. März 1999 ²⁶	TG, SG, AR, AI
	Vereinbarung über die Hochschule für Technik Buchs vom 20. Juni 1968	SG, GR, FL
	Vertrag zwischen den Kantonen Aargau, Basel-Landschaft, Basel-Stadt und Solothurn über die Fachhochschule Nordwestschweiz vom 27. Oktober / 9. November 2004, in Kraft seit 1. Januar 2006	AG, BL, BS, SO
	Vereinbarung über die Vetsuisse-Fakultät der Universitäten Bern und Zürich vom 20./27. Mai 2005 ²⁷	ZH, BE

²¹ <http://www.lexfind.ch/dta/10244/2/415330.pdf> (letzter Zugriff 16.01.2013)

²² http://www.lexfind.ch/dta/6707/2/gs_iv_b_711_2.pdf (letzter Zugriff 16.01.2013)

²³ http://www.lexfind.ch/dta/13641/2/412_636f1.pdf (30.01.2012)

²⁴ <http://www.lexfind.ch/dta/20200/2/664.1.pdf> (letzter Zugriff 30.01.2012)

²⁵ http://www.lexfind.ch/dta/13471/2/412_631e.pdf (letzter Zugriff 30.01.2012)

²⁶ http://www.lexfind.ch/dta/21760/2/1076_Fachhochschule_415.16.pdf (letzter Zugriff 30.01.2012)

²⁷ Vgl. BSG 439.36 (http://www.sta.be.ch/belex/d/4/439_36.html)

<p>Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung <i>Institutions culturelles d'importance suprarégionale</i></p>	<p>Vereinbarung über die interkantonale Zusammenarbeit im Bereich überregionaler Kultureinrichtungen vom 1. Juli 2003²⁸.</p>	<p>In Kraft seit 1.1.2010 Beigetreten: ZH, LU, SZ, ZG, UR, AG Die Kantone OW und NW sind der Vereinbarung nicht beigetreten, leisten aber Beiträge auf der Grundlage von Rahmenkrediten. (OW erst ab 2011)</p>
	<p>Vereinbarung vom 24. November 2009 über die interkantonale Zusammenarbeit und den Lastenausgleich im Bereich der Kultureinrichtungen von überregionaler Bedeutung (IKZAV Kultur SG)²⁹</p>	<p>SG, TG, AI, AR In Kraft seit 1.1.2011 Beitrittsbeschlüsse der Kantone AR und AI vom 13.2.2011 und AI bzw. 1.5.2011.</p>
	<p>Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Landschaft und Basel-Stadt über die partnerschaftliche Finanzierung von im Kanton Basel-Stadt domizilierten Kulturinstitutionen (Kulturvertrag) vom 28. Januar 1997³⁰</p>	<p>BL, BS</p>
<p>Abfallbewirtschaftung und Abwasserreinigung / Gestion des déchets et épuration des eaux usées</p>	<p>Convention intercantonale concernant la concertation intercantonale en matière de gestion de déchets (1994)</p>	<p>BE, FR, VD VS, NE, GE, JU</p>
	<p>Convention entre le Canton de Vaud et la République et Canton de Neuchâtel instituant une collaboration dans le cadre de la planification et de l'élimination des déchets (2000)</p>	<p>VD, NE</p>
	<p>Vereinbarung vom 29.9.2008 zwischen BE und SO betr. KVA Emmentenspitz (Zuchwil)</p>	<p>BE, SO</p>
	<p>Aktionärsverbindungsvertrag & Kehrrichtliefervertrag mit ZAKU vom 28.02.2012 Renergia / KVA Perlen</p>	<p>LU, UR, SZ, OW, NW, ZG</p>
	<p>Vereinbarung zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft über die Abfallbewirtschaftung vom 13./19. Mai 1998 (SG 786.300)</p>	<p>BL, BS</p>

²⁸ <http://www.lexfind.ch/dta/30331/2/596.pdf> (letzter Zugriff 30.01.2012)

²⁹ <http://www.lexfind.ch/?cid=10> (letzter Zugriff 16.01.2013)

³⁰ <http://www.baselland.ch/366-15-htm.301298.0.html> (letzter Zugriff 30.01.2012)

	Vertrag zwischen dem Kanton Basel-Stadt und dem Kanton Basel-Landschaft betreffend die gemeinsame Durchführung von Gewässerschutzmassnahmen vom 13. August / 14. Juli 1974 (SG 785.700)	BL, BS
Agglomerationsverkehr / Transports en agglomération	Convention instituant une tarification régionale sur le bassin franco-valdo-genevois du 4 juillet 2003	GE, VD
	Trägerschaft Agglomerationsprogramm Basel, 2010	AG, BS, BL, SO
Spitzenmedizin und Spezialkliniken / Médecine de pointe et cliniques spéciales	Interkantonale Vereinbarung über die hochspezialisierte Medizin (IVHSM) ³¹ vom 14. März 2008 Convention intercantonale relative à la médecine hautement spécialisée du 14 mars 2008	Alle Kantone / tous les cantons In Kraft seit 1. Januar 2009 / en vigueur depuis le 1 ^{er} janvier 2009.
	Vertrag über die Transplantation solider Organe ³² , gültig ab 1.1.2005 Contrat sur les transplantations d'organes solides, valable à partir du 01.01.2005	Universitätsspital Basel, Inselspital Bern, Hôpital Cantonal Universitaire de Genève, Centre Hospitalier Universitaire Vaudois, Kantonsspital St. Gallen, Universitätsspital Zürich
	Vertrag über die Transplantation solider Organe ³³ , gültig ab 1.1.2012 Contrat concernant la transplantation des organes solides, valable à partir du 01.01.2012	H+ Die Spitäler der Schweiz, Bern H+ Les Hôpitaux de Suisse, Berne
	Vertrag über die Transplantation hämatopoietischer Stammzellen ³⁴ , gültig ab 1. 7.2008 Contrat concernant la transplantation de cellules souches hématopoïétiques, valable à partir du 1.7.2008	Kantonsspital Aarau, Universitätsspital Basel, Ente Ospedaliero Cantonale Bellinzona, Inselspital Bern, Hôpitaux Universitaires de Genève, Luzerner Kantonsspital, Centre Hospitalier Universitaire Vaudois, Kantonsspital St. Gallen, Universitätsspital Zürich

³¹ <http://www.gdk-cds.ch/index.php?id=824> (letzter Zugriff 30.01.2012)

³² <http://www.svk.org/bersicht-transplantations-vertr-ge-svk/> (letzter Zugriff 30.01.2012)

³³ <http://www.svk.org/bersicht-transplantations-vertr-ge-svk/> (letzter Zugriff 30.01.2012)

³⁴ <http://www.svk.org/bersicht-transplantations-vertr-ge-svk/> (letzter Zugriff 30.01.2012)

	Vertrag über die Transplantation hämatopoietischer Stammzellen ³⁵ , gültig ab 1.1.2012 Contrat concernant la transplantation de cellules souches hématopoïétiques, valable à partir du 1.1.2012	H+ Die Spitäler der Schweiz, Bern H+ Les Hôpitaux de Suisse, Berne
	Vereinbarung der Kantone BE, BS, BL (sowie der Universitäten BE und BS und den betroffenen Spitälern) über die Strategische Allianz Medizin Basel-Bern (Zusammenarbeit in der medizinischen Lehre, Forschung und Dienstleistung, insbesondere in der hochspezialisierten Medizin) Inkrafttreten 28.8.2008 (ersetzt Vereinbarung vom 6.4.2004)	BE, BS, BL
	Vertrag zwischen den Kantonen Basel-Stadt und Basel-Landschaft über das Universitäts-Kinderspital beider Basel (Kinderspitalvertrag) vom 16.2.1998.	BS, BL
Institutionen zur Eingliederung und Betreuung von Invaliden	Interkantonale Vereinbarung für soziale Einrichtungen vom 13.12.2002 (Stand 1.1.2008) (IVSE) ³⁶	Alle Kantone Zurzeit läuft ein Projekt zur Überprüfung der Vereinbarung.
	Gemeinsames Behindertenkonzept der Kantone BS und BL	BS + BL
	ZH: Umsetzung des Bundesgesetzes über die Institutionen zur Förderung der Eingliederung von invaliden Personen (IFEG) im Rahmen der Konferenz der Sozialdirektorinnen und Sozialdirektoren der Ostschweizer Kantone plus Zürich (SODK Ost+): Finanzierungsmodelle und Qualitätsvorgaben	AI, AR, GL, GR, SG, SH, TG, ZH
2. Verträge in Vorbereitung		
Aufgabenbereich	Vertrag	Partnerkantone

³⁵ <http://www.svk.org/bersicht-transplantations-vertr-ge-svk/> (letzter Zugriff 30.01.2012)

³⁶ <http://sodk.ch/ueber-die-sodk/ivse/regelwerk-ivse/> (letzter Zugriff 16.01.2013)

Kantonale Hochschulen Hautes écoles cantonales	Interkantonales Hochschulkonkordat ³⁷ Concordat de coordination universitaire	Vernehmlassung zum Konkordatsentwurf Ende 2012 abgeschlossen / consultation terminée fin 2012
Agglomerationsverkehr Transports en agglomération	Trägerschaft Agglomerationsprogramm AareLand	AG, SO Grundsatzentscheide Departemente
	Projet d'organisme de coopération transfrontalière, en vue d'assurer une gouvernance du Projet d'agglomération franco-valdo-genevois. Il ne s'agit pas d'une convention pour le financement des réalisations, mais pour les études et la gestion de projets.	GE, VD et France Actuellement en pourparlers d'adoption

³⁷ <http://www.edk.ch/dyn/25262.php> (letzter Zugriff 16.01.2013)

Anhang IX: *Entwicklung des Föderalismus im Spiegel der Medien im 2012*

Annexe IX: *Evolution du fédéralisme reflétée par les médias en 2012*

1. Revue de presse 2012: tendances / Pressespiegel 2012: Trends

Relations CH-UE: au fil de l'année 2012, après avoir abreuvé le Conseil fédéral de reproches concernant sa tendance à trop lâcher de lest, et trop vite, vis-à-vis des pressions étrangères, en lien avec les banques ou le dossier fiscal, une évolution intéressante s'est dessinée dans les médias. Ceci est vraisemblablement aussi dû au fait que nos autorités fédérales se sont quelque peu ressaisies à l'égard de leurs partenaires européens. La fermeté des cantons concernant les dossiers les touchant de près n'y est pas non plus étrangère.

Après la phase «Y en a point comme nous» et de repli sur soi, les médias ont reflété un peu plus de sérénité et d'assurance de la Suisse quant au maintien, par exemple, de la voie bilatérale, le tout sur fond des vingt ans du vote de refus à l'EEE.

Un certain capital de sympathie envers notre pays a également émergé, par la voix de quelques journalistes allemands ou autrichiens. De même, l'UE n'a pas montré un front uni envers la Suisse, celle-ci suscitant également de la compréhension auprès de certains petits Etats, de nouveaux membres de l'UE et de pays d'Europe du Nord. Des mouvements régionaux, tel celui de Catalogne, ont également bénéficié indirectement à la Suisse et à son image.

Cette tendance devrait se poursuivre, avec les réflexions institutionnelles en cours au sein de l'Union européenne.

Fédéralisme – identité de la Suisse: plusieurs dossiers ont secoué la quiétude et les certitudes de la Suisse fédéraliste: l'aménagement du territoire (résidences secondaires et révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire), la santé (fumée passive, loi sur la prévention, loi sur les épizooties), la formation (article constitutionnel sur la musique) ou encore la famille (article constitutionnel). La caractéristique de ces poussées centralisatrices et de ces coups de boutoir donnés au fédéralisme est de provenir la plupart du temps, non pas du parlement, mais du peuple lui-même. Les réactions des milieux concernés ont parfois été violentes, impliquant même, du côté de certains milieux valaisans, des menaces de sécession.

Le constat de l'érosion du fédéralisme ne date pas d'aujourd'hui, mais face à cette accélération, et vu les réflexions et mouvements en cours relatifs à des fusions intercantionales (les deux Bâles, les Juras, la Suisse centrale...), d'aucuns prônent une réduction drastique du nombre de cantons, par exemple à 9. Cette voie serait la seule susceptible de maintenir un fédéralisme crédible, vis-à-vis de la Confédération, mais aussi de l'étranger. Les frontières de ces nouvelles entités se dessineraient selon des communautés d'intérêts. La difficulté de l'exercice consistera à convaincre assez rapidement les citoyens, qui ne sont pas suffisamment conscients des enjeux et sont encore viscéralement attachés à «leur» canton.

Relations intercantionales: les médias ont reflété les tensions existant entre cantons pourvoyeurs et cantons bénéficiaires de la péréquation financière, ceux-là reprochant à ceux-ci de bénéficier de la manne de la RPT tout en compromettant l'assainissement de leurs finances par des baisses excessives d'impôts. Cet avis n'est cependant pas partagé par tous les économistes interviewés, ni par le canton de Lucerne.

Le dossier des primes d'assurance-maladie payées en trop par les assurés de certains cantons a également montré les limites de la solidarité intercantonale. D'accord dans un premier temps de restituer la moitié du trop-perçu, quatorze cantons ont ensuite fait volte-face, au grand dam d'un canton comme Genève.

Villes: malgré leur importance démographique et financière croissante, les villes ont l'impression, comparativement aux campagnes et aux régions de montagnes, qui ont récemment encore beaucoup fait entendre leur voix en lien avec l'aménagement du territoire en particulier, de ne pas être suffisamment prises en considération par la Berne fédérale. Leurs représentants vont poursuivre leurs démarches pour rétablir ce que les villes estiment être un juste équilibre.

2. Chronologischer Rückblick 2012 / Rétrospective 2012

Themen/thèmes

Föderalismus/Fédéralisme

- Romands
- Sprachen/Langues

Wirtschaft/Economie

Familie/Famille

Staatssystem/Système étatique

Parlament/Parlement

Bundesrat/Conseil fédéral

Steuern/Impôts

- Wettbewerb/concurrence fiscale

NFA/RPT

Aussenpolitik/Politique étrangère

- EU/UE
- Welt/Monde
- OECD/OCDE
- Steuern/Impôts
- Steuerabkommen/Accords fiscaux

Raumplanung/aménagement du territoire

- Zweitwohnungen/résidences ssecondai-

Abkürzungen Zeitungen

Abréviations des journaux

AGEFI AGEFI

Agri AgH

Hebdo

AgZ Aargauer Zeitung

BaZ Basler Zeitung

Bd Der Bund

Bli Blick

BZ Bernerzeitung

BS Die Botschaft

CdT Corriere del Ticino

NSZ Neue Schwyzer Zeitung

NZZ Neue Zürcher Zeitung

DP Domaine Public

DPr Die Presse, Autriche

DZt Die Zeit, Deutschland

FW Finanz und Wirtschaft

GdP Giornale del Popolo

HZ Handelszeitung

24H 24 Heures

J21 Journal 21

LB Landbote

LLI La Liberté

LM Le Matin

LMD Le Matin Dimanche

LMd Le Monde

Mag Das Magazin

NLZ Neue Luzerner Zeitung

NVL Le Nouvelliste

Taz Tages Anzeiger

Themen/thèmes

res

Integrations- und Ausländerpolitik/Politique
d'intégration et des étrangers

- Asylwesen/Asile

Gesundheitswesen/Santé

Tierseuchen/Epizooties

Sozialversicherungen/Assurances sociales

Bildungswesen/formation

Sicherheit/Sécurité

- Polizei/Police
- Innere Sicherheit/Sûreté intérieure.
- Hooliganismus/hooliganisme
- Kriminalität/Criminalité
- Armee/Armée

Justiz/Justice

Wahlen/Votations

Verkehr/Transports

Landwirtschaft/Agriculture

Energie

Abkürzungen Zeitungen

Abréviations des journaux

SAZ Schw. Ärztezeitung

SGT St. Galler Tagblatt

ShN Schaffhauser Nachrichten

SolZ Die Solothurner Zeitung

SOS Die Südostschweiz

SoZ Die Sonntagszeitung

TdG Tribune de Genève

Tmp Le Temps

WB Walliser Bote

WW Die Weltwoche

ZSS Zentralsch. am Son.

Thema/Thème	Dat. 2011	Zeitung/Journal	Titel, Inhalt/Titre, contenu
EU/UE	18.01	AgZ	<p>„Gastbeitrag zur Absicht der EU, einen „Bundesstaat Europa“ aufzubauen: Für ein Europa der Nationalstaaten“</p> <p>René Roca (Historiker und Lehrer, Gründer des „Forums zur Erforschung der direkten Demokratie“ in Aarau) conteste les arguments de cercles proches de l'UE selon lesquels l'UE serait sur la voie empruntée par la Suisse d'avant 1848, et cette dernière également prête, en adhérant à l'UE, à revivre une deuxième fois l'expérience vécue en 1848. L'auteur est au contraire d'avis que pour garantir la paix et la stabilité, il faut renforcer l'Etat national constitué démocratiquement.</p>
Verkehr/Transports	31.01	CdT	<p>„San Gottardo – Una votazione con molte incognite“</p> <p>L'auteur se pose la question de savoir s'il faut ou non faire voter le peuple tessinois concernant le Gothard, ce vote n'ayant qu'une valeur indicative, mais aussi et surtout sur la manière de formuler la question à laquelle répondre par ce vote. Seule certitude: les travaux d'entretien et de réparation du tunnel ne peuvent pas déboucher sur sa fermeture durant 900 jours, celle-ci impliquant un isolement inacceptable du Tessin.</p>
Zweitwohnungen/Résidences secondaires	03.02	ShN	<p>„Umstrittene Quote für Zweitwohnungen“</p> <p>„Die Volksinitiative Schluss mit dem uferlosen Bau von Zweitwohnungen kommt am 11. März zur Abstimmung. Die Befürworter sehen darin ein wirksames Instrument für den Landschaftschutz; die Gegner monieren, das verschärfte Raumplanungsgesetz ermögliche bereits griffige Massnahmen gegen den Zweitwohnungsbau. Die Initiative „zwängt alle Kantone in dasselbe Korsett und untergräbt dadurch den Föderalismus“ sagte Bundesrätin Doris Leuthard zur Abstimmungsempfehlung des Bundesrats.“</p>
Hooliganismus/hooliganisme	03.02	NZZ	<p>„Fussball- und Eishockeyspiele bald bewilligungspflichtig“</p> <p>„Die Kantone setzen ein Zeichen gegen Gewalt im Sport. Die Justiz- und Polizeidirektorenkonferenz hat das Hooligan-Konkordat revidiert, dank dem härter durchgegriffen werden kann.“</p> <p>„Zähneknirschend haben die Fussball- und Eishockeyverbände den Beschluss der Kantone zur Kenntnis genommen, dass die flächendeckende Bewilligungspflicht von Spielen der oberen Ligen der Männer Realität wird.“</p> <p>„Im Rahmen des Föderalismus wird dieser Umstand den Sportklubs jedoch eher entgegenkommen. Denn die mit der Bewilligung verbundenen Auflagen sind allesamt Kannvorschriften. Kantone und Städte können diese bei Bedarf mit den Klubs absprechen und aushandeln und wollen diese erst als Ultima Ratio verfügen.“</p>

			„Die KKJPD will in den nächsten Wochen ein Muster erarbeiten, um ein Mindestmass an Einheitlichkeit zu gewährleisten.“
EU-Wirtschaft/ UE-économie	04.02	FW	<p>„Markt für Politiker international öffnen“ Reiner Eichenberger, Professor für Wirtschafts- und Finanzpolitik an der Uni Freiburg im Üechtland: „über die Probleme der Europäischen Union, den Euro sowie das Verhältnis der Schweiz zur EU.“ Lors de cette interview, l'intéressé relève qu'il faut distinguer entre l'UE et l'Euro, l'UE n'étant en soi pas menacée. Quant au problème principal de l'Euro, il serait dû en particulier aux «Leistungsbilanzüberschüsse der nördlichen Länder, die mit den Defiziten im Süden nicht kompatibel sind». Bien que l'UE soit pleine de défauts de construction, le problème ne serait pas qu'elle soit centralisatrice, mais qu'elle manque d'un „Bundesdach“. Quant à la Suisse, elle dispose d'un tel toit, mais il ne serait pas suffisamment fort. Selon l'intéressé, l'UE ne devrait pas prescrire à ses membres la politique à suivre, mais plutôt comment structurer leurs institutions, une homogénéisation de ces dernières étant très importante. Au même titre qu'en économie, l'accent a été mis sur la nécessité de la responsabilité des entreprises. L'UE devrait transposer cette idée force en politique, ce qui impliquerait non seulement l'autonomie et le sens des responsabilités pour les politiciens, mais également l'ouverture du marché politique, tout en laissant aux électeurs le choix d'élire un local s'ils le souhaitent. L'exemple italien de Mario Monti, dont l'essentiel de la carrière s'est déroulé hors de son pays, constitue à ce titre un exemple révélateur. Concernant la Suisse, l'intéressé relève que «unsere Positionen sind nicht so gut, wie wir häufig meinen». Si cela a fonctionné et si notre pays reste attractif, c'est parce que les autres pays ont mené une politique encore plus mauvaise que la nôtre. Quant à nos relations avec l'UE, la Suisse ne devrait pas avoir peur. Vu l'importance croissante du commerce de l'UE hors de ses frontières, cet élément étant également valable pour la Suisse et son commerce avec les pays tiers, l'UE devrait perdre rapidement de l'importance pour le marché suisse, à l'instar de l'Einzelfall helvétique pour l'UE. Dans ce sens, la voie des négociations bilatérales devrait pouvoir être poursuivie, y compris pour la politique énergétique.</p>
Steuern/Impôts	09.02	HZ	<p>„Schweiz leidet“ „Standortattraktivität - Eine Studie zeigt, dass die Schweiz von ausländischen Investoren bei den Fiskalabgaben kritischer beurteilt wird. Ein erneuertes Steuersystem kann Abhilfe schaffen.“ La stratégie fiscale actuelle de la Confédération manque d'un élément crucial: l'acceptation internationale. Sont en particulier visées certaines modalités fiscales en lien avec les entreprises, en particulier les inégalités intercantionales selon que ces entreprises sont suisses ou étrangères, ou encore en lien avec les forfaits fiscaux, alors que simultanément, on assiste à une tendance croissante, au niveau international, à une harmonisation fiscale. Il est important d'intégrer cette acceptation dans la réflexion</p>

			<p>conduite dans le cadre de la réforme de la fiscalité des entreprises III, et d'agir rapidement, tout en veillant à l'attractivité de la Suisse et à la sauvegarde des intérêts des cantons, ce qui n'est pas facile. Mais ce n'est qu'ainsi que la Suisse pourra garder une certaine marge de manœuvre.</p>
Integrationspolitik/politique d'intégration-OECD/OCDE	15.02	BZ	<p>„OECD rüffelt Integrationspolitik“ „Studie - Laut einer Studie der OECD funktioniert die Integration in der Schweiz gut. Dies habe die Schweiz jedoch der guten Wirtschaftslage und nicht ihrer Integrationspolitik zu verdanken. Denn noch immer blieben gewisse Gruppen auf der Strecke.“ Ces lacunes, concernant en particulier les mères d'enfants en bas âge et les immigrés récents pour raisons humanitaires, seraient imputables au fédéralisme, qui retarderait la politique d'intégration de la Confédération, à qui incomberait en principe la tâche de fixer des normes minimales. Il est en particulier fait référence aux nombreux obstacles à la naturalisation, et à l'éducation préscolaire, fortement sous-développée.</p>
Zweitwohnungen/ Résidences secondaires	17.02	WB	<p>„Abstimmungen: Prominente Gegner der Zweitwohnungsinitiative sehen Wallis als Verlierer. Komitee in krasser Katastrophenstimmung“ „SITTEN: Ein namhaftes bürgerliches Komitee bekämpft die Zweitwohnungsinitiative. Mit scharfen Worten und Voten.“ Voici quelques-uns des principaux arguments des opposants: „die Initiative gefährde den Föderalismus und die Gemeindeautonomie“. „Vom föderalistischen Standpunkt aus gesehen ist es schlichtweg inakzeptabel, dass ein Teil des Landes dem anderen ein Wirtschaftsmodell aufzwingt“. „Tod des Föderalismus“ „Frontale Attacke der städtischen Zentren gegen die Bergregionen“. Du côté des partisans, la démarche du président du FC-Sion a été ironiquement saluée en ces termes: „Unsere Initiative den Bau von nicht bewirtschafteten Zweitwohnungen bremst und damit Hotellerie und Parahotellerie (Ferienwohnungen, Herbergen, B&B etc.) stärkt; einen konstruktiven Tourismus eben. Schön, dass man das im Wallis beim FC Sitten erkannt hat.“</p>
Wahlen/Votations	20.02	Bd	<p>„Wo am häufigsten falsch gewählt wird“ „Eine Analyse des Bundes zeigt: immer mehr Schweizerinnen und Schweizer wählen ungültig. Frappant sind dabei die Unterschiede zwischen den Kantonen. Schwyz und Basel-Stadt wollen ihre Bürger nun mit Bildchen aufklären.“ La chancelière de la Confédération a constaté qu'il fallait entreprendre quelque chose, afin d'inverser la tendance, et de faire diminuer le nombre de votes invalidés. Ceux-ci étaient au nombre de 32868 lors des dernières votations fédérales, soit un nombre supérieur à celui des personnes qui sont allées voter dans le canton de St-Gall. Les grandes différences d'un canton à l'autre seraient dues en partie au fédéralisme, qu'il s'agisse de règles différentes ou de manières divergentes de les appliquer.</p>

Sicher- heit/Sécurité	25.02	NZZ	<p>„Ein Moderator für die Sicherheit“ „Bund und Kantone wählen André Duvillard zum Delegierten für den Sicherheitsverbund Schweiz. Um die nationale Sicherheit zu gewährleisten, wollen Bund und Kantone den Dialog und damit die Zusammenarbeit verbessern. Die bestehenden Kompetenzen werden jedoch nicht angetastet“. La tâche du Neuchâtelois consistera dès juillet à relier entre elles les „têtes“ des diverses autorités de la Confédération et des cantons, afin d’améliorer leur coopérations lors d’événements importants du point de vue de la politique de sécurité. Ce nouveau poste répond à une des demandes-clé contenues dans le rapport 2010 concernant ladite politique. Cette tâche, qui relève du fédéralisme coopératif, devra s’accomplir dans le respect des compétences des cantons et des communes, la Confédération n’étant appelée à intervenir qu’à titre subsidiaire. La phase pilote échoit en 2014. A cette échéance, une évaluation de l’efficacité de cette nouvelle structure (l’engagement de 2 à 3 collaborateurs scientifiques étant prévu par Monsieur Duvillard) sera faite.</p>
Föderalis- mus/Fédéralisme	28.02	24H	<p>„Unité cantonale, morcellement fédéral“ L’auteur de cet article relève que lors d’une émission de la Radio suisse romande, les auditeurs ont affirmé la primauté de leur canton sur la Confédération, ce qui est en contradiction avec la tendance centralisatrice des parlementaires fédéraux. Cette opposition frontale s’expliquerait par le fait que les parlementaires fédéraux travaillent par secteur (ex.: l’école, la police ou la santé), ce qui met en exergue les différences intercantionales, alors que chaque canton intègre ces domaines dans un tout cohérent qui lui est propre. Selon l’auteur, en ignorant cette réalité, les parlementaires fédéraux porteraient atteinte à ce fragile équilibre.</p>
Romands	01.03	WW	<p>„Mediterraner Schlendrian“ „Die Romands sind die Griechen der Schweiz: ob Arbeitslosigkeit, Verschuldung oder Zinsbelastung – in jeder Negativ-Statistik liegen die Welschen vorn. Während sie über Stress und Benachteiligung klagen, halten die Deutschschweizer den helvetischen Motor am Laufen.“ Andreas Kunz, dans son analyse, veut démontrer que les Romands, dans les domaines les plus divers – il n’en aurait trouvé aucun dans lequel les Romands seraient plus performants que les Suisses alémaniques – sont une sorte de „Grecs de la Suisse“, malgré la belle image d’Epinal que l’on tient à donner à l’étranger, concernant „l’idée suisse“, ainsi que la cohabitation pacifique de diverses cultures, et la solidarité qui les caractérise. Depuis l’introduction de la RPT, seuls deux cantons romands figureraient parmi les contributeurs: Genève et Vaud. L’auteur remet même en doute le qualificatif de «grandes victoires pour les Confédérés » donné aux batailles de Grandson et de Morat. Finalement, en prétendant que la faute se trouve toujours chez les autres, et dans leur art de geindre, les Romands présenteraient des similitudes étonnantes avec les Grecs.</p>

Romands	03.03	TAz	<p>„Westschweiz Die Romands sollen die Griechen der Schweiz sein. Von wegen.“ Von Stéphane Zindel (Übersetzer in Bern und Ex-Bundeshauskorrespondent verschiedener Westschweizer Medien).</p> <p>„Genfs Sorgen hätten die Athener gern“</p> <p>L’auteur de cet article, qui considère qu’il appartient à raison de 2/3 à cette espèce exotique que sont les Romands, s’insurge contre l’article précédent. Bien que la Suisse romande soit plus endettée et ait un taux de chômage supérieur à la Suisse alémanique, ce dernier représenterait pourtant un taux inférieur à ceux du Japon, de l’Allemagne ou des USA, pays qui ne sont pourtant pas réputés pour être des membres du «Club Med». L’auteur rappelle que le Bassin lémanique constitue un moteur dynamique de l’économie, ayant des points communs avec le canton de Zoug ou de Zurich, tout en ayant une économie plus diversifiée que ces derniers. Et contrairement à eux, au bord du Léman, on aurait plus vite honte des cadeaux fiscaux faits aux grandes entreprises ou aux riches étrangers qu’en Suisse alémanique. Quant aux problèmes vécus par Genève, la Grèce en rêverait, car ils seraient liés, comme à Zoug ou à Zurich, à la croissance.</p> <p>L’auteur conclut en rappelant que «der Sinn des Föderalismus liegt ja gerade darin, die Vielfalt – also unterschiedliche Wertvorstellungen - vor Gleichmacherei zu schützen. Jede Region soll ihre Werte pflegen. Aber auch für die finanziellen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, geradestehen.“</p>
Romands	11.03	NZZ	<p>„Mein Standpunkt: Die Romands erlauben sich mehr, aber sie bezahlen selbst dafür“, von Beat Kappeler</p> <p>„...Doch wer genau rechnet, wer was tatsächlich bezahlt, sah nur eines: dass nämlich die Romands sich manche Eigenheit erlauben, aber immer selbst dafür bezahlen müssen.“</p> <p>Après avoir éclairé son propos des exemples cités dans la WW du 1^{er} mars, l’auteur de cet article conclut: «Der Schluss aus allen diesen Vergleichen läuft auf ein Hohelied des Föderalismus hinaus. Wenn die verschiedenen Teile eines Landes für ihre Wünsche und Eigenheiten selbst aufkommen müssen, gibt es keinerlei Grund für Vorwürfe. Der Föderalismus ist nicht ein Instrument der Nächstenliebe, wie manche Schweizer es Ausländern zu erklären pflegen. Sondern man kann völlig verschieden bleiben, dennoch zusammenleben und muss sich nicht lieben...“</p>
Raumplanung/Aménagement du territoire	11.03	DP	<p>„L’aménagement du territoire enfin pris au sérieux“</p> <p>L’initiative de Franz Weber a donc bien résisté à l’érosion du soutien populaire qui généralement se manifeste au fil des campagnes. Soutenue par plus de 60% des sondés il y a quelques semaines seulement, elle passe l’épave de justesse. Mais plus que cette initiative, c’est la révision actuelle de la loi fédérale sur le territoire (LAT) qui marque un tournant décisif dans la politique de gestion du sol.»</p> <p>L’auteur de ces lignes relève que l’initiative Weber serait due aux 30 ans perdus à tergiverser avec l’aménagement du territoire. Plus que cette initiative, il salue surtout l’approche dynamique du projet de révision de la LAT proposé par le Parlement.</p>

Wahlen/Votations	13.03	Bd	<p>„Die Farbe des Erfolgs ist grünkonservativ“ „Generationen von Schülern haben im Staatskundeunterricht gelernt, dass Volksinitiativen kaum je von Erfolg gekrönt sind, während vom Volk ergriffene Referenden für die Regierenden immer Brandgefährlich seien. Nun scheint es, als ob die Staatskundebücher umgeschrieben werden müssten: während sich die Zweitwohnungsinitiative in eine Serie erfolgreicher Volksinitiativen einreihet, war der sonntägliche Referendumserfolg gegen die Buchpreisbindung fast schon eine Ausnahme. Es war erst das zweite erfolgreiche Rederendum seit 2005. Im selben Zeitraum schafften fünf Volksinitiativen das nötige doppelte Mehr bei Volk und Ständen.“ Selon l’auteur de cet article, cela viendrait en particulier du fait que les conservateurs auraient découvert l’instrument du droit d’initiative, pourtant pensé au départ comme un instrument de progrès, et se le seraient approprié, alors que la gauche, pendant ce temps, n’aurait eu aucun succès avec les siennes. Exception en faveur des travailleurs: l’initiative visant à rendre férié le jour de la fête nationale.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	18.03	SOS	<p>„Der Sonderbund der Klageweiber“ Andrea Masüger relève que les grandes villes se plaignent depuis des années de la domination, au niveau national, des régions de montagnes. Avec l’initiative concernant les résidences secondaires, c’est l’inverse qui s’est produit. Du coup, les politiciens des cantons touristiques se plaignent d’être mis sous la tutelle des villes, évoquent une crise étatique, demandent même l’introduction d’un droit de veto en faveur des cantons de montagnes. L’auteur rappelle que c’est cette alternance des perdants et gagnants, qui globalement s’équilibre, et qui rend la Suisse si spéciale. Il égratigne également au passage les cantons de montagne qui acceptent sans un merci la manne qui leur vient des villes dans le cadre de la RPT.</p>
Aussenpolitik/Politique étrangère	21.03	NZZ	<p>„Des Guten zu viel“ „Die Möglichkeit, über Staatsverträge an der Urne zu befinden, ist richtig und wichtig. Einen Abstimmungs-Automatismus zu installieren, wäre aber falsch.“ L’auteur de cet article se prononce pour le rejet de l’initiative visant au renforcement des droits populaires dans la politique étrangère (accords internationaux: la parole au peuple), tout en soulignant la légitimité du débat concernant les droits de participation du souverain en politique étrangère. Sur les six raisons qu’il donne pour rejeter l’initiative, deux méritent particulièrement d’être citées: avec l’exigence de la double majorité, on renforcerait le fédéralisme au détriment de la démocratie, et surtout, la position de la Suisse dans les négociations internationales serait considérablement affaiblie.</p>

Wirt- schaft/Economie	05.04	WW	<p>„Zurück zu den zehn Geboten“ „Statt mit immer mehr Bürokratie in populistischen Aktivismus zu verfallen, sollten Regierungen und Parlamente wieder für stabile Rahmenbedingungen sorgen.“ L’auteur fait tout d’abord l’éloge de la lenteur de la „machinerie législative“ d’antan, gage de sécurité juridique et de stabilité pour l’économie. L’agitation actuelle en matière législative et réglementaire, avec l’augmentation de la bureaucratie qui l’accompagnerait, serait génératrice de coûts énormes et préjudiciable à l’économie de marché. Afin d’y remédier, l’auteur estime que gouvernements et politiciens devraient s’inspirer de la bible et de ses dix commandements, qui ne résolvent pas tous les problèmes, mais offrent un cadre suffisant.</p>
Bildungswesen/ Formation	07.04	NZZ	<p>„Verfehler Glaube an Standards und Tests“ „Als Folge der internationalen Pisa-Studien ist unter Schweizer Bildungspolitikern der Glaube an die Wirksamkeit von Bildungsstandards und vereinheitlichten Tests gewachsen. Vorsicht ist angebracht.“ L’auteur relève dans tous les degrés de l’enseignement la tendance à la centralisation et à la standardisation, y compris des tests, et ce même si «Föderalismus und Subsidiarität gehören zur eidgenössischen DNA». Il en appelle à la prudence, afin de ne pas répéter les erreurs des USA et rappelle le rôle central des enseignants, qui sont les garants d’un enseignement de qualité et des succès scolaires; d’où l’importance de leur laisser beaucoup de responsabilité - dans le sens fédéraliste et subsidiaire - et lorsque des réformes sont envisagées, de ne rien imposer aux enseignants, mais de dialoguer avec eux.</p>
Steuerabkom- men/Accords fis- caux	13.04	DPr	<p>„Sparpaket. Weg frei für Schweizer Steuermilliarde“ „Heute reist Finanzministerin Maria Fekter nach Bern, um mit ihrer Amtskollegin das Steuerabkommen zu unterzeichnen. Wie viel Geld dadurch in die Staatskasse fliesst, ist aber noch nicht ganz klar.“ De cet article de la presse autrichienne et de ceux qui y sont annexés ressort pour l’essentiel que malgré les critiques, cet accord est de manière globale salué en Autriche et ne sera pas attaqué comme en Allemagne. Si l’Autriche est moins virulente, c’est aussi parce que, tout comme la Suisse, elle a servi dans un passé récent de refuge fiscal à des fonds provenant d’Allemagne en particulier. La crainte est en revanche exprimée que peu avant l’entrée en vigueur de cet accord, prévue le 1^{er} janvier 2013 et sans effet rétroactif, les détenteurs de ces capitaux les retirent, pour les placer à Singapour ou Brunei.</p>
EU-Steuern/UE- Impôts	17.04	LLi	<p>“Le grand argentier neuchâtelois savoure l’eurocompatibilité de son canton” “Fiscalité – Les avantages octroyés aux sociétés étrangères sont dénoncés par Bruxelles. Sur ce point, Neuchâtel a une longueur d’avance. Le point avec le conseiller d’Etat Jean Studer”</p>

			<p>Tout en relevant qu'avec la fiscalité, on touche à un des domaines les plus identitaires du fédéralisme, Jean Studer souligne également l'impatience grandissante de Bruxelles concernant ce dossier. Si la révision du droit neuchâtelais est bien vue à Bruxelles selon Jean Studer, et ce bien que l'impôt sur le capital et le taux de l'impôt sur le bénéfice des personnes morales soient revus à la baisse, c'est parce que cette politique est basée sur une attractivité tarifaire, et pas sur des statuts spéciaux.</p>
Bildungswesen/Formation	18.04	BaZ	<p>„Die nationale Karriere des Basler Sexkoffers“ „Ein überparteiliches Komitee von Eltern und konservativen Politikern lanciert eine Volksinitiative.“ „Immer häufiger werden unsere Kinder in Kindergärten und Primarschulen mit Pornographie und Sexualunterricht belästigt“ schreiben die Initianten – und fordern: „Kein Sexualkundeunterricht vor 9 Jahren!“. Sous l'angle du fédéralisme, l'auteur de l'article s'étonne que pour cela, le comité lance une initiative fédérale. Plus étonnante encore serait la participation de Suzette Sandoz, pourtant farouche partisane du fédéralisme, et provenant d'un canton, celui de Vaud, pour lequel le fédéralisme serait même un devoir patriotique (liberté et patrie).</p>
Bildungswesen/Formation	18.04	Tmp	<p>„Offensive conservatrice contre l'éducation sexuelle“ «Ecole – l'initiative alémanique inquiète la Suisse romande. Son argumentaire ouvre un débat contre la sexualisation de l'école.» Selon l'auteur, l'initiative sidérerait enseignants et parents en Suisse romande, où l'éducation sexuelle à l'école est connue depuis une trentaine d'années. La raison de cette initiative serait à chercher dans la forte aversion suscitée par HarmoS auprès de la droite conservatrice. Le monde scolaire romand espère qu'ils ne devront pas revenir trente ans en arrière.</p>
Aussenpolitik- Steuern/Politique étrangère-impôts	19.04	WW	<p>„Verlässliche Freunde der Gegenseite“ „Im Steuerstreit mit Deutschland und den USA weicht der Bundesrat Schritt für Schritt zurück. Regierung und Parlament wissen nicht mehr, was sie eigentlich verteidigen sollen. Der schweizerischen Aussenpolitik fehlt eine Linie. Wo liegen die Gründe und Ursachen?“ L'auteur de ces lignes dénonce la déliquescence progressive et assez rapide du secret bancaire, et le fait en particulier que la Suisse lâche trop de lest, et trop vite, dans le cadre des négociations internationales concernant le secret bancaire en particulier. Ceci impliquerait une grande perte de crédibilité pour notre pays. «Die Schweiz gibt nach, sie ist erpressbar geworden.» selon un ancien diplomate. De plus, la cheffe du DFF aurait même affirmé vouloir appliquer à l'intérieur du pays et à ses contribuables, les mêmes règles qu'avec l'étranger, et les USA en particulier. Les raisons de cette nouvelle «élasticité politique»? Sont tour à tour incriminés la gauche, le fait que l'UDC soit sous-représenté au Conseil fédéral, la chute du mur de Berlin et ses conséquences, le fait que le CF veuille autre chose que le peuple, la politique étrangère trop agressive de l'ancienne CF Micheline Calmy-Rey, avec sa neutralité ac-</p>

			tive en particulier, ce qui aurait suscité méfiance et irritation de la part de certains Etats.
Föderalismus/Fédéralisme	21.04	CdT	<p>„Federalismo – I cantoni vogliono un ruolo attivo“ L’auteur fait ici un résumé du rapport du monitoring du fédéralisme 2011, soulignant l’intense collaboration entre la Confédération et les cantons, mais aussi les lacunes quant à leur implication dans les négociations avec l’UE, la prise en considération insuffisante des coûts susceptibles d’être générés par la mise en œuvre du droit fédéral, ainsi que le centralisme insidieux par le biais d’ordonnances fédérales trop restrictives.</p>
EU/UE	24.04	NZZ	<p>„Der Primat der Politik in der Europafrage“ „Der bilaterale Weg zwischen der Schweiz und der EU ist ein Spiel, das von den Verteidigungsreihen dominiert wird. Bund und Kantone sollten zum konstruktiven Dialog über die kantonale Mitwirkung in der Europapolitik zurückkehren.“ (Persönliche Meinung von Thoma Moser, Beauftragter für Aussenbeziehungen des Kantons Bern) Selon l’auteur, si les cantons en veulent à la voie bilatérale, c’est parce que ces dernières années, la Confédération aurait bafoué leur droit de participation au processus décisionnel fédéral en lien avec la politique étrangère, par exemple en matière fiscale ou énergétique. La Confédération violerait la Constitution en octroyant aux cantons des délais de consultation trop brefs, en ayant des flux d’informations lacunaires ou en ignorant leurs avis. Les cantons auraient même l’impression de plus avoir l’oreille de Bruxelles que de Berne. Sans compter que pour l’UE, la Suisse serait devenue un Etat tiers comme un autre. D’où la nécessité pour la Confédération et les cantons de revenir à un dialogue constructif concernant le droit de participation des cantons en politique européenne, et de parler d’une seule voix à Bruxelles, aussi dans l’intérêt de l’UE.</p>
EU/UE	26.04	HZ	<p>„Kantonale Beisshemmung“ „Personenfreizügigkeit - Die Politik verschärft die flankierenden Massnahmen. Doch das Problem liegt beim Vollzug in den Kantonen.“ L’auteur relève que pour que le tigre ait plus de mordant et que les mesures d’accompagnement soient efficaces sur tout le territoire suisse, il faut notamment que la Confédération comble les lacunes existantes en créant des bases légales claires, et en définissant de manière plus précise les termes utilisés dans la loi, sans pour autant empiéter sur les compétences d’exécution des cantons. Dans ces limites, il faut également que les cantons appliquent une certaine systématique et ne rendent pas leurs décisions au petit bonheur la chance.</p>

Raumplanung/Aménagement du territoire	30.04	SolZ	<p>„Landschaftsschutz im Fokus“ „Oberwil Debatte zur Landschaftsinitiative nach Versammlung der Repla.“ „An der Mitgliederversammlung der Regionalplanungsgruppe Grenchen-Büren (Repla GB)...die Landschaftsinitiative „Raum für Mensch und Natur“ rückte ins Zentrum der Veranstaltung.“ Un partisan et un opposant à l'initiative se sont exprimés. Le partisan a laissé entendre que si le projet de révision partielle de la loi fédérale sur l'aménagement du territoire, dont la procédure d'élimination des divergences était en cours, prenait en considération les principales demandes des initiants, il était probable que ces derniers retirent leur initiative une fois la loi en vigueur.</p>
Gesundheitswesen/Santé	05.05	NZZ	<p>„Groteske Hürden für den Ärztenachwuchs“ „Die Schweiz verlässt sich allzu sehr auf Ärzte, die aus dem Ausland zuziehen. Den Zugang zum Medizinstudium beschränkt sie rigoros. Der Bund kann die Vermehrung der Ausbildungsplätze nicht einfach befehlen. In der Verantwortung stehen primär die Universitäten und damit die Kantone.“ L'auteur relève que le numerus clausus dans ce domaine n'est pas souhaitable, ni le recours à des médecins étrangers, formés – et c'est choquant – par d'autres Etats qui en ont également grand besoin, et encore moins par des interventions du législateur fédéral, même si ce dernier part d'une bonne intention. Des interventions trop directives iraient à l'encontre de la Constitution et de la nouvelle loi fédérale sur l'aide aux hautes écoles. Pour pallier le manque de places pour les étudiants en médecine, l'auteur préconise un fédéralisme créatif, qui pourrait par exemple déboucher sur l'augmentation de capacités précliniques d'un quart dans le canton de Zurich, le Tessin quant à lui pouvant être mis à contribution pour offrir une étude clinique susceptible de valoriser ses hôpitaux et centres de recherches.»</p>
EU/UE	5.05	CdT	<p>„Alberto Mingardi - Due diversi euro è la prospettiva più probabile «Il direttore dell'Istituto B. Leoni su UE, moneta unica, Italia ; St. Gallen Symposium» Selon cet expert, les difficultés actuelles de l'UE seraient dues au fait qu'on a tenté d'en faire un grand Etat centraliste à la française, au lieu de tenter d'en faire une grande Suisse, avec une bonne dose de fédéralisme. Dès lors, l'UE risquerait plutôt de ressembler à une grande Italie, pleine de déséquilibres et d'incertitudes (inégalités nord-sud, difficultés à maintenir l'Etat social...). Les solutions? Réduire les ambitions de l'UE et qu'elle se concentre sur le marché unique, ainsi que la libre circulation des personnes et des biens; et instaurer deux euros, l'un pour les pays forts économiquement, l'autre pour les pays faibles, ce qui créerait de l'inflation mais leur permettrait de réduire considérablement le montant de leur dette.</p>

Föderalis- mus/Fédéralisme	08.05	NVL	<p>„Ils veulent sauver la Suisse en sauvant le fédéralisme“ «Nouvelle association – Une pétition est lancée pour attirer l’attention des autorités sur les risques que la Lex Weber et d’autres lois font courir au pays.» Cette nouvelle association, baptisée «Sauvons la Suisse! Sauvons le fédéralisme!» a pour but de „trouver une parade aux multiples attaques qui s’abattent sur le Valais et sur le monde rural suisse dans son ensemble.» Cette association est présidée par Me Dominique Sierro. Selon lui, «les milieux économiques et environnementaux se sont mis d’accord pour développer le Plateau suisse et utiliser les Alpes comme lieu de transit pour les marchandises, prélever l’électricité et les ressources naturelles et en faire des parcs nationaux pour les citadins en mal de ruralité.» Selon l’association, l’aveuglement des autorités fédérales risque de conduire à l’éclatement de la Suisse. Afin d’éviter la disparition des régions périphériques et de la Suisse avec, un renforcement du fédéralisme est préconisé, avec pour corollaire le respect de la souveraineté des cantons dans certains domaines.</p>
Romands	08.05	NZZ	<p>„In der Romandie hat die „Heure hollandaise“ geschlagen“ „Die französischen Wahlen bereiten den Welschschweizern eine kurze Nacht, der Einfluss auf die welsche Politik scheint aber beschränkt zu sein.“ L’auteur se demande si les élections en France peuvent impliquer à l’ouest le renforcement d’une gauche déjà forte et conclut par la négative, relevant que la politique suisse romande est suisse, avec ses valeurs de consensus, fédéralisme, subsidiarité.</p>
Aussenpolitik- Welt/ Politique étrangère - monde	15.05	J21	<p>„Niemand will die Schweiz fertig machen“ „Der Spitzendiplomat Peter Maurer kritisiert die Miesmacherei in der Presse. Noch immer besitze die Schweiz im Ausland einen sehr guten Ruf. Im Gespräch mit „Journal 21“ beklagt Maurer, dass sich unser Land immer mehr nur mit sich selbst befasst.“ L’intéressé rappelle qu’avec son indépendance, son fédéralisme et son organisation dans les secteurs les plus divers, la Suisse est très considérée, et sollicitée. Cependant, notre pays serait également dans une situation de concurrence au niveau international, en particulier en tant que septième place financière du monde. En matière fiscale, une régulation devra se faire, dans le respect de la protection de la personnalité et du secret bancaire, dans le sens de ce qui se négocie avec l’Allemagne et l’Autriche en particulier. Selon Monsieur Maurer, il faut cependant que la Suisse veille à ne pas être trop dogmatique.</p>
Bundes- rat/Conseil fédéral	18.05	Bli	<p>„Nein-Parole zur SVP-Initiative - Bundesrat will nicht vom Volk gewählt werden“ „Der Bundesrat fürchtet sich vor einem Dauerwahlkampf. Deshalb soll ihn das Parlament wählen.“ Le Conseil fédéral a exprimé en particulier la crainte de voir les conseillers fédéraux tomber sous l’influence de la politique de parti, et devoir se lancer dans une longue campagne électorale. Le princi-</p>

			pe de collégialité serait malmené et le fédéralisme affaibli.
Wirtschaft/Economie	22.05	NVL	<p>„Economie - -La loi d'application de l'initiative Weber n'a pas encore vu le jour que d'autres menaces se profilent déjà à l'horizon. Le Valais cible privilégiée des ukases bernois“</p> <p>Selon l'auteur, divers projets constituent des menaces pour le Valais, „qui ne va pas manquer de combats dans les années à venir“. Après l'initiative Weber, l'initiative pour le paysage, le projet de révision partielle de la loi sur l'aménagement du territoire, la politique agricole qui mettrait en particulier en danger les agriculteurs pluriactifs et entraînerait la disparition des races autochtones. Sans compter l'initiative sur l'introduction d'un impôt fédéral sur les successions pour les montants dépassant les 2 millions de francs, ou encore le dossier des retours de concessions hydrauliques. L'auteur de ces lignes exhorte les autorités valaisannes à mieux faire connaître auprès des Confédérés et à Berne les spécificités valaisannes.</p>
Raumplanung/Aménagement du territoire	23.05	CdT	<p>„Residenze secondarie – la CoReTi vuole approfondire la costituzionalità“</p> <p>Pour la CoReTi (l'associazione Comuni e Regioni di montagna ticinesi) paraît discutable le fait que l'on ancre dans la Constitution fédérale une disposition qui met à mal les fondements d'un Etat fédéraliste comme la Suisse, ainsi que des principes constitutionnels tels que le fédéralisme, la propriété privée ou encore l'autonomie cantonale et communale. Et ceci pour répondre à des problèmes qui auraient pu être résolus au niveau régional.</p>
EU/UE	25.05	Tmp	<p>„Une nouvelle zone euro en gestation“</p> <p>«Une intégration budgétaire renforcée ne pourra pas être longtemps différée.»</p> <p>Selon l'auteur, des préparatifs ont lieu vers le pas supplémentaire dans l'intégration de la zone euro. Après le traité portant établissement du futur mécanisme européen de stabilité, puis le pacte budgétaire, une révision de l'Union économique et monétaire ne serait pas à exclure.</p>
Aussenpolitik/Politique étrangère	26.05	NZZ	<p>„Direkte Demokratie erdet die Diplomatie“</p> <p>„Die Vorstellung, Volk und Parlament würden die Diplomaten nur bei der Arbeit stören, ist antiquiert. Zu Recht wurden die Volksrechte in der Aussenpolitik ausgebaut. Die Initiative „Staatsverträge vors Volk“ wäre aber in qualitativer Hinsicht ein Rückschritt.“</p> <p>Il est rappelé que la méfiance du peuple suisse envers ses représentants n'est pas nouvelle. Elle ne justifierait cependant pas d'accepter l'initiative mentionnée en titre. En effet, son application relèverait de l'arbitraire – le Parlement devant décider si un accord international serait ou non soumis au vote du peuple et des cantons – et le nombre de votations augmenterait de manière telle que le peuple perdrait toute motivation et tout intérêt. L'auteur plaide le statu quo, le droit constitutionnel actuel offrant toutes</p>

			les garanties nécessaires pour que le peuple ait son mot à dire lors de l'adoption de traités internationaux par la Suisse.
EU/UE	31.05	Bd	<p>«Tribüne – Der Bundesrat muss auch bei unsicheren Aussichten verhandeln (Moritz Leuenberger) Die Lösung entsteht oft nach dem Scheitern»</p> <p>L'ancien conseiller fédéral rappelle que de longues négociations ont souvent pour finalité d'atteindre l'acceptation suffisante à l'interne. Il relève également que le fait que seule la voie bilatérale semble ouverte n'interdit pas aux partisans d'autres voies de mettre le temps des négociations à profit pour préparer le terrain à d'autres alternatives, qu'il s'agisse de l'adhésion à l'UE, d'une adhésion partielle ou encore de l'EEE. L'avantage, avec l'Europe, c'est qu'elle prône des valeurs communes, telles que les droits de l'homme, l'Etat de droit, l'égalité... Valeurs qu'il importe de promouvoir et de défendre dans le monde. Si nous commettons l'erreur de toujours regarder en arrière et de nous isoler, nous nous changerions alors en statues de sel.</p>
Raumplanung/aménagement du territoire	10.06	LMD	<p>„Huit cantons pourraient exiger une votation“</p> <p>Pour les cantons, la nouvelle loi représenterait une perte de souveraineté par rapport à la Confédération, une violation du fédéralisme, ainsi qu'une atteinte à la propriété. La voie du référendum des cantons est à l'étude. Ce moyen n'a été utilisé qu'une seule fois, et avec succès. Il a pour avantage de n'être lancé que par huit cantons. Des parlementaires valaisans exploreraient cette voie et auraient déjà noué des contacts avec d'autres cantons susceptibles d'être intéressés.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	13.06	NVL	<p>Opinion: après quelques mois d'existence, premier bilan pour le site „lesobservateurs.ch“ du professeur Uli Windisch</p> <p>„Un coup de pouce à notre fédéralisme“</p> <p>Ce site a été créé, selon son initiateur, pour relayer un courant de pensée et pour remplir un vide en Suisse romande. Suite à un colloque à Zurich sur la pluralité des médias, l'intéressé envisage de développer ce type de rendez-vous tant en Suisse romande qu'en Suisse alémanique, le but étant que ces réunions et conférences débouchent sur des publications. Ce professeur attire en particulier l'attention sur le danger que constitue pour le système suisse la marginalisation de cantons tels que le Tessin, le Valais ou les Grisons. Pour lui, le fédéralisme est une dimension constitutive et une centralisation trop marquée pourrait déboucher sur de graves problèmes.</p>
Bildungswesen/Formation	15.06	NZZ	<p>„Die tertiäre Lehre ist keine schlechte Idee“</p> <p>„Staatssekretär Mauro Dell'Ambrogio zu den bildungspolitischen Herausforderungen. Mauro Dell'Ambrogio leitet ab 2013 das neue Staatssekretariat für Bildung, Forschung und Innovation. Er will</p>

			<p>keine neuen Kompetenzen auf Bundesebene.“ L'intéressé relève tout d'abord que la restructuration en cours ne vise qu'un renforcement de la cohérence, mais qu'il ne faut pas en attendre trop. Il relève ensuite qu'un de ses premiers objectifs vise à faire que la formation professionnelle soit «futur compatible» dans l'environnement européen, tout en conservant les spécificités et points forts qui sont les siens. Exemple: la formation duale. Il relève ne vouloir en aucun cas un renforcement des compétences fédérales, mais le maintien du système actuel, empreint de fédéralisme coopératif. Quant à l'idée d'Avenir Suisse, de développer la formation professionnelle par le biais d'un système dual pour détenteurs d'une maturité, l'intéressé considère qu'il ne s'agit pas d'une mauvaise idée. Autre piste intéressante: l'intégration constructive de la formation professionnelle duale et de la voie académique. Pour la médecine, il estime que l'instauration du numerus clausus est une honte, qui nous oblige à importer plus de 50% de médecins, mais il reconnaît qu'il est difficile d'en sortir. Finalement, l'intéressé se déclare un fervent partisan de l'augmentation des taxes d'études sur le modèle tessinois (Fr. 8'000 pour les étrangers et Fr. 4'000 pour les ressortissants suisses), avec des systèmes de bourses, également offertes par des fondations privées.</p>
Sprachen/Langues	20.06	Tmp	<p>„La Berne fédérale doit faire des efforts pour apprendre les langues“ Dominique de Buman, conseiller national et président de l'association Helvetia Latina, relativise le rapport optimiste de l'Office fédéral du personnel selon lequel les minorités linguistiques seraient équitablement représentées au sein du personnel de la Confédération. D'une part, les latins sont beaucoup moins bien servis aux postes à responsabilités. D'autre part, les latins ne peuvent pratiquement pas travailler dans leur langue. L'auteur de cet article préconise tout d'abord de faire passer le délégué au plurilinguisme de l'office fédéral du personnel à la Chancellerie fédérale, plus sensible aux traditions du fédéralisme. D'autre part, il estime que la question des langues ne concerne pas que l'administration. Selon lui, le critère linguistique dans la sélection de candidats au parlement devrait être intégré par les partis, de sorte que les parlementaires maîtrisent au moins deux des trois langues nationales. Ce critère devrait finalement être impératif pour l'élection au Conseil fédéral.</p>
EU/UE	21.06	DZt	<p>„Ein Land zeigt, was geht.“ „Die Schweiz ist ein 41 000 Quadratkilometer grosser Vorwurf an die Mächtigen von Europa“ L'auteur fait un tour d'horizon de ce qui caractérise la Suisse et sa réussite, ce petit pays qui énerve tant certains de ses voisins, un peu comme le témoin de ce que eux pourraient faire mieux...L'intéressé déplore que les politiciens des autres pays d'Europe, pour la plupart, s'énervent et traitent la Suisse de profiteuse, au lieu de s'en inspirer.</p>

Raumplanung/Aménagement du territoire	23.06	Mag	<p>„Die Raumplanungssünder“ L’auteur explique l’échec, notamment des Valaisans, à mobiliser un nombre suffisant d’opposants au projet de révision de la loi sur l’aménagement du territoire par le fait que ces prétendus défenseurs du fédéralisme tenteraient, par ce biais, de privilégier les intérêts régionaux et locaux – tout en encaissant moult subventions de la Confédération - au détriment d’intérêts nationaux tels que la sauvegarde du paysage. Dans un tel cas, la volonté populaire se substituerait à la défaillance du système fédéraliste.</p>
Raumplanung/Aménagement du territoire	25.06	Tmp	<p>„Maîtrise du sol, la «mort» des cantons“ «Territoire – La nouvelle loi fédérale (LAT) consacre l’impuissance des cantons face au mitage du paysage – après les résidences secondaires, le Valais est à nouveau en ébullition – Entre fédéralisme et centralisme, les Suisses vivent dans des „espaces fonctionnels“ qui ont besoin d’un statut.» Le président de l’USAM, prêt à mobiliser cette dernière pour lancer le référendum contre la LAT, adoptée par le parlement le 15 juin, déclare: «si un texte aussi étatique avait existé à l’époque, le canton de Fribourg serait une réserve d’indiens». Selon l’auteur, les cantons auraient été trop permissifs quand ils étaient maîtres du jeu. Quant à l’auteur du projet de Territoire suisse, Il propose, plutôt que d’imposer les mêmes règles aux cantons, de les obliger à collaborer, ce qui permettrait de prendre en compte, après le premier pas des projets d’agglomération, les espaces fonctionnels dans lesquels les Suisses vivent.</p>
Steuern-NFA/Impôts-RPT	28.06	WB	<p>„Pendlersteuer – ein gefährlicher Ladenhüter“ Le président du gouvernement bernois exige un partage des impôts entre les lieux de domicile et de travail pour les pendulaires. Il a saisi la CdC et la CDF de cette requête et s’est vu dans les deux cas opposer une fin de non recevoir saluée par l’auteur. Ce dernier rappelle que la RPT contient déjà un mécanisme correcteur: celui de la compensation des charges de centre en particulier. Il souligne également que donner suite à cette demande serait dangereux pour un canton comme le Valais, qui dispose d’un grand nombre d’habitants travaillant à l’extérieur du canton. Outre l’atteinte au fédéralisme fiscal, cela n’aurait finalement pas grand sens, car les lourdes pertes financières générées par une telle mesure pour des cantons périphériques tels que le Valais devraient être compensées au niveau fédéral par la RPT.</p>
Raumplanung/Aménagement du territoire	15.07	SOS	<p>„Alles eine Frage der Nachfrage...“ „Gewollt oder ungewollt, unser romanisches Schwesterblatt „La Quotidiana“ hat kürzlich das Hauptproblem des Bündner Föderalismus und der Machtverteilung in der Schweiz auf den Punkt gebracht. Hoffnungsvoll titelte es über den Stand des Bauprojekts „Vallada Nova“ in Degen: „Franz Weber hat nuot encunter“ (Franz Weber hat nichts dagegen).“ L’auteur déplore cet état de chose, relevant que priver les Grisons du droit de proposer des résidences secondaires revient au même que d’interdire à</p>

			un pays en voie de développement de produire le seul bien véritablement demandé sur le marché, comme le café ou le cacao.
Kriminalität/Criminalité	16.07	BZ	<p>„Politik prüft Einführung von Grenzkontrollen“</p> <p>„Kriminalität – Auf Druck mehrerer Kantone prüft das Parlament, ob an der Landesgrenze wieder dauerhaft Personenkontrollen eingeführt werden können. Der Anlass dafür ist die wachsende Kriminalität.“</p> <p>Après que plusieurs gouvernements cantonaux ont tiré la sonnette d’alarme, les sous-commissions de gestion DFJP-ChF se sont emparées du problème, organisant des auditions et demandant un avis de droit. Bien qu’il s’agisse de commissions de surveillance, ces dernières, même si c’est inhabituel, n’excluent pas d’émettre des propositions. Cette problématique soulève tant des questions en lien avec Schengen-Dublin qu’au niveau interne, où certains obstacles dûs au fédéralisme sont relevés. Des problèmes de coordination se posent en particulier entre le corps de gardes-frontières et les polices cantonales.</p>
Sozialversicherung/Assurances sociales	18.07	TdG	<p>„Les assurés genevois floués pour 460 millions“</p> <p>“Les Genevois ont trop payé de primes par rapport aux coûts de la santé, et ce depuis 1996! Les surplus sont partis dans d’autres cantons, qui refusent aujourd’hui de faire un geste.»</p> <p>Genève et six autres cantons, dont Vaud, Neuchâtel et Zurich, ont payé des primes excessives par rapport à leurs coûts de la santé. Alors qu’une solution de compromis semblait se dessiner, quatorze cantons bénéficiaires – dont Fribourg, Valais, les Grisons, Uri et les deux Appenzells - ont changé d’avis, s’estimant perdants dans cette affaire. Pour le conseiller d’Etat Pierre-François Unger, le respect du fédéralisme est gravement touché.</p>
EU-Steuern/UE-Impôts	18.07	Bd	<p>„Die Kantone wehren sich gegen ein Steuerabkommen mit der EU“</p> <p>„Der Schweiz drohen Strafaktionen und Schikanen, wenn sie sich mit Brüssel in der Frage der Unternehmensbesteuerung bis Ende Jahr nicht einigt. Die Kantone suchen Alternativen.“</p> <p>Le président de la Conférence des directeurs des finances (CDF) a clairement souligné ne pas vouloir reprendre le code de bonne conduite de l’UE. Selon lui, les exigences de l’UE touchent le noyau dur du fédéralisme en matière fiscale. Pour certains cantons, les conséquences financières seraient lourdes et impliqueraient un engagement excessif du système de la RPT, et l’UE exige, mais n’offre aucune contre-prestation. Cependant, les cantons analysent des alternatives, telle l’introduction d’une variante de rabais fiscal pratiqué par certains pays membres de l’UE, et Nidwald depuis 2011 : le «Lizenzbox».</p>
Armee/Armée	28.07	NLZ	<p>„Schicksalpoker um Militärflugplätze“</p>

			<p>„Luftwaffe – Die Armee muss voraussichtlich zwei Militärflugplätze schliessen. Dem Flugplatz Buochs droht das endgültige Aus. Emmen müsste dafür mehr Lärm ertragen.“</p> <p>Mis à part Dübendorf qui s’est clairement décidée pour la suppression de son aérodrome militaire, ailleurs, on assiste à une tension entre d’une part les pressions aux économies que subit l’armée, et la répartition «fédéraliste» des aérodromes militaires d’autre part. Le maintien de telles structures garantit en effet bon nombre de places de travail. De plus, en cas de fermeture, les vols programmés devraient être répartis sur les autres aérodromes, ce qui accroîtrait d’autant les nuisances, notamment en termes de bruit, pour les structures restantes.</p>
Integration- und Ausländerpolitik/Politique d’intégration et des étrangers	29.07	SOS	<p>„Renommee der Schweiz hat gelitten“</p> <p>„Die Idee für Internierungslager, in denen straffällige Asylbewerber untergebracht würden, sei „mensenverachtend“. Das sagt Peter Arbenz, der frühere Flüchtlingsdelegierte des Bundes. Er fordert eine Beschleunigung der Asylverfahren.“</p> <p>L’intéressé souhaiterait dire, le jour de la fête nationale, qu’il attend, de la part de ses concitoyens, plus de sérénité et de sang-froid, ainsi que d’ouverture envers d’autres personnes et cultures. Il regrette que la renommée de la Suisse ait pâti, non seulement en raison du secteur bancaire, mais aussi suite à des initiatives et campagnes xénophobes. Tout en reconnaissant que le politique et les autorités doivent prendre au sérieux la peur du peuple face à la surpopulation étrangère, il estime cependant qu’il n’y a pas matière à paniquer.</p>
Staatssystem/Systeme étatique	30.07	NLZ	<p>„Wohin steuert die Schweiz?“</p> <p>„1. August – Ist die Schweiz auf dem richtigen Weg, oder muss unser Land den Kompass neu ausrichten? Fünf Persönlichkeiten schildern ihre Ansichten zur Lage der Schweiz am Nationalfeiertag.“</p> <p>Offen bleiben für Innovationen - das Ziel stets in Frage stellen - den Dialog mit anderen pflegen - die Schweiz soll sich treu bleiben - die Schwachen nicht vergessen“. Voici comment peuvent se résumer les idées force des intervenants, avec, en toile de fond, le soutien à nos principes fondateurs que sont la démocratie directe, le fédéralisme, la solidarité, sans pour autant perdre de vue l’ouverture vers le futur.</p>
Staatsystem-EU/Systeme étatique-UE	30.07	NZZ	<p>„Vier komplementäre helvetische Prinzipien“</p> <p>„Seit Jahrhunderten prägen zwei komplementäre Prinzipien unser Zusammenleben: das freiheitliche und das genossenschaftliche. Sie stehen in einem permanenten Spannungsverhältnis zueinander (Kaspar Villiger).</p> <p>Les deux autres principes clé seraient une économie de marché aussi libre que possible, cadrée par des valeurs visant le bien public.</p>

			<p>Pour l'auteur, l'adhésion de la Suisse à l'UE éroderait deux piliers de notre identité: la démocratie directe et le fédéralisme. Il fustige l'attitude de l'Europe, qui prétend que la Suisse ne fait que profiter de l'UE sans vouloir en assumer aussi les inconvénients, tout en étant conscient qu'un jour, les limites du bilatéralisme seront atteintes. Il estime finalement que l'initiative Minder, la politique énergétique, l'initiative pour la libre circulation ou celle prônant la garantie d'un salaire minimum sont contre-productives.</p>
Staatssystem/Systeme étatique	30.07	CdT	<p>„Fogli al vento – Quando bionda aurora“ «Mettiamo (ma non è il caso) di dover pronunciare dopodomani un discorso del primo d'agosto, Che direi?...» Après avoir passé en revue les symboles de la «Suisstude» qui n'ont pas tenu leurs promesses ou ont volé en éclats au fil des ans (ex.: l'armée, les PTT, Swisscom, Swissair...) sous réserve du seul symbole vivant, Roger Federer, qui reste solide, l'auteur considère qu'il y a encore deux bonnes raisons de vouloir rester suisses, et pour longtemps: le fédéralisme – unité dans la diversité – et le bien-être – richesse économique et solidarité sociale -.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	30.07	Tmp	<p>„Un café avec Marco Solari – Finalement, la vie, c'est donner“ «Défenseur des arts et du Tessin, le président du festival du film de Locarno incarne le fédéralisme.» Selon Marco Solari, fervent défenseur du Tessin, qu'il aimerait profiler comme un haut lieu de culture et de rencontres, si celui-ci résiste aux dangers de la médiocrité, s'il a le courage de penser international, alors il est promis à un grand avenir. L'intéressé incarne le fédéralisme de par sa vie (qui s'est déroulée entre le Tessin, Genève et Berne) puis par les 26 cantons qu'il a fréquentés dans le cadre du 700^e anniversaire de la Confédération.</p>
EU/UE	04.08	CdT	<p>„Berna – Bruxelles - Quella linea che non va oltrepassata“ L'auteur relève qu'il est important pour la Suisse de rester ferme, de se contenter d'optimiser les accords bilatéraux signés à ce jour avec l'UE, et de renoncer à en signer d'autres si Bruxelles devait maintenir son exigence de reprise automatique par la Suisse du droit européen. Ceci afin de ne pas mettre en péril notre fédéralisme, notre souveraineté, la concurrence fiscale ou encore la démocratie directe. La Suisse doit tout de même „faire sa part du travail“ vis-vis de l'UE, en particulier par le biais des accords Rubik, en augmentant sa participation financière au FMI ou encore par la politique de la Banque nationale suisse.</p>
Landwirtschaft/Agriculture	04.08	SOS	<p>„An der Kasse ist Föderalismus nur wenig wert“ L'auteur relève que non seulement le lobby paysan combat tout changement, mais également, en particulier concernant la réforme agraire, les cantons. Ceux-ci refuseraient de cofinancer les allocations</p>

			<p>pour la qualité du paysage. Selon l'auteur, par leurs lamentations, les cantons tairaient le fait qu'ils seraient déchargés de certaines subventions concernant le paysage, celles-ci étant reprises par la Confédération. En résumé, les cantons seraient de mauvais fédéralistes: d'un côté, ils défendraient le principe d'autonomie, lorsqu'il s'agit de prendre des décisions, de l'autre, lorsqu'il s'agit de chiffres, ils n'auraient rien contre un pouvoir central fort.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	04.08	BaZ	<p>„Die Unterschriftensammlung beginnt“ „Auftakt für die Fusionsinitiative im Merian-Park in Brüglingen“ Par la signature de la déclaration du 3 août, les invités présents signaient l'ouverture de la collecte de signatures de l'initiative constitutionnelle formulée ayant pour but la fusion des deux Bâle. En réaction, les opposants proposent par Internet de suspendre le plus de drapeaux possible afin de clairement délimiter les territoires à défendre des deux Bâle. Pour certains de ses promoteurs, cette fusion constitue le premier pas vers la création d'un canton du nord ouest de la Suisse, qui inclurait, outre le nouveau canton de Bâle, également ceux d'Argovie et de Soleure. Le président de «Starke Region» se dit convaincu que si l'on veut sauver le fédéralisme et l'existence des cantons, il faut que ces derniers deviennent plus grands. Cet exemple pourrait servir de pilote pour le reste de la Suisse.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	07.08	CdT	<p>„Cantoni: La Svizzera si farà in nove?“ «Le collaborazioni continuano a intensificarsi ma c'è chi propone vere e proprie fusioni. Dai nuovi rapporti fra agglomerati urbani e campagne nascono proposte di riforme.» Les événements de la semaine dernière à Bâle Ville et Campagne s'inscrivent dans une série de mouvements intercantonaux et même fédéraux: la question jurassienne, celle de l'unification de tout l'arc jurassien, incluant également le canton de Neuchâtel, le projet de territoire suisse, qui subdivise le pays en 12 aires d'intervention. Récemment, dans l'ouvrage «La Suisse demain», il est proposé de réduire le nombre de cantons à 9, idée partagée par le tessinois Dick Marty. Selon ce dernier, il s'agit d'un mouvement indispensable, tant il est vrai que «questo federalismo ormai non funziona: ci vogliono regioni più forti e dinamiche». Faute de quoi, l'érosion constante du fédéralisme se poursuivra, tant il est vrai que les cantons n'ont pas la dimension ni la masse critique suffisantes pour assumer certaines responsabilités. De plus, passer par les concordats intercantonaux débouche sur des transferts de tous jours plus de compétences à des organismes qui n'ont pas de véritable légitimité démocratique.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	11.08	SGT	<p>„Fusion als Signal an Europa“ „Der Schweizer Föderalismus müsse weiterentwickelt werden, sagt Ulrich Fässler, Luzerner alt Regierungsrat (FDP) und früher Delegierter des Bundesrates für die Bundesverwaltungsreform. Sonst werde</p>

			<p>er nicht überleben.“ Ce qui avait lieu d'être il y a cent ans, à savoir un fédéralisme à petite échelle, n'a plus sa place aujourd'hui selon Ulrich Fässler. Si l'on veut vraiment conserver le fédéralisme, il faut l'ancrer dans des cantons plus grands. Ceux-ci devront alors avoir une composition qui correspond à une identité régionale. L'intéressé est cependant conscient que ce processus risque de prendre beaucoup de temps, freinée par les tenants du fédéralisme à l'ancienne, et d'une identité cantonale forte.</p>
Spra- chen/Langues	14.08	CdT	<p>„L'opinione - Mauro Guindani: Il lento ma sicuro declino del plurilinguismo elvetico“ Dans cet article, l'auteur ne fustige pas seulement la décision du canton de Zurich de privilégier l'enseignement de l'anglais comme seconde langue au détriment du français, mais aussi l'inexorable avancée du schweizerdütsch au détriment de l'allemand. Selon lui, le traditionnel plurilinguisme suisse est ainsi appelé à disparaître. Il cite aussi José Ribeaud, responsable du «Téléjournal» zurichois, qui exhorte les deux minorités linguistiques à faire valoir leurs droits. L'auteur espère également inciter les parlementaires tessinois à être plus combattifs à ce sujet.</p>
Steuern/Impôts	14.08	LM	<p>„Nous devons montrer les dents“ « Conflit fiscal – Il faut hausser le ton vis-à-vis de l'Allemagne, dont des Länder achètent des données bancaires volées, selon Dominique de Buman (PDC/FR). Quitte à rappeler notre ambassadeur à Berlin! » La dernière mesure préconisée serait certes une ultima ratio, mais l'intéressé estime que l'on ne peut pas rester sans réagir. Il faut que nous fassions comprendre que « nous n'allons pas rester sans rien faire face à des actes répréhensibles. » Il est également d'avis qu'il est un peu facile pour l'Allemagne d'évoquer le fédéralisme, tant il est vrai que si un canton commettait des actes répréhensibles, l'intéressé a de la peine à imaginer que la Confédération resterait sans réagir. Sans être d'accord avec les moyens préconisés, la plupart des membres du Parlement partagent cette vision.</p>
Gesundheitswe- sen/Santé	15.08	BaZ	<p>«Zu früh, zu schnell und zu wenig föderalistisch» „Bundesrat lehnt schärferes Rauchverbot ab“ Selon le Conseil fédéral, le droit fédéral actuel constitue un succès. Il ne souhaite dès lors pas le modifier à nouveau et prône le rejet de l'initiative contre la fumée passive, soumise au peuple le 23 septembre. L'acceptation de celle-ci irait à l'encontre du fédéralisme et de la diversité des solutions qu'il permet.</p>
Bildungswe- sen/Formation	19.08	BaZ	<p>„Die Uni ist für die breitere Elite“ „Antonio Loprieno, Rektor der Uni Basel, über die Maturitätsquote und den Wettbewerb.“</p>

			<p>L'intéressé est interviewé au sujet des déclarations du nouveau recteur de l'ETH Zurich, Lino Guzzella, à sa demande de concevoir des examens de maturité plus difficiles, en particulier en mathématiques, allemand et anglais. Tout en déclarant partager beaucoup d'idées de Monsieur Guzzella, l'intéressé préconise d'autres voies. Il estime important de veiller à ce qu'il y ait une continuité entre gymnase et université, et plus de communication, notamment par le biais d'une plate-forme qui leur permettrait de poursuivre des projets ensemble.</p> <p>Selon lui, le système dual est à saluer. L'intéressé a également prôné l'augmentation du nombre de détenteurs d'une maturité et du nombre d'académiciens en Suisse. Il a finalement défendu les deux principes suivants: le libre accès à l'Université pour les détenteurs d'une maturité et le libre choix des études.</p>
Energie	19.08	LMD	<p>„Les éoliennes créent encore la discorde“ «Débat – Le manque de coordination entre les cantons ralentit le développement de l'éolien en Suisse. Deux projets vaudois critiqués par les autorités neuchâteloises en sont un parfait exemple» Les deux projets, qui comprennent une cinquantaine d'éoliennes, prévoiraient une implantation trop proche du site protégé du Creux-du-Van. Le président de la Fondation suisse pour la protection et l'aménagement du paysage regrette que dans ce domaine, «chaque canton fasse sa cuisine dans son coin». D'aucuns seraient même d'avis que le fédéralisme serait un frein au développement de l'éolien.</p>
NFA/RPT	19.08	NZZ	<p>„Mein Standpunkt – Willkürliche Finanzausgleiche machen ungleich“ „(Beat Kappeler) „Warum sollen gutsituierte Kantone wie der Aargau 200 mios. Fr. erhalten, St. Gallen 400 Mio. Fr. und Freiburg 300 Mio. Fr.?...Diese massive Umverteilungen rühren von abstrusen Kriterien und Indikatoren her...“ Selon l'auteur, les critères retenus pénaliseraient systématiquement les mêmes six cantons contributeurs ainsi minorisés (dont Zoug, Zurich et Genève) au profit des autres, dont en particulier des cantons déjà généreusement subventionnés au titre de l'agriculture ou des transports publics. A l'image de l'Allemagne au nom de l'union fiscale européenne, forcée de passer systématiquement à la caisse au sein de l'Union européenne pour des régions comme Valence ou la Sicile. Le minimum d'intelligence politique aurait voulu que la situation soit analysée de manière préventive, surtout lorsqu'il s'agit de milliards de francs.</p>
Bildungswesen/Formation	20.08	NLZ	<p>„Mehr Gewicht für den Musikunterricht?“ „Abstimmung – Soll der Bund den Kantonen die Musikförderung vorschreiben? „Unbedingt“, sagt die Präsidentin des Initiativkomitee, Christine Egerszegi. „Lieber nicht“, meint hingegen Ständerat Werner Luginbühl.“ Les opposants ne sont pas contre l'enseignement de la musique pour tous, mais au fait que l'on touche, avec l'article constitutionnel soumis à votation le 23 septembre, à une compétence cantonale, et</p>

			que l'on ouvre ainsi la porte à des interventions fédérales dans les domaines les plus divers. Domine aussi la crainte d'une explosion des coûts.
Steuerwettbewerb/Concurrence fiscale	21.08	BaZ	<p>„Carte blanche – Die Grenze des Steuerwettbewerbs“</p> <p>L'auteure relève que la Suisse bénéficie d'une offre élevée de prestations sociales, tout en ayant une situation financière saine. Ceci est à mettre sur le compte du frein à l'endettement et du système fiscal suisse, qu'il s'agisse de la concurrence ou de la discipline de ses habitants en la matière. Elle relativise l'importance de ladite concurrence, tant il est vrai que l'attractivité fiscale n'est qu'un élément parmi d'autres dont tiennent compte les entreprises avant de s'implanter. De plus, le poids du critère fiscal dépend du type d'entreprise. Il sera par exemple beaucoup plus élevé pour le domaine du développement de logiciels que pour l'horlogerie. Dès lors, les craintes, avec la concurrence fiscale, de nivellement par le bas pouvant conduire à la ruine des finances publiques ne sont, selon l'auteure, pas fondées.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	31.08	24H	<p>„Urbanisme – Nos villes sont les grandes perdantes du fédéralisme“</p> <p>«Bien que nos centres urbains représentent 85% de notre économie, leurs intérêts seraient largement sous-représentés.»</p> <p>Selon Renate Amstutz, directrice de l'Union des villes suisses (UVS), il faudrait faire évoluer notre fédéralisme du 19e au 21e siècle. Même si elle ne conteste pas la nécessité d'intégrer la voix des petits cantons, elle estime que le déséquilibre actuel est excessif, entre l'importance économique des villes et leur poids politique. L'intéressée est satisfaite de constater que les choses vont dans la bonne direction, les commissions écoutant de plus en plus l'UVS, et ses revendications ayant reçu l'écoute attentive de la CF Doris Leuthard.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	10.09	Tmp	<p>„Le oui nuancé des autonomistes“</p> <p>«Jura – Mobilisation à un an du vote sur la création d'un nouveau canton»</p> <p>Selon l'auteur, «l'entrée en campagne des autonomistes (MAJ), favorables à la création d'un canton réunissant l'actuel Jura et le Jura bernois, n'est pas tonitruante». Le MAJ préconise de voter tout d'abord pour la désignation d'une assemblée constituante qui livrerait un projet d'organisation d'un canton des Juras. Est ici visée une réflexion objective sur l'avenir du Jura.</p>
Staatssystem/Systeme étatique	11.09	TAZ	<p>„Nach dem Nein zu neun Bundesräten ist wieder von Reformstau die Rede“</p> <p>„Das Veto des Nationalrats zur Neuorganisation des Bundesrats lässt eine alte Debatte neu aufleben: Ist der politische Betrieb nicht fähig, grundlegende Reformen durchzuführen?“</p> <p>Le Conseil national a refusé aussi bien une présidence de deux ans que l'augmentation du nombre de</p>

			<p>conseillers fédéraux à 9. D'aucuns sont d'avis que la Suisse est incapable de se réformer elle-même et ne peut le faire que sous la pression de l'extérieur. D'autres pensent que le frein provient également de l'équilibre subtil des pouvoirs et de la peur d'en perdre, ne serait-ce qu'une parcelle. Des politologues sont plutôt d'avis qu'il y a eu des réformes à succès, comme celle de l'administration fédérale, la création du Tribunal administratif fédéral ou de la Cour pénale fédérale, ou encore l'introduction du frein à l'endettement. Mais ces réformes se passent plutôt en silence. De plus en Suisse, on n'aime pas „les grands coups“, mais plutôt y aller pas à pas et effectuer d'abord des tests à petite échelle.</p>
Gesundheitswesen/Santé	13.09	Bd	<p>„Das Bundesamt für Gesundheit wird seinen Aktivismus verstärken“ „Der Gewerbeverband warnt vor dem Präventionsgesetz. Die Gesundheitsförderung Schweiz lobbyiert dafür. Das Parlament entscheidet in den nächsten zwei Wochen über das Schicksal der Vorlage.“ Un partisan de la loi sur la prévention, directeur de la fondation Promotion Santé Suisse, s'oppose au directeur de l'USAM. Le premier estime que cette loi, qui n'est qu'une loi d'organisation et de coordination, est nécessaire, tant il est vrai que le problème du 21^e siècle touche bien plus les maladies non transmissibles. L'autre craint que la Confédération s'immisce dans la politique sociale, la mise sous tutelle de la population, ainsi qu'une augmentation de la bureaucratie et des dépenses, dont un accroissement des effectifs au sein de l'office fédéral de la santé publique.</p>
Gesundheitswesen/Santé	14.09	Tmp	<p>„La santé publique prime sur le fédéralisme“ L'auteur estime qu'il ne faut pas confondre respect des libertés individuelles et initiative contre la fumée passive, cette dernière ne visant qu'à protéger la santé des non fumeurs. Il estime en outre que le discours des opposants visant à placer le respect du fédéralisme au dessus des impératifs de santé publique apparaît futile. Par contre, il s'opposerait le moment venu à toute tentative visant à interdire les fumoirs sans service ou à imposer des restrictions aux fumeurs dans les espaces ouverts, ce type de mesure étant clairement liberticide.</p>
Gesundheitswesen/Santé	15.09	BaZ	<p>„Leben und leben lassen“ „Die Initiative „Schutz vor Passivrauchen“ geht zu weit – der heutige Schutz reicht aus.“ Favorable à la protection de la santé des non fumeurs, l'auteur estime cependant que la législation actuelle est suffisante pour atteindre ce but. Il estime ici qu'il ne faut pas uniformiser les règles, tant le «patchwork multicolore» sied bien à la Suisse, ainsi que ses quatre piliers que sont la démocratie, le fédéralisme, la neutralité et la diversité. Il ne veut pas non plus de la culture des commandements et interdits (Gebote und Verbote). Sans compter qu'une société ne doit pas s'arroger le droit de bannir le plaisir au nom de la santé. Chacune et chacun doit avoir le choix, pour peu que ce choix n'empiète pas sur la liberté d'autrui.</p>

Wirt- schaft/Economie	18.09	LB	<p>„Öffnungszeiten sollen einheitlicher werden“ „Bern – Der Ständerat will, dass überall in der Schweiz die Läden unter der Woche mindestens bis 20 Uhr geöffnet haben können. Die Gewerkschaften werden wohl das Referendum ergreifen.“ Le Conseil des Etats a adopté la veille une motion Lombardi visant à ce que la Confédération fixe un standard minimal au niveau national visant à la prolongation de la durée d'ouverture des magasins. La raison? En particulier améliorer le service aux touristes, mettre un terme au flot des consommateurs qui se rendent à l'étranger, pour le Tessin en Italie, lieu où les magasins sont ouverts plus tard le soir. Tout en reconnaissant que la manœuvre est intelligente, les syndicats ont d'ores et déjà annoncé qu'ils lanceraient le moment venu un référendum. Ils ont également constaté que les parlementaires qui avaient avalisé la motion étaient pourtant des défenseurs véhéments du fédéralisme.</p>
Asylwesen/Asile	18.09	BZ	<p>„Etwas schneller, etwas billiger und etwas weniger Missbrauch“ L'auteur salue l'adoption par les deux chambres fédérales de quatre mesures visant à accélérer la procédure d'asile et à la rendre moins chère. Une des mesures vise à donner à la Confédération la possibilité d'ouvrir pour trois ans des installations militaires pour héberger des requérants d'asile, et ce même sans l'accord des cantons et communes concernés. L'auteur salue cette mesure, étant d'avis qu'au nom du fédéralisme, on doit faire fi des intérêts particuliers selon le principe «un pour tous». Est également saluée la suppression de l'octroi automatique de l'asile aux objecteurs de conscience.</p>
Gesundheitswe- sen/Santé	Non daté	SAZ	<p>„Zugang der Ärztinnen und Ärzte zu einer eigenen Praxis“ Le président de la FMH espère qu'en matière de cabinets médicaux, on ne va pas répéter les erreurs du passé, celles-ci n'ayant pas réduit les coûts de la santé, et ayant eu pour conséquence une explosion du nombre de spécialistes, et un manque chronique de généralistes. Le docteur Jacques de Haller est cependant favorable à une régulation décidée par les cantons, pour peu qu'elle soit exceptionnelle, orientée selon les branches et les régions, et en concertation avec tous les partenaires concernés, dont le corps médical et les assurances. La FMH propose également de lier l'octroi d'une autorisation d'ouvrir un cabinet à des critères tels que des connaissances des langues nationales et trois ans de travail dans une clinique en Suisse.</p>
Föderalis- mus/Fédéralisme	21.09	BaZ	<p>„Flickenteppich?“ L'auteur critique la tendance toujours plus prononcée des parlementaires fédéraux à se mêler de domaines relevant de la compétence cantonale, et ce pour des raisons populistes. Exemples: l'heure d'ouverture des magasins ou encore l'enseignement de la musique. Ce genre d'immixtions ouvre la porte à d'autres initiatives de ce qui pourrait être souhaitable, par exemple dans le domaine scolaire. Or, le fédéralisme a son prix: il requiert de la discipline. Mais peut-on en attendre de la part des parlementaires?</p>

Polizei/Police	23.09	SoZ	<p>„Gleiche Polizeiwagen für alle“ „Polizeikommandanten wollen gemeinsam Material beschaffen – und sparen“ Un concordat national pour la police est en préparation au sein de la CCDJP. Un concept détaillé est également en préparation pour augmenter les synergies, y compris en matière d'acquisition de matériel, dont des véhicules. Cela permet de économiser, mais aussi de mettre un terme à des situations absurdes. A l'école intercantonale de police d'Hitzkirch par exemple, des apprenants de onze cantons sont formés. On doit y enseigner le maniement de neuf types de pistolets différents.</p>
Gesundheitswesen/Santé	24.09	Baz	<p>„Kommentar – Es braucht eine Rauchpause“ Hier, les Suisses ont clairement rejeté l'initiative sur la fumée passive, et ce pour trois raisons selon l'auteur. Premièrement, la loi fédérale actuelle suffit amplement, deuxièmement, cette solution convient parfaitement à la Suisse fédéraliste, puisqu'elle permet même des lois cantonales plus restrictives, et troisièmement, le verdict est clair: il s'agit d'un vote contre la surréglementation de notre société. Dans des cantons plus restrictifs que la loi fédérale, comme à Bâle Ville, il n'est pas exclu que ce vote puisse déboucher sur une demande d'assouplissement de la part des mouvements favorables aux fumeurs avec service par exemple.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	25.09	AgZ	<p>„Minderheiten schützen“ L'auteure critique l'initiative de l'UDC demandant l'élection du Conseil fédéral par le peuple. Elle reproche à ce parti de vouloir privilégier les droits populaires au mépris du fédéralisme et de la protection des minorités.</p>
Wirtschaft/Economie	26.09	SOS	<p>„Ständerat will Tourismus helfen“ „Mit der Annahme von zwei Motionen hat der Ständerat gestern erklärt, Tourismus- und Bergregionen in der Krise unter die Arme zu greifen. Graubünden könnte vor allem von mehr Krediten profitieren.“ Afin de renforcer l'économie régionale, en particulier pour les régions limitrophes et de montagnes, le Conseil des Etats a accepté la motion Niederberger, visant à permettre aux cantons d'offrir des aides aux investissements et des permis d'établissements aux ressortissants fortunés de pays-tiers. Cette Chambre a également accepté la motion Fournier visant à ce que la CCH (Société suisse de crédit hôtelier) offre de manière ciblée des crédits, de sorte que des sociétés hôtelières compétitives puissent aussi bénéficier de capital-risque.</p>
Parlament/Parlement	03.10	SOS	<p>„Heilige Kuh Namens Milizparlament“ Suite à la démission du conseiller national Peter Spuhler, l'auteur relève que, n'en déplaise aux farouches défenseurs de cette vache sacrée qu'est le Parlement de milice, ce dernier a atteint ses limites. Si</p>

			<p>on persiste à l'ignorer, les avantages-même du système de milice seront perdus. Une des solutions afin d'éviter cela consiste à donner des moyens suffisants - ce qui n'est pas le cas actuellement - aux parlementaires pour se doter d'assez de collaborateurs scientifiques en mesure de réellement les décharger.</p>
Steuern/Impôts	19.10	ShN	<p>„Die reichen Ausländer im Visier“ „Die Pauschalbesteuerung reicher Ausländer verliert an Akzeptanz. Einzelne Kantone haben sie abgeschafft oder verschärft. Eine Volksinitiative will sie jetzt auf nationaler Ebene aufheben.“ Les initiants ont eu peu de peine à collecter le nombre de signatures requis. Un canton comme Zurich, qui a aboli le système du forfait fiscal a constaté ne rien avoir perdu au niveau financier, contrairement à ce que prétendent des opposants à l'initiative, qui estiment qu'en la matière, le fédéralisme doit être respecté, au risque d'affaiblir le site économique.</p>
Kriminalität/Criminalité	19.10	AgZ	<p>„Aktionsplan gegen Menschenhandel“ „Kriminalität – Bundesrätin Sommaruga will Prävention und Strafverfolgung vereinfachen.“ Après avoir reconnu, dans le cadre de la journée européenne contre le trafic d'être humains, que la Suisse n'avait pas assez fait en la matière, la conseillère fédérale a présenté un plan d'action national reposant sur quatre piliers: la prévention, la poursuite pénale, la protection des victimes et un partenariat international. Dans un tel domaine, le fédéralisme représente un défi et ne facilite pas la lutte contre ce type de criminalité. Pour ce motif, un programme national de protection des victimes doit être travaillé, et l'office fédéral de la justice étudie l'opportunité de centraliser également la poursuite des infractions.</p>
NFA/RPT	23.10	Tmp	<p>“Les cantons relancent la foire d'empoigne sur la péréquation” «Fédéralisme – L'équilibre fragile est remis en question par la réforme de la fiscalité des entreprises. Lucerne se défend d'être un profiteur.» Les cantons qui ont le plus à craindre d'une harmonisation à la baisse de l'impôt pour les entreprises – Genève, Vaud, Zurich, Bâle-Ville - sont aussi de forts contributeurs à la péréquation. Ils demandent donc que les facteurs socio-démographiques pèsent plus lourd dans la balance que la situation géographique et topographique des cantons périphériques et de montagne. Pour Claude Jeanrenaud, professeur d'économie à l'Université de Neuchâtel, ces revendications n'ont pas de raison d'être. Il estime – malgré la fragilité de l'équilibre obtenu avec la RPT - que ce principe de péréquation est nécessaire, car il réduit les écarts et garantit à chaque canton des ressources minimales pour offrir des prestations uniformes à sa population. Une autre critique vise un canton comme Lucerne qui profite des versements de la péréquation tout en offrant les impôts sur les entreprises les plus bas de Suisse. Lucerne se défend en arguant qu'elle met tout en œuvre, y compris par cette mesure fiscale, pour réduire sa</p>

			dépendance de canton receveur.
Kriminalität/criminalité	27.10	NZZ	<p>“FDP ruft nach Repression und Abschreckung” “Partei fordert eine markante Verschärfung der Gesetze.” “Schnellverfahren gegen Kleinkriminelle, mehr Polizei, härtere Urteile gegen Drogendealer, mehr Gefängnisstrafen: So lauten die Rezepte der FDP gegen die steigende Kriminalität.” Les lois trop laxistes et le fédéralisme seraient en bonne partie responsables de l’augmentation de la criminalité selon les intervenants, en particulier les chefs des polices vaudoise et genevoise</p>
Familie/Famille	07.11	NLZ	<p>„Bundesrat muss erneut über die Bücher“ “Kinder – Wie der Bundesrat das Unterhaltsrecht neu ausgestalten will, stösst rundherum auf Kritik. Die Vorlage sei unausgegoren, finden Frauen- wie Männerorganisationen.” Outre l’immaturité du projet, qui laisse trop de questions ouvertes, Pro Familia regrette que le fédéralisme fasse obstacle à une réglementation uniforme des aliments dûs aux enfants.</p>
Familie/Famille	13.11	NZZ	<p>“Von der Wiege bis zur Volljährigkeit” “Der Bund soll mehr Verantwortung im Kinder- und Jugendbereich übernehmen.” “Die nationalrätliche Bildungskommission fordert, dass sich der Bund im Kinder- und Jugendbereich stärker engagiert. Die Rede ist von obligatorischen Kinderparlamenten oder von Vorschriften betreffend Elternbildung.” L’auteur cite ce projet comme étant un nouvel exemple tendant à démontrer qu’à Berne on considère de plus en plus que le fédéralisme est un obstacle gênant. C’est d’ailleurs en son nom qu’une minorité des membres de la commission s’oppose à ce projet, afin d’éviter que la Confédération puisse imposer des standards minimaux aux cantons.</p>
Tierseuchen/Epizooties	15.11	WW	<p>„Bauern- Ein seltsamer Streit“ „Mit dem neuen Gesetz soll der Bund präventiv gegen gefährliche Tierkrankheiten vorgehen können. Das bringt nicht mehr, sondern weniger Impfzwang.“ L’auteur relève tout d’abord que cette loi ne vise pas à régler la question des cas dans lesquels une vaccination du bétail doit ou non être obligatoire, mais qu’il s’agit d’une loi sur la coordination de la prévention des épizooties. Bien qu’il trouve l’appel au fédéralisme sympathique, il l’estime inadéquat dans un tel contexte, tant il est vrai que les épizooties ne connaissent pas de frontières nationales, et encore moins cantonales.</p>
Steuern/Impôts	21.11	FW	„Wird Finanzhoheit der Kantone ausgehebelt?“

			<p>„Brennpunkt Steuern – Holdingbesteuerung auf dem Prüfstand.“ L’auteur craint que sous la pression de l’UE, la Suisse ne vienne à atteindre un but qui n’était auparavant ni politiquement et ni juridiquement possible: l’harmonisation fiscale matérielle en matière d’imposition des personnes morales. Ce projet de réforme fiscale (no III) est conduit par la cheffe du Département des finances, deux chefs d’offices fédéraux et quatre directeurs cantonaux de départements des finances. Avec cette manière de faire, l’auteur craint que les parlements cantonaux et le peuple n’aient plus rien à dire le moment venu – alors qu’il s’agit d’une domaine dans lequel les cantons peuvent souverainement décider -, et que les cantons soient mis, le moment venu, devant le fait accompli, avec l’argument selon lequel l’UE n’accepte plus le mode de faire des cantons dans ce domaine. Outre l’atteinte à la souveraineté des cantons en matière financière, ce mode de faire génère une grande insécurité juridique pour les sociétés concernées.</p>
Steuerwettbewerb/Concurrence fiscale	19.11	AGEFI	<p>„Vertus de la concurrence fiscale interrégionale“ «L’expérience suisse montre qu’une vraie concurrence fiscale entre collectivités publiques finit par favoriser l’emploi et sa répartition territoriale. Elle augmente les fonds publics à investir et redistribuer.» L’auteur relève que l’endurance en matière de succès économique en Suisse, s’explique par les structures politiques de proximité (fédéralisme). Autre facteur: l’équivalence entre dépenses et responsabilité fiscale. La concurrence fiscale qui en découle tend à favoriser un usage prudent des ressources, et l’innovation dans le secteur public. Certes, cette concurrence n’est pas absolue, et la péréquation financière joue aussi son rôle. Mais elle ne représente selon l’auteur que 2% des recettes fiscales de l’ensemble des cantons. Pour le gouvernement suisse, «la concurrence fiscale décourage les gouvernements d’adopter des régimes confiscatoires qui freineraient l’esprit d’entreprise et pénaliserait l’économie. Elle évite un nivellement vers le haut de la pression fiscale»</p>
Sprachen/Langues	20.11	CdT	<p>«Lingue – Non solo Svizzera italiana» «Giornate di riflessione a Basilea sul ruolo del nostro idioma nella Confederazione: «...L’italiano in Svizzera: lusso o necessità?» Il ressort de ces deux jours de réflexion que l’italien est une langue en voie de marginalisation, rarement employée au Parlement (si on veut être compris) tout comme au sein de l’administration fédérale. Elle n’en fait pas moins partie de l’ADN de la Confédération. De plus, avec les cours de langue italienne cofinancés par la Confédération et l’Italie, langue et culture italiennes sont diffusées plus largement, même si le principe de territorialité est un Inconvénient pour la langue. Il faudrait encourager l’enseignement de l’italien dans les écoles de toute la Suisse et instaurer une véritable politique linguistique nationale.</p>

Landwirtschaft/Agriculture	23.11	AgH	<p>“Concurrence déloyale” Le directeur d’AgriGenève dénonce les disparités salariales existant en Suisse dans le monde agricole. Pour un employé non qualifié en première année, le salaire horaire varie de 12.50 à 16.05 francs, soit de 22% pour un produit payé un prix identique au producteur. Afin de mettre un terme à cette concurrence déloyale interne, l’auteur estime que l’Union suisse des paysans devrait harmoniser les horaires et les salaires.</p>
Föderalismus/Fédéralisme	25.11	NZZ	<p>”Es braucht einen kreativen Kantönligeist” „Die Kantone könnten Experimentierfeld für neue Problemlösungen sein“ Face au puissant courant de centralisation des tâches des cantons vers la Confédération, et ce depuis 1848, l’auteur, ancien conseiller d’Etat dans le canton de Zurich, pose la question de la raison d’être des cantons. Selon lui, ils sont tout d’abord capables de gérer leur administration de manière moins bureaucratique. Deuxièmement, en maintenant leur diversité, on disposerait ainsi de laboratoires, de champs d’expérimentation pour tester des solutions innovantes. On pourrait dès lors remplacer la concurrence fiscale par la concurrence dans l’innovation. On assisterait ainsi à une renaissance du fédéralisme qui ferait du bien à la Suisse.</p>
EU/UE	28.11	Tmp	<p>”Pourquoi nous devons négocier avec l’Europe” Micheline Calmy-Rey, ancienne conseillère fédérale constate que l’évolution de l’UE, avec le traité de Lisbonne, est réjouissante (droit d’initiative européen par exemple), mais insuffisante pour la rendre attractive pour la Suisse. L’UE s’assouplit et s’oriente vers la diversité, notamment en adoptant des solutions qui ne s’appliquent qu’à certains de ses membres, ou encore en prenant en compte des degrés d’intégration différenciés, ce qui laisse toujours place, pour la Suisse, aux négociations bilatérales. Cependant, celle-ci doit veiller à ne pas se retrouver de facto membre de l’UE sans droit de vote. De plus, la Suisse ne doit pas se contenter de camper sur ses positions, mais elle doit présenter à l’UE un véritable projet, un plan de travail en commun. Un accord horizontal compris dans des négociations d’ensemble (bilatérales III) incluant quelques éléments institutionnel dérivés de l’accord EEE pourrait par exemple être négocié avec l’UE.</p>
Parlament/Parlement	29.11	NZZ	<p>“Rock it, rock it, Maya” “Eine vor kurzem formierte Parlamentarier-Band spielt an der Wahlfeier von Maya Graf – Maya Graf ist nicht nur die erste grüne Nationalratspräsidentin. Sie ist auch die erste Gewählte, zu deren Ehren eine Bundeshaus-Band aufspielt. Auf der Bühne rocken Vertreter jeglicher Parteicouleur.“ D’aucuns estiment qu’un tel groupe servira de fondement à de bonnes relations au sein du Parlement, la politique étant friande de symboles, et qu’il incarne le bon fonctionnement des institutions suisses. Cela pourrait permettre d’ôter du vent dans les voiles et prévenir des critiques éventuelles au sein de la</p>

			prochaine Stammtisch.
Wirtschaft/Economie	02.12	LM	<p>„Salaires abusifs. La plus grosse campagne politique de 2013 commence“ «Seul contre tous? Thomas Minger l'est un peu moins depuis hier.- Vote – Le parti socialiste soutient l'initiative «contre les salaires abusifs», les Verts le feront probablement. Son auteur, Thomas Minger, a pris le monde politique suisse à rebrousse-poil. Portrait d'un homme entier à la Franz Weber.»</p>
Föderalismus/Fédéralisme	02.12	ZSS	<p>„Kantone warnen: «Der Föderalismus wird ausgehebelt“ „Bern – Immer mehr Vernehmlassungen im Hauruck-Verfahren: Kantone und Parteien wollen Gegensteuer geben, nicht aber der Bundesrat.“ La consultation, pilier de notre démocratie, a été mise à mal par des procédures conduites au pas de charge. Cette tendance est dénoncée par les milieux intéressés, les partis politiques, les chancelleries d'Etat et les cantons. Au niveau du Parlement, trois postulats ont été déposés, dont l'un visait à supprimer les procédures de consultation menées sous forme de conférences. Or, dans son projet de révision de la loi fédérale sur la consultation, le Conseil fédéral a ignoré cette demande, préférant se lancer dans une épreuve de force. La bonne nouvelle: le délai de réponse pour cette consultation a été prolongé au-delà de trois mois.</p>
Familie/Famille	07.12	NZZ	<p>„Familien gehören nicht in die staatliche Obhut“ „Am 3. März kommt der Familienartikel an die Urne. Er ist unnötig. Mehr Vertrauen in den Föderalismus ist angebracht.“ Tout en reconnaissant l'impératif social qui le fonde, et relevant que cet article constitutionnel part d'une bonne intention, il n'est, selon l'auteur, pas bien fait. Au vu des incertitudes dans le domaine de la prévoyance sociale, il est irresponsable de la part du Conseil fédéral et du Parlement, de concevoir un tel projet. De plus, tel qu'il est rédigé, il soulève nombre de questions d'interprétation et d'application. Finalement, il exprime une profonde méfiance envers le fédéralisme et le principe de subsidiarité.</p>
Familie/Famille	18.12	SGT	<p>„Kein Freipass für den Kinobesuch“ „Der Kantönligeist beim Kinobesuch nimmt ein Ende. Dank einer neuen Kinoverordnung werden ab Januar 2013 die Alterslimiten für jeden Film in der Schweiz einheitlich sein. Bis jetzt war das Sache der Kantone.“ L'auteur salue cette évolution, tout en rappelant que cela ne libère pas les parents de leur responsabilité. Ceci vaut pour le cinéma, mais aussi pour Internet, les DVD ou encore les programmes TV.</p>

EU/UE	30.12	ZSS	<p>„Wir konnten von der EU noch nie Nettigkeiten erwarten“ Après la réponse réservée de l'UE aux propositions suisses, Gerhard Pfister, conseiller national, a critiqué la manière de faire du Conseil fédéral, qui a réagi de manière contradictoire, et n'a pas parlé d'une seule voix. De plus, selon lui, on ne négocie pas avec l'UE, ni avec les USA, de la même manière qu'à l'interne – où consensus et compromis ont leur place -. Selon lui, le politique devrait suivre l'économie, qui se rend là où il y a des chances de développement et de croissance, à savoir en Asie, Amérique latine ou encore Russie. L'intéressé a en outre exprimé la conviction que là où ce sera nécessaire et dans l'intérêt des deux parties, il y aura toujours place pour des solutions entre la Suisse et l'UE, aussi en bilatéral.</p>
Wirtschaft/Economie	31.12	BaZ	<p>„Sorgen? Nicht für die Schweiz“ Malgré les soubresauts de l'actualité de cette fin d'année, en particulier les dossiers en lien avec l'UE ou l'Allemagne, l'auteur constate que dans l'ensemble, tout va plutôt bien pour la Suisse; même du point de vue fiscal, il relève que notre pays n'est pas isolé, en considérant la Grande Bretagne, l'Irlande, le Luxembourg ou encore quelques nouveaux membres de l'UE provenant de l'ancien bloc de l'Est. A l'image de ce qui ressort du bulletin du Crédit suisse et de l'interview d'une étudiante en économie à l'université de Neuchâtel. «Des soucis? En ce qui me concerne et en ce qui concerne la Suisse, je n'en ai aucun.»</p>